

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 44 vom 30. Oktober 1981

15. Jahrgang

1 DM

Milliardenloch im Bundeshaushalt

Neue Runde beim Sozialabbau

Widerstand gegen Bonner Sparpolitik formiert sich

BONN. — Nur wenige Monate, nachdem Finanzminister Matthöfer seinen Haushaltsplan für das nächste Jahr vorgelegt hat, sind schon alle Berechnungen wieder über den Haufen geworfen, ist ein neues Milliardenloch im Haushalt „entdeckt“ worden, für dessen Sanierung die Werktätigen in unserem Land nun über die schon beschlossenen Belastungen hinaus zur Kasse gebeten werden sollen.

Was die Berechnungen betrifft, von denen Matthöfer bei seiner Planung ausgegangen war, hatte der RM schon während der Koalitionsverhandlungen über den Haushalt darauf hingewiesen, daß die vom Finanzminister vorgelegten Daten völlig unrealistisch seien. So war etwa von einer Arbeitslosenzahl für 1982 von 1,4 Millionen die Rede gewesen. Heute wird eingestanden, daß die wirkliche Zahl mindestens bei 1,55 Millionen liegen wird. (Bundeskanzler Schmidt nannte kürzlich bei einer internen Beratung mit hohen Funktionären seiner Partei sogar eine Zahl von zwei Millionen.)

Auch die Daten für das wirtschaftliche Wachstum liegen unter der von Matthöfer veranschlagten Höhe. Der Finanzminister gab am vergangenen Donnerstag zu, daß schon für den 81er Haushalt etwa vier Milliarden und den 82er Haushalt etwa acht Milliarden Mark fehlen. Zu Beginn dieser Woche sind erneut Verhandlungen zwischen den Koalitionsparteien aufgenommen worden. Ergebnisse waren bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt. Es hatte sich jedoch schon deutlich herauskristallisiert, auf welchem Wege das Milliardenloch gestopft

werden soll. Keiner der Bonner Politiker hatte es auch nur in Erwägung gezogen, nach dem vor einigen Monaten vollzogenen Kahlschlag bei den Sozialleistungen nun auch die Kapitalisten zur Kasse zu bitten oder die enormen Rüstungsausgaben zusammenzustrichen.

Nein, nach der übereinstimmenden Auffassung aller Bonner Parteien (einschließlich der sogenannten Opposition) sollen jetzt in einer zweiten Runde des brutalen Sozialabbaus den Werktätigen neue Lasten aufgebürdet werden. Differenzen gab es nur über die Art und Weise, wie den arbeitenden Menschen zusätzliches Geld aus der Tasche geholt werden sollte.

Die SPD verlangt eine Erhöhung der Massensteuern, beispielsweise die erneute Aufstockung der Mineralölsteuer, aber auch das Anheben der Mehrwert- oder der Heizölsteuer. Die FDP dagegen will noch weiter bei den Sozialleistungen streichen, etwa beim Mutterschaftsgeld, beim Rentengeldbeitrag für Arbeitslose; daneben fordert sie auch eine Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung.

Den zusätzlichen Raub am sozialen Besitzstand fordert

auch die CDU/CSU. Dabei haben ihre führenden Figuren auch noch die Frechheit zu behaupten, daß in der Bevölkerung ein weitaus ausgeprägter Sparwille herrsche als bei den Koalitionsparteien. Diese Dreistigkeit können sich die Unionsbosse wahrhaftig nur deshalb erlauben, weil die Gewerkschaften bislang den Widerstand der Werktätigen gegen das Bonner Sparprogramm nur ungenügend zum Ausdruck gebracht haben. Aber immerhin ist ja inzwischen einiges in Gang gekommen.

Erinnert sei an vereinzelte Warnstreiks, an die offizielle Streikankündigung der ÖTV, an den Aufruf des DGB Baden-Württemberg zu einer Massenkundgebung. Das ist der richtige Weg. Es darf allerdings nicht bei einzelnen Aktionen bleiben. Notwendig ist die Organisation einer breiten gewerkschaftlichen Kampffront gegen den von Bonn betriebenen Sozialabbau.

SVR Albanien

8. Parteitag der PAA einberufen

TIRANA. — In der albanischen Hauptstadt beginnt am kommenden Sonntag der 8. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens. Der Parteitag, an dem auch eine Gastdelegation der KPD unter Führung ihres Vorsitzenden Ernst Aust teilnimmt, wird am 8. November abgeschlossen.

Dieser 8. November markiert ein bedeutendes Ereignis in der Geschichte des albanischen Volkes: Es jährt sich an diesem Tag nämlich zum 40. Mal das Datum der Gründung der PAA (damals noch KP Albaniens). Die albanische Bruderpartei kann also beim Abschluß ihres Kongresses auf vier Jahrzehnte ihrer Tätigkeit und ihres Kampfes zurückblicken. Und dieser Kampf weist eine unvergleichlich erfolgreiche Bilanz auf.

Die Partei mit dem Genossen Enver Hoxha an der Spitze hat das albanische Volk im siegreichen Befreiungskampf gegen die faschistischen Besatzer geführt. Sie hat die Grundlagen für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft geschaffen und auf albanischer wie auch



ADN-Büro besetzt: Im Bonner Pressehaus besetzten Mitglieder des Solidaritätskomitees für die in der DDR verhafteten Kommunisten das Büro der DDR-Nachrichtenagentur ADN. Die herbeigerufene Polizei räumte das besetzte Büro nach einiger Zeit — aber die Aktion fand größeren Widerhall in der Presse. Auch in der DDR meldeten Fernsehen und „Neues Deutschland“ diese Aktion — entsteht versteht sich, aber für politisch interessierte DDR-Bürger verständlich (mehr darüber auf Seite 2).

Nazi-Terroristen festgenommen

Nazi-Banden bereiten neue Gewalttaten vor

MÜNCHEN. — Nach einer Schießerei mit der Polizei wurden am 20.10. in München-Waldperlach mehrere Nazi-Terroristen festgenommen. Kurz darauf nahm die Polizei auch den Chef der Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands (VSB), Friedhelm Busse, fest. In Busses Wohnung hatten sich die Terroristen zur Vorbereitung bewaffneter Terroraktionen, darunter eines Bankraubes, getroffen.

Bei der Aktion wurden die bekannten Gewaltverbrecher Klaus-Ludwig Uhl und Klaus Eduard Wolfgramm erschossen, nachdem die Nazis mit Handgranaten- und Schußwaffeneinsatz eine Festnahme verhindern wollten.

Zu den Waffen, die die Faschisten in ihrem Auto mit sich führten, gehörten drei Maschinengewehre, zwei Gewehre und sieben Handgranaten. In Busses Wohnung wurden elf Stangen Sprengstoff und Munition sichergestellt.

Zu den Verhafteten gehört der Nazi-Terrorist Peter Hamberger, der vor einiger Zeit mit dem Mitglied der Wehrsportgruppe Hoffmann, Odfried Happ, aus dem Libanon zurückgekehrt war und Hoffmann schwer belastet hatte.

Inzwischen hat auch Bundesanwalt Rebmann den „Verdacht“ gefaßt, beim VSB handelt es sich um eine terroristische Vereinigung.

Bayerns Innenminister Tandler wertete die Aktion als Beweis für die angebliche Wachsamkeit seiner Behörden gegenüber dem Rechtsextremismus. Dabei hatten diese Busse und seine Bande jahrelang in Schutz genommen.

Wieder einmal wurde die Gewalttätigkeit der rechten Terrorbanden offensichtlich. Sie alle und die legale faschistische Partei NPD — aus der auch Busse kam — müssen endlich verboten werden. Die braunen Terroristen müssen hinter Gitter!

(Siehe Artikel auf Seite 7: Bei einer spektakulären Aktion darf es nicht bleiben!)

Friedensdemonstrationen in Europa

Etwa 800 000 Menschen beteiligten sich am 24. bzw. 25.10. an Demonstrationen in London, Rom, Brüssel, Paris und Oslo, auf denen gegen atomare Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen protestiert wurde.

Trotz des nicht zu übersehenden Einflusses revisionistischer Parteien besonders in Frankreich und Italien beherrschten Transparente das Bild, auf denen Pershing II Raketen ebenso angegriffen wurden wie die sowjetischen SS 20. In allen Städten beteiligten sich Kriegsgegner aus verschiedenen anderen Ländern an den Aktionen. In London sprachen unter anderem die Deutsch Gerd Bastian und Petra Kelly. Auf derselben Kundgebung erneuerte der Labour-Führer Michael Foot sein Versprechen, im Falle eines Wahlsieges seiner Partei sofort nuklear abzurufen.

Daß sich die Kriegshetzer von den europäischen Friedensaktionen getroffen fühlen, bestätigte am selben Wochenende erneut US-Minister Eagleburger in einer „Botschaft“, die die europäischen Staaten zur atomaren Aufrüstung aufforderte und ihnen ihre „unausgewogene Haltung“ vorwarf.

Veranstaltungsreihe der KPD Gegen Rüstungswahnsinn und Sozialabbau

Dortmund: 30.10., 19.30 Uhr, Haus Göbbeln, Schützenstraße/Feldherrnstraße

Kempten: 2.11., 20.00 Uhr, Kronenstüble, Kleiner Kornhausplatz 3.

Reutlingen: 3.11., 19.30 Uhr, Gaststätte Ringelbach, Ringelbachstraße 89.

Hamburg: 5.11., 19.00 Uhr, Gaststätte Jarrestadt, Jarrestadt 27, Hamburg 60.

Bremen: 6.11., 20.00 Uhr, Gaststätte Eder, Ecke Thedinghauserstraße/Gottfried-Menkenstraße.

Stuttgart: 6.11., 20.00 Uhr, Gaststätte Friedenau, Rotenbergstraße, Stuttgart-Ost.

Weinheim: 6.11., 20.00 Uhr, Gaststätte Weschnitztal, In der Birkenauer Talstraße 57.

Karlsruhe: 11.11., 20.00 Uhr, Linkskurve, Goethestraße.

Westberlin: 13.11., 19.00 Uhr, Tarantel, Neukölln, Karl-Marx-Straße 131 (U-Bahn Karl-Marx-Straße).

Köln: 20.11., 19.00 Uhr, Mathildenhof, Köln-Deutz, Mathildenstraße.



Genosse Enver Hoxha, der Führer der PAA, unter albanischen Werktätigen.

Kommentar der Woche

Nein, da sei er falsch verstanden worden — wieder einmal — meinte der Bundeskanzler Schmidt. Er wolle gar keine neue Auflage der großen Koalition in Bonn oder gar eine Allparteienregierung. Es gehe nur darum, gemeinsam mit der CDU/CSU eine Basis für die Sanierung des Bundeshaushalts zu finden. Im Vorfeld dieses Dementis waren allseitige Spekulationen in der Presse zu verfolgen gewesen.

Und natürlich ist es so, daß immer wenn solche Stichworte auftauchen wie große Koalition oder Allparteienregierung, daß dies ein Zeichen für Krisenzeiten ist, wenn die verschiedenen bürgerlichen Parteien in die Pflicht genommen werden, wenn Handeln gefordert wird.

Große Koalition in Bonn?

Als vor nunmehr 15 Jahren die große Koalition in Bonn geschaffen wurde, als SPD und CDU gemeinsam die Regierung bildeten, da erschütterte die erste schwere Wirtschaftskrise nach dem Wiederaufbau das bundesrepublikanische Wirtschaftswunder.

Heute wird infolge der neuen, wesentlich tieferen krisenhaften Entwicklung von Bonn aus ein Generalangriff auf all das unternommen, was den so oft beschworenen Sozialstaat ausmachte — und dafür möchte Schmidt gerne die Teilnahme der CDU/CSU, die genau diese Maßnahmen ja schon im letzten Wahlkampf verlangte, als Schmidt sie noch angeblich rundweg ablehnte.

Er wird wohl kein Glück damit haben. Denn in der CDU herrscht nach wie vor die Sonstigerer Strategie des Franz Josef Strauß, die davon ausgeht, daß es richtig schlimm kommen muß, um noch einmal die Chance der Regierungsübernahme zu erreichen.

Und niemand von den CDU-Größen in anderen Gegenden des Landes hat sich bisher dafür ausgesprochen, mit der Regierung mitzugehen, auch wenn sich Einzelne etwas vorsichtiger verhalten, zurückhaltender. Es stünden sich eben, so die Interpretation in der bürgerlichen Presse, in diesem Land zwei politische Blöcke gegenüber, und die Einsicht wachse, daß es in zentralen Punkten nur miteinander gehe. Eine verlogene und beschönigende Interpretation der Vorgänge.

Denn es geht dabei ja nicht um das „Wohl der Allgemeinheit“, sondern konkret um den großen Plan des drastischen Sozialabbaus zugunsten der Aufrüstung und der Profite der Monopole.

Es geht für die Bonner Parteien darum, wie sie den Werktätigen die Lasten der Krise aufbürden können. Und der Unterschied liegt ja nur darin, daß die CDU dies in noch größerem Ausmaß, ohne kosmetisches Sozialbeiwert tun will, mit der Ideologie der Leistungsfähigkeit des freien Unternehmertums auf den Lippen, anstelle der Ideologie des Sozialstaates.

Für dieses Programm sucht die offene Reaktion eine Mehrheit, und sie tut dies unter Aufbietung aller demagogischen Möglichkeiten und indem sie ständig auf den Widerspruch zwischen den Wahlversprechungen der Koalition und ihrer Politik heute hinweist, ohne dabei zu vergessen, zu betonen, daß die CDU/CSU dies alles schon letztes Jahr gesagt habe. Und solange sie erwarten kann, damit Erfolg zu haben, wird sie diese Strategie fortsetzen. Solange sie von ihren Wählern nur wenig verliert, während der Regierungspartei SPD die sinkende Wahlbeteiligung voll aufs Ergebnis durchschlägt, solange wird sie dies fortsetzen.

Man muß unterstreichen, daß allein schon die Tatsache, daß jetzt wieder über die Bildung einer großen Koalition diskutiert wird, besser gesagt, eine Diskussion darüber inszeniert wird, ein Zeichen dafür ist, daß die Krise sich vertieft. Erinnert man sich an die Art und Weise, wie im letzten Jahr Bundestagsabgeordnete, die eine eigene Meinung vertraten, sich nicht an die sogenannte Fraktionsdisziplin halten wollten, niedergemacht wurden, dann kann man sich leicht vorstellen, wie dies in einem Bundestag mit einer Allparteienregierung aussehen würde. Und wie wenig dies noch einem bürgerlichen Parlament gleichen würde. In diese Richtung sollen mit der jetzt entfachten Debatte Pflöcke gesetzt werden.

Helmut Weiss

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Der Ring des Schweigens wurde durchbrochen

Büro der DDR-Nachrichtenagentur ADN besetzt

DDR-Fernsehen spricht von Provokateuren

BONN. — Am Donnerstagmorgen, den 22. Oktober, besetzten Mitglieder eines Solidaritätskomitees für die verhafteten kommunistischen Oppositionellen in der DDR das Bonner Büro der DDR-Nachrichtenagentur ADN. Sie forderten von den dortigen Vertretern die Übermittlung ihres Protestes in die DDR. Dies wurde vom ADN-Vertreter abgelehnt, der stattdessen die Polizei rief. Im Bonner Pressehaus gab es einen großen Auflauf, als die Polizei die Bürobesetzer mitsamt ihrem Transparent entfernte.

In der Pressemitteilung des Solidaritätskomitees heißt es unter anderem: „Wir — ein Solidaritätskomitee für Manfred Wilhelm, Andreas Bortfeldt und weitere in der DDR verhaftete kommunistische Oppositionelle — haben heute das Bonner Büro der DDR-Nachrichtenagentur besetzt, um damit gegen die absolute Nachrichtensperre aller DDR-Medien über diese politischen Verfolgungen zu protestieren.“

Die Tatsache, daß das DDR-Fernsehen noch am gleichen Abend — natürlich in völlig entstellter Version und ohne auf die Gründe für die Aktion einzugehen — darüber berichteten, ist ein erster wichtiger Schritt dazu, auch in der DDR das Schweigen zu brechen. Eine Aktion von „Provokateuren“ — in der DDR wissen sehr viele Menschen, welche politische

Provokation gegen Bonner ADN-Büro

Bonn (ADN). Provokateure versuchten am Donnerstag, das Büro des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR im Pressehaus in Bonn zu besetzen. Als die Eindringlinge einer Aufforderung eines Sprechers des Vereins der Auslandspresse zum Verlassen des Büros nicht nachkamen, wurden sie von der Polizei entfernt.

So berichtete das SED-Organ „Neues Deutschland“

Richtung damit gemeint ist.

Aber auch in der westdeutschen Presse fand diese Aktion den bisher größten Widerhall, wurde das Schweigen, das seit dem entstellenden Artikel im „Spiegel“ offensichtlich allgemein angeordnet worden war,

Breite internationale Solidarität geht weiter

Portugiesische Abgeordnete protestieren bei DDR-Botschaft

Die breite internationale Solidarität mit den kommunistischen politischen Gefangenen in der DDR wurde auch in der letzten Woche fortgeführt. In Lissabon gab sich eine Delegation in die Botschaft der DDR, um eine Protestresolution vorzutragen, die sowohl vom UDP-Abgeordneten im Lissaboner Zentralparlament als auch von Abgeordneten verschiedener Parteien, vor allem aus dem Regionalparlament von Madeira, unterzeichnet war.

Diese Resolution war außerdem von mehreren bekannten Gewerkschaftsfunktionären, alten Kämpfern aus Portugal und populären Künstlern unterzeichnet worden. Sie erreichte auch in der bürgerlichen portugiesischen Presse einige Aufmerksamkeit. Diese Resolution, die dem Botschafter der DDR übergeben wurde, wird auch direkt nach Berlin geschickt werden, zusammen mit zahlreichen Protestkarten, die auch aus Portugal kommen.

Auch in anderen Ländern wurde die Serie der Kundgebungen vor DDR-Botschaften oder Vertretungen, von Protestveranstaltungen und Briefaktionen fortgesetzt, ebenso wie auch die

Bemühungen, die breite Öffentlichkeit davon zu unterrichten, daß in der DDR Genossen wegen ihrer politischen Ansichten verhaftet und verurteilt werden.

Wir hatten bereits in den letzten Ausgaben des „Roten Morgen“ über solche Aktionen in zahlreichen Ländern, von Neuseeland über Surinam bis nach Dänemark berichtet. Eine solche Kampagne organisierten auch die Genossen der kommunistischen Partei Schwedens, die am 16. Oktober eine Kundgebung vor der DDR-Botschaft durchführten und landesweit Plakate verklebten.

In vielen Ländern hat die tatkräftige Solidaritätsarbeit

Ministerrat der DDR

Annahme der Solidaritäts-Unterschriften verweigert

Weit über 2000 Unterschriften sind auf der Bonner Friedensdemonstration unter eine Protestresolution gegen die Verhaftung der kommunistischen Oppositionellen in der DDR gesammelt worden. Adressat des Protestes war der Ministerrat der DDR. Unser Redakteur Detlef Schneider war am vergangenen Mittwoch in Ostberlin, um die Unterschriftenlisten zu überbringen. Hier sein Bericht.

Nachdem ich das Gebäude des Ministerrats betreten hatte, wurde ich von Angehörigen der Volkspolizei nach meinem Anliegen gefragt und dann in ein Büro geführt, wo Eingaben und Petitionen angenommen werden. Dort tat man sehr erstaunt („Kommunisten bei uns im Gefängnis — das gibt's doch

nicht“). Ich mußte warten, weil die „zuständigen Herren“ angeblich gerade beim Essen waren. Während einer Wartezeit von fast zwei Stunden versuchte mich einer der Angestellten des Büros auszuhorchen, unter anderem über weitere geplante Aktivitäten für die gefangenen Genossen. Immerhin zeigte er

beendet. Mehrere große regionale Tageszeitungen berichteten mit Bildern auf den Titelseiten, andere veröffentlichten zumindest Meldungen über die Besetzung und ihren Grund.

Währenddessen gehen nach wie vor Unterschriftenlisten von den Sammlungen bei der großen Bonner Friedensdemonstration ein — bisher 2365 Unterschriften. Weitere werden noch aus Bonn und natürlich erst recht von anderen der zahlreichen organisierten Aktionen und Informationsständen erwartet.

Auch in mehreren alternativen Stadtzeitungen wurde — im Unterschied zur Presse zahlreicher linker Organisationen —

über die Verhaftungen der kommunistischen Oppositionellen berichtet, so in Saarbrücken und Recklinghausen.

So wird die Kampagne zur Solidarität mit den Verhafteten in der DDR breiter und wirksamer. Nur durch die Fortsetzung dieser Anstrengungen wird es möglich sein, einen öffentlichen Prozeß zu erreichen, wird es möglich sein, die politischen Gefangenen freizukämpfen.

Deshalb rufen wir alle unsere Leser auf, selbst zu protestieren, sei es durch Karten oder Anrufe an die DDR-Behörden, den verhafteten Oppositionellen zu schreiben, um ihnen zu zeigen, daß sie nicht vergessen sind und sich auch selbst an den Aktionen zur Informierung der Öffentlichkeit und zum Protest gegen die Geheimjustiz der DDR-Organe zu beteiligen!

Freiheit für die kommunistischen Oppositionellen in der DDR!

Protestiert

- bei der Ständigen Vertretung der DDR, Kölner Straße 18 in 5300 Bonn-Bad-Godesberg (Tel.: 0228 / 379051);
- bei der Generalstaatsanwaltschaft in Berlin (Tel.: 5109371);

Schreibt den

Inhaftierten an die • Generalstaatsanwaltschaft von Berlin, in 1026 Berlin, Littenstraße 16-17 unter Angabe von Namen und Geburtsdatum des Gefangenen.

Bestellt und verschickt die Protestpostkarten beim Verlag Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103.

der dortigen Kommunisten und Demokraten dazu geführt, daß breitere Teile der Öffentlichkeit von diesen Vorgängen in der DDR erfuhren. Ohne Zweifel ist dies ein wichtiger Beitrag dazu, den inhaftierten Genossen und Anhängern der KPD in der DDR zu helfen, ein Schritt, zu verhindern, daß sie in aller Heimlichkeit lediglich wegen ihrer kommunistischen Gesinnung abgeurteilt werden können. Die Behauptung der DDR-Behörden, in ihrem Staat gäbe es keine politischen Gefangenen, wird so in den Augen Zehntausender fortschrittlicher Menschen immer unglaubwürdiger. Ihre arrogante Haltung, alles dies sei lediglich eine Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten, wird so immer mehr als ein Vorwand erkannt, um ge-

heime politische Terrorurteile zu fällen, die sich gegen jegliche fortschrittliche Opposition in der DDR richten. Währenddessen nimmt sich, das sollte man in diesem Zusammenhang nochmals unterstreichen, die DDR-Führung sehr wohl das Recht heraus, nicht nur zu innerpolnischen Angelegenheiten Stellung zu nehmen, sondern eine beispiellose Hetzkampagne gegen die polnischen Arbeiter zu organisieren. Wegen ihrer Unterstützung für die polnische Gewerkschaftsbewegung, wegen ihres Einsatzes für die Interessen der Arbeiter in der DDR sollen ja auch diese Genossen und Freunde für lange Jahre hinter Gitter des verlogenen selbsternannten Arbeiter- und Bauernstaates.

Ich habe gehört, daß sich gegenwärtig acht bis zehn Bürger der DDR einzig und allein wegen des Vorwurfs kommunistischer Tätigkeit in Untersuchungshaft befinden. Unter ihnen der Arbeiter Manfred Wilhelm und der Dipl.-Mathematiker Andreas Bortfeldt. Das ist Gesinnungsjustiz! Ich protestiere gegen diese schwerwiegende Verletzung der Menschenrechte und fordere die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen. Der Prozeß gegen sie muß öffentlich und im Beisein internationaler Beobachter stattfinden.

Charles R. Cox
(von den Vereinigten Staaten v. Amerika)

Karten wie diese aus Chicago erreichten die Partei aus vielen Ländern mit der Bitte um Weiterleitung an die DDR-Behörden.

sich entgegen der anfangs zur Schau gestellten Ahnungslosigkeit dann doch informiert über unsere Partei.

Dann kamen die „zuständigen Herren“. Zwei waren es, von denen einer sofort seinen Stenoblock zückte, um alles mitzuschreiben. Namen und Funktion wollten sie allerdings nicht nennen, was meine Zweifel daran bestätigte, daß sie tatsächlich — wie sie behaupteten — Angestellte beim Ministerrat waren. Ich erklärte noch einmal den Zweck meines Kommens, legte die Listen vor, die jedoch niemand in die Hand nahm oder auch nur anschaute. Bemerkenswert war die Tatsache, daß diese „zuständigen Herren“ trotzdem genau im Bilde über die Unterschriftensammlung und auch den Text der Listen waren.

Das ging aus der Erklärung

hervor, die der eine von ihnen mir gegenüber abgab. Er bezog sich nämlich direkt auf die Protestresolution, als er sagte, darin würde die Behauptung aufgestellt, es gebe politische Gefangene in der DDR. Das aber sei eine Lüge und rechtlich gesehen eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR. Deshalb würde niemand diese Listen in Empfang nehmen, und ich müßte auf dem schnellsten Weg die DDR wieder verlassen.

Für den schnellsten Weg sorgten dann die Herren selbst. Sie eskortierten mich zu einem bereitstehenden Wagen und fuhren mich zum Grenzübergang Friedrichstraße. Dort wurde ich von einem offenbar vorher verständigten Vopo-Kommando in Empfang genommen und direkt zu einer der nach Westberlin fahrenden U-Bahnen gebracht.

Beispiel Dortmund Stellenabbau um 10 Prozent

Noch bevor die Bonner Sparbeschlüsse überhaupt offiziell verabschiedet sind, wird auf kommunaler- und Landesebene bereits der Mährescher angeworfen, mit dem man rücksichtslos über soziale Leistungen jeder Art hinwegfahren will. So sollen beispielsweise in Dortmund bei der Stadtverwaltung 10 Prozent der Stellen „eingespart“ werden. Die Dortmunder Kreisverwaltung der ÖTV-Gewerkschaft, Abteilung Sozialarbeit, hat ein „Spar-Info“ herausgebracht, in dem die Kolleginnen und Kollegen konkret über diese Sparpläne informiert werden. Dieses Info ruft die ÖTV-Mitglieder der Abteilung Sozialarbeit außerdem auf, bei der „Gegenaktion“ geplant werden sollen. Im folgenden ein Auszug aus diesem „Spar-Info“:

„Auch in Dortmund sollen laut Aussage des Bürgermeisters Spaenhoff und des Personaldezernenten Rüttel 10 Prozent (mehr als 1000 Stellen!!!) der Arbeitsplätze bei der Stadtverwaltung wegrationalisiert werden. Durch welche Maßnahmen das erreicht werden soll, geht aus Vorschlägen des Personalamtes bzw. des Hauptamtes hervor. Nachfolgend einige Sparvorschläge, die alle Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsbereich betreffen:

- Überprüfungen der Beschäftigten, ob volle Auslastung besteht.
- Einsparung jeder freierwerdenden Planstelle.
- Einstellungs- und Beförderungstopp.
- Hauskontrollen bei vermeintlicher Arbeits- und Dienstunfähigkeit.
- Anordnung vertrauens- bzw. amtsärztlicher Untersuchungen bei längerem Fernbleiben vom Dienst.
- Einführung von Stechuhren (mit bzw. ohne Gleitzeit).
- Verzicht auf Ersatzgestaltung und Anordnung von Überstunden bei Personalausfällen infolge Mutterschaftsurlaub.
- Verpflichtung von Beamten und Angestellten zur Übernahme von Amtsvormundschaften und Pflegschaften im Erwachsenenbereich; Auflösung der Arbeitsgruppe.
- Vernichtung von Ganztagsarbeitsplätzen in Kindergärten durch Schließung am Nachmittag.
- Personalbemessung in Tagesstätten.
- Personalabbau in Jugendfreizeitstätten.
- Abbau von Fachberatung für sozialpädagogische Einrichtungen.
- Obdachlosenfürsorge (Bedarfsprüfungen).
- Auflösung der Arbeitsgruppe „Offene Hilfen“.
- Abbau von Fortbildung und Sonderurlaub.

Konsequenzen aus diesen Vorschlägen wären z.B.:

1. Mehrarbeit und mehr Streß für alle Kolleginnen und Kollegen.
2. Vernichtung von Arbeitsplätzen.
3. Abbau und Verschlechterung von Sozialleistungen für alle Bevölkerungsgruppen, insbesondere bei Kinder und Jugendlichen (Nichtwahlberechtigten).“

Wachsende Empörung über Sozialabbau und Rüstungswahnsinn

Gewerkschaften müssen jetzt mobil machen!

Unternehmerpräsident Esser fordert radikale Sozialdemontage

MANNHEIM/ULM. — Das neue „Haushaltsloch“ und die drohenden zusätzlichen Einschnitte ins sogenannte soziale Netz verdeutlichen, wie notwendig jetzt gewerkschaftlich organisierter Widerstand gegen den Bonner Sparhaushalt ist. Die Unruhe in den Betrieben und an der gewerkschaftlichen Basis wächst. Die Gewerkschaftsmitglieder wollen konsequente gewerkschaftliche Kampfschritte, statt immer nur neue Worte und Sprüche von seiten der Gewerkschaftsführer. Unternehmerrchef Esser so hemmungslos wie noch nie einen radikalen Sozialabbau gefordert.

Am 14. Oktober demonstrierten auf einer Protestkundgebung des DGB Mannheim rund 3000

Kolleginnen und Kollegen gegen die Sparbeschlüsse der Bundesregierung. Die Kundgebung war

unter das Motto gestellt: „Gegen soziale Demontage — Für Frieden und Abrüstung“.

Die Kollegen trugen unter anderem Transparente mit der Aufschrift: „Abrüstung statt Sozialabbau“ und „Weg mit Atomraketen — Her mit Sozialmoneten“.

Als Redner des DGB forderte Detlef Henschke, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstands der IG Druck und Papier, daß Kürzungen nicht bei Sozialleistungen, sondern stattdessen beim Rüstungshaushalt vorgenommen werden müßten. Henschke forderte auch, die Bundesregierung müsse den Nachrüstungsbeschluß der NATO aufkündigen.

Gewerkschaftlich organisierte Kraftfahrer:

Gegen Sozialabbau und Rüstungswahnsinn vorgehen!

Bremen, 15.10.81 (Arbeiterkorrespondenz). — Liebe Genossen! Am 4.10.81 fand in Verden/Aller auf Einladung des ÖTV-Bezirks Weser-Ems eine Versammlung von Kraftfahrern in der ÖTV statt. An diesem Treffen nahmen 18 Kollegen und Kolleginnen teil. Im Laufe dieser Veranstaltung wurden auch zwei Resolutionen verabschiedet, die sich an den Vorstand der ÖTV und an den Kollegen Georg Benz richteten. Die Resolution an den ÖTV-Vorstand hat folgenden Wortlaut:

Die Arbeitnehmer in der BRD bezahlen aus ihren Steuergeldern die horrenden ansteigenden Rüstungsausgaben. Steigende Rüstungsausgaben bedeuten aber den Abbau der Sozialleistungen in der BRD.

Das bedeutet: Kürzung des Kindergeldes, Einschränkungen beim Arbeitslosengeld, Einschränkungen der Leistungen der Krankenkassen, Einführung von Karenztage im Krankheitsfall, Bedrohung der Renten und vieles andere mehr. Die Wirtschaftskrise ist nicht von den Arbeitnehmern gemacht. Auch sind nicht die Arbeitnehmer dafür verantwortlich zu machen, daß es in der BRD mehr als eine Million Arbeitslose gibt.

Wir erwarten deshalb, daß unsere Gewerkschaften dieser Entwicklung Einhalt gebieten. Wer tatsächlich gegen Rüstung und soziale Demontage ist, muß auch praktisch etwas dagegen tun.

Die an den Kollegen Benz gerichtete Resolution lautet: Wir bekräftigen Deine Aktivitäten im Friedenskampf. Auch wir sind über die Rüstungspolitik in der BRD sehr besorgt. Empörend finden wir das Teilnahmeverbot, das von der DGB-

Führung ausgesprochen wurde. Deshalb hat Deine Teilnahme an der Veranstaltung und an der Friedensdemonstration am 10.10. in Bonn unsere volle Unterstützung.

Soweit die verabschiedeten Resolutionen.

Justiz terrorisiert Gewerkschafter!

Außerdem wurde von einem Kollegen ein unglaublicher Vorfall aus dem Oldenburger Raum berichtet:

Dort hatten auf Initiative eines Gewerkschaftsfunktionärs 60 Kraftfahrer eine Annonce in eine regionale Tageszeitung gesetzt, in der sie neue Arbeitsplätze suchten, und die miserablen Arbeits- und Lohnbedingungen im Speditionsgewerbe anprangerten.

Daraufhin wurde von Unternehmerseite ein Strafantrag gegen den Funktionär und Initiator dieser Annonce gestellt, wegen Verleumdung und übler Nachrede. Als Folge dessen veranstaltete die Staatsanwaltschaft eine Hausdurchsuchung in der Redaktion der Tageszeitung und beschlagnahmte alle Unterlagen zu diesem Fall. Dabei wurde auch der Name der Frau eines Kollegen bekannt, die den Annoncextext aus Gefälligkeit beim Verlag abgegeben hat. Auch gegen sie wurde eine Strafanzeige gestellt.

Außerst merkwürdig mutet auch an, daß der Ehemann der Frau in seiner Firma in eine andere Lohngruppe umgesetzt wurde. Das bedeutet für ihn einen Lohnverlust von 1000 DM.

Leider konnte ich bis heute noch keine nähere Informationen zu dieser Sache erhalten. Ich werde diese aber so bald als möglich nachliefern.

republik, die DGB-Führung müsse endlich den Zusammenhang zwischen der anhaltenden Krise und den wachsenden Ausgaben für die Aufrüstung erkennen.

Auf einer Funktionärsversammlung des DGB-Kreises Main-Kinzig betonten mehrere Betriebsräte und Vertrauensleute, der DGB müsse eine drastische Kürzung des Rüstungshaushalts zugunsten der Aufrechterhaltung und des weiteren Ausbaus der Sozialleistungen fordern.

Der DGB-Kreis Main-Kinzig hat für den 6. November zu einer Großkundgebung gegen Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau aufgerufen.

Wie bereits im letzten „Roten Morgen“ berichtet, hat auch der DGB Baden-Württemberg für den 7. November zu einer Demonstration gegen die Bonner Sparbeschlüsse in Stuttgart aufgerufen. In einem Flugblatt der Stuttgarter IG-Metall-Bezirksleitung, in der die Metaller zu dieser Aktion aufgerufen werden, wird angeprangert, daß die Regierung die Arbeiter rücksichtslos zur Kasse bittet, während sie andererseits den Reichen, den Konzernherren und Großverdienern noch zusätzliche Milliardenbescheide in den Rachen wirft.

Besonders heftig ist die Empörung über die Bonner Sparbeschlüsse naturgemäß bei den Arbeitern, unteren Angestellten und kleinen Beamten, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind. Ihnen sollen zusätzliche Opfer bis hin zu einer Lohnkürzung um 1 Prozent zugemutet werden!

Die Stimmung unter den Kollegen in der ÖTV hat dazu

geführt, daß auch höhere Funktionäre, die ansonsten das Wort Streik am liebsten ganz aus dem gewerkschaftlichen Sprachgebrauch verschwinden lassen würden, jetzt lauthals einen ÖTV-Streik ankündigen. Auch ÖTV-Chef Klunker hat dies getan. Man muß Klunker entschieden beim Wort nehmen!

Allerdings muß aus dem Wort sehr bald die Tat werden! Denn noch vor Weihnachten will die Bundesregierung den Sparhaushalt verabschieden.

Inzwischen hat der Präsident der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, Otto Esser, in so ungeheuerlicher und radikaler Weise nach sozialer Demontage geschrien, wie noch nie zuvor. Am 20. Oktober hetzte er vor Metallunternehmern in Ulm gegen die „verschwenderische Sozialpolitik“, die die Ursache der jetzigen Ebbe in den öffentlichen Kassen sei. Eine „üppig wuchernde Konsumenten-Mentalität und die verhängnisvolle Spirale von Fordern und Gewähren“ hätten „das System der sozialen Sicherungen ausufern lassen“.

Diese unglaubliche Hetze ergänzte Esser durch die Forderung nach einem „sozialpolitischen Kurswechsel“, durch den der „Vorrang der privaten Selbstvorsorge vor den Ansprüchen an die Gemeinschaft“ durchgesetzt werden müsse. Erneut forderte Esser auch die Senkung des Arbeitslosengeldes und den Abbau der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

Es gibt nur einen Weg für die erfolgreiche Abwehr der Demontage unseres in Jahrzehnten mühsam erkämpften sozialen Besitzstands: Unsere Gewerkschaften müssen kompromißlos dafür eintreten, daß die Reichen die Krise bezahlen müssen, und daß die Rüstungsausgaben drastisch gesenkt werden. Es ist notwendig, mit allen gewerkschaftlichen Machtmitteln bis hin zum Streik konsequent für diese Forderungen zu kämpfen!

„De Anstorm“ Hafenzzeitung der KPD in Bremen: Karenztage dürfen nicht durchkommen

Kollegen, die Karenztage, die die Kapitalisten und Wirtschaftsminister Lambsdorff bei der Lohnfortzahlung durchdrücken wollen, dürfen auf keinen Fall durchkommen!

Schon jetzt traut sich kaum ein Kollege, krank zu sein; dann wird's ganz aus sein damit. Schon jetzt schleppen sich viele aus Angst um den Arbeitsplatz mit kleineren Verletzungen weiter zur Arbeit, obwohl es besser wäre, im Bett zu bleiben.

Mit den Karenztagen aber wollen Dir die Bosse jede Krankheit überhaupt „verbiehen“, denn jede Krankheit soll Dich dann drei Schichten kosten.

Beispiel: Der Arzt hat Dich

krank geschrieben. Du liegst eine Woche im Bett. Die hast Du Dir im zügigen Hafen geholt, und nun sollst Du den Herren aus Dank dafür noch drei Schichten bezahlen. Das kannst Du aber nicht, weil Deine Familie von zwei Schichten in der Woche nicht leben kann.

Also was folgt daraus? Du gehst trotz der Krankschreibung mit Fieber und entzündetem Hals zur Arbeit. Und Du hast bloß Glück, wenn Du Dir nicht den Tod dabei holst.

Kollegen, die Karenztage sind der brutalste Angriff bei dem geplanten Sozialabbau. Hier geht es ja nicht einmal um die Sanierung der Staatsfinan-



zen, hier sollen den kranken Arbeitern direkt drei Tageslöhne gestohlen werden, um sie den Unternehmern, den Reichsten im Lande, ebenso direkt in die Tasche zu stecken!

Kollegen! Die Lohnfortzahlung ist 1956 in einem langen und harten Arbeitskampf der Metaller von Schleswig-Holstein erstreikt worden.

Kämpfen wir genauso unerbittlich, damit uns diese Errungenschaft nicht weggenommen werden kann!

Massenentlassungen per Rotstift Putzfrauen und Müllarbeiter sollen „eingespart“ werden

DORTMUND. — Den Sparplänen der Stadt Dortmund fallen nicht nur soziale Leistungen zum Opfer. Es sollen auch Massenentlassungen in verschiedenen Bereichen der Stadtverwaltung vorgenommen werden. Insgesamt wurde die Vernichtung von rund 1000 städtischen Arbeitsplätzen angekündigt.

Die Stellenstreichungen sollen alle Bereiche der Stadtverwaltung treffen. Besonders radikal gehen die Stadtherren bei den städtischen Reinmachefrauen vor. Durch Privatisierung eines Großteils der städtischen Gebäudereinigung soll jede zweite Putzfrau ihren Arbeitsplatz verlieren. Insgesamt bedeutet dies die Entlassung von 500 Kolleginnen. Viele der Betroffenen sind Ehefrauen von Hoesch-

Stahlwerkern, die ebenfalls von Arbeitslosigkeit bedroht sind.

Auch im Bereich der Müllabfuhr sollen 100 Arbeiter entlassen werden. Personalabbau ist ferner geplant beim Straßenverkehrs- und Einwohnermeldeamt, beim Jugendamt und der Sozialbehörde, bei den Kindergärten, Büchereien und Bibliotheken (siehe auch „Beispiel Dortmund“ links auf dieser

Seite).

Ähnlich wirken sich auch die Sparmaßnahmen in anderen Städten und Gemeinden aus. In Dortmund allerdings ist diese Arbeitsplatzvernichtung durch die Stadt besonders empörend, denn hier ist mit über 8 Prozent eine weit überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit registriert. Außerdem hatte Oberbürgermeister Samtlebe (SPD) unlängst geholfen, den Kampf der Stahlarbeiter von Hoesch gegen die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze abzuwehren mit der beschwichtigenden Versprechung, die Stadt Dortmund würde sich um Ersatzarbeitsplätze bemühen.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 Bremen (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 Dortmund 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231/832328, geöffnet: Mo, Mi, Fr 17 - 19 Uhr.

4600 Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD, Wellingerhof Str. 103, Tel.: 0231/433691/92.

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: 0203/443014.

4000 Düsseldorf (Eiler), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eiler 7, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

6000 Frankfurt 1, Parteibüro der KPD, Bockenheimer Anlage 1, Tel.: 0611/552903, geöffnet: Do + Fr 17.30 - 20 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

7800 Freiburg, Parteibüro der KPD, Klarastr. 29, geöffnet: Sa 10 - 13 Uhr.

2000 Hamburg 6, Buchladen „Roter Morgen“, Schulterblatt 98, Tel.: 040/4300709, geöffnet: Mo - Fr 15 - 18 Uhr, Fr 11 - 13 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 Hannover, Parteibüro der KPD, Eilenstr. 24, Tel.: 0511/445162, geöffnet: Sa 10 - 14 Uhr.

7100 Heilbronn, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 18.30 - 19.30 Uhr.

7500 Karlsruhe 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve“, Goethestr. 25 b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di - Fr 17 - 18.30 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr, Tel.: 0721/848408.

2300 Kiel 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/567702, geöffnet: Mo, Di + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr, Do 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit“, Marienstr. 37 a, Tel.: 0221/554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621/523966.

8500 Nürnberg, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/438043, geöffnet: Mi - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

4500 Osnabrück, Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstr. 5.

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/432388, geöffnet: Mi 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030/4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

Auseinandersetzung im DGB um Westberliner Häuserräumung

HBV-Führung stellt sich auf die Seite von Sickert und Vetter

DÜSSELDORF. — Der Vorsitzende der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV), Günter Volkmar, hat jetzt in die innergewerkschaftliche Auseinandersetzung eingegriffen, die im DGB um die Häuserräumung vom 22. September in Westberlin entbrannt ist. Volkmar unterstützt nicht etwa die berechtigte Kritik an dem DGB-eigenen Wohnungsbaukonzern Neue Heimat und an der skandalösen Haltung der Westberliner DGB-Führung. Er hat vielmehr für die Neue Heimat und für die Verteidiger von Lummers blutiger Räumungspolitik Partei ergriffen.

Die HBV-Führung hat ihre Stellungnahme in Form einer Pressemitteilung abgegeben, die den wohlklingenden Titel trägt: „Neuorientierung der Wohnungspolitik“. Zu Beginn der Ausführungen werden einige ebenso wohlklingende Forderungen aufgeführt, wie z.B.: verstärkter Bau von Mietwohnungen — 100 000 pro Jahr.

Dann aber folgt die eigentliche Ware, die Volkmar anzubieten hat: uneingeschränkter Lob für die Neue Heimat, „die in der Bundesrepublik seit mehr als drei Jahrzehnten einen entscheidenden Beitrag zur Verbesserung der Wohnsituation“ geleistet habe.

Ist dem HBV-Vorsitzenden eigentlich die Meinung des werktätigen Volkes über diesen größten bundesdeutschen Wohnungsbaukonzern und seine antisozialen, kapitalistischen Profitstrategien nicht bekannt?

Für Hunderttausende von Mietern, die mit der Neuen Heimat ihre schlechten Erfahrungen machen mußten, müssen die Sprüche Volkmars wie nackter Hohn klingen!

Volkmar verbrämt seine Parteinnahme für die heilige Allianz von Bonzfiz, Polizeiknüttel, Wohnungsbaukapitalist, Spekulant und Miethai mit einer sattem bekannten pharisäischen Floskel: „die Wohnungsprobleme in Berlin und im Bundesgebiet lassen sich nicht mit polizeilichen Maßnahmen lösen“.

Auf die Anfrage der Zeitung „Die Neue“, wie er denn dann zu den Räumungs- und Strafanträgen der Neuen Heimat gegen die Hausbesetzer stehe, ließ Volkmar über seinen Presse-

sprecher mitteilen, die Neue Heimat habe „keine andere Wahl“ gehabt. Weitere Stellungnahmen zum Vorgehen der Neuen Heimat gegen die Hausbesetzer halte er, so ließ Volkmar mitteilen, für „überflüssig“.

Die Pressemitteilung des HBV-Vorstands kommt genau zu dem Zeitpunkt, da der DGB-Bundesvorstand öffentlich auf die Lehrgewerkschaft GEW einprügelt, weil der außerordentliche GEW-Gewerkschaftstag in einem Beschluß völlig zu Recht die Politik der Neuen Heimat und die Haltung der

Westberliner DGB-Führung, ihren schamlosen Beifall für Lummers blutige Räumungspolitik, kritisiert hatte.

Man kann das Eingreifen des HBV-Vorstands in diese Auseinandersetzung nicht anders denn als Tritt gegen die GEW und als Schützenhilfe für die Vetter, Sickert und Co. interpretieren. „Die Neue“ kommentiert dies mit folgenden Worten: „Beachtlich, daß der Vorstand einer als relativ links geltenden Gewerkschaft einer anderen, ebenfalls als relativ links angesehenen DGB-Organisation einen kräftigen Hieb versetzt“.

Die Stellungnahme des HBV-Vorstands bedeutet zugleich auch einen Tritt gegenüber dem Westberliner Landesbezirksvorstand der HBV. Dieser hatte wenige Tage nach der Räumungsaktion des 22. September einen Beschluß verabschiedet, in dem der Polizeieinsatz gegen die Hausbesetzer verurteilt, die Haltung des Westberliner DGB zu den Vorfällen kritisiert und die Neue Heimat zur Zurücknahme ihrer Strafanträge gegen die Hausbesetzer aufgefordert wird (siehe auch letzter RM, Seite 4).

Gutes Beispiel im Hafen von Bremen

„Kriegsmaterial faß' ich nicht an“

„Vor etwa zehn Tagen in Schuppen 18: Tankanhänger für Libyen sollen verladen werden. Alles NATO-oliv gestrichen. Offensichtlich Kriegsmaterial. Alles ist bereit zur Arbeit. Aber los geht es nicht: ein älterer Kollege weigert sich. „Krieg hab ich selbst mitgemacht. Davon will ich nichts mehr wissen. Kriegsmaterial faß' ich nicht an!“

Staunen bei den Vorarbeitern. Diskussion bei den Kollegen. Der Ältere bleibt standhaft. Sie mußten erst einen Anderen hinschicken, damit die Arbeit anfangen konnte.

„Konsequent“ fanden die anderen die Haltung des älteren Kollegen. Sowas muß Schule machen. Denn: Friedenspredigten gibt's schon zu viele, besonders aus dem Mund der DGB-Führer. Daß was getan wird, darauf kommt es an!

Daß Jan Arbeitsmann in allen Ländern den Kriegstreibern buchstäblich in den Arm fällt, das und nur das schafft Frieden!“

(Entnommen aus der Oktoberausgabe von „De Ansturm“, Hefenzeitung der KPD in Bremen)

Gewerkschaften und Friedenskampf

Kritik an DGB-Friedensaufruf

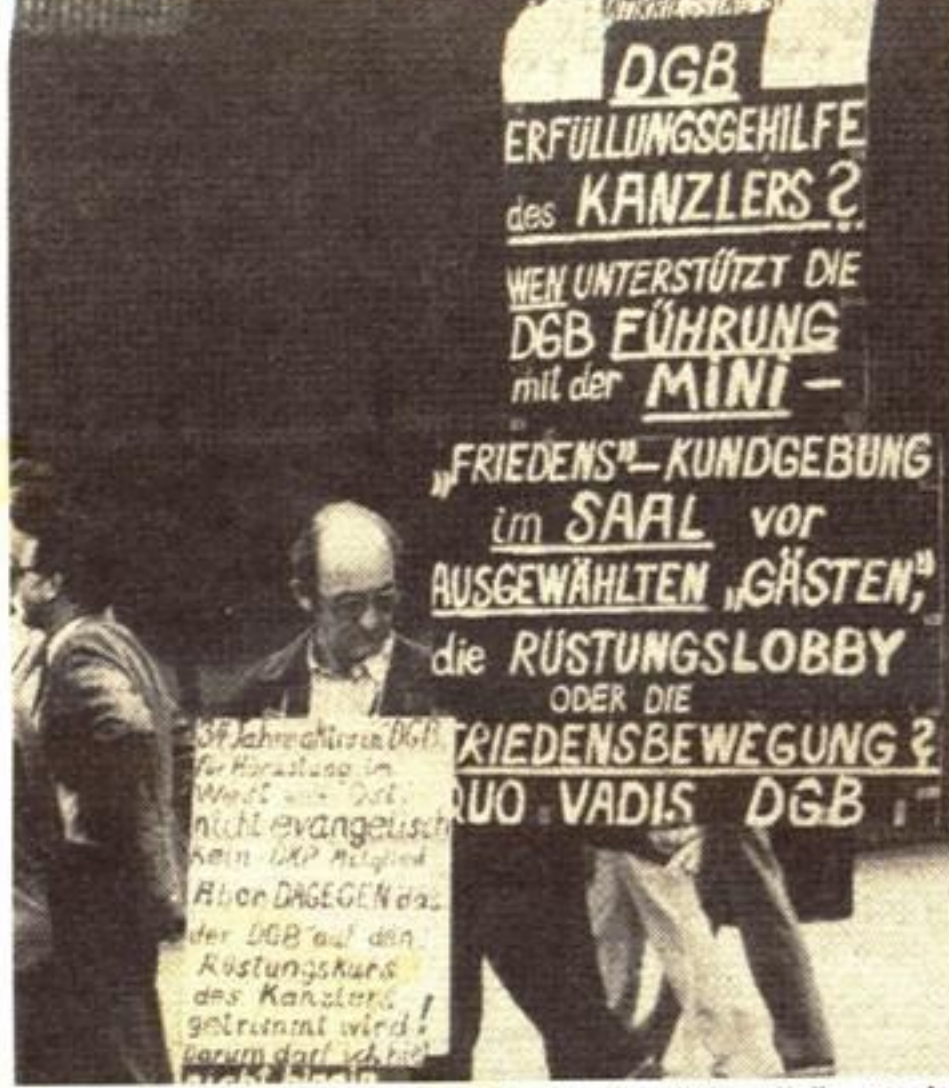
Augsburg. — Die Kreisdelegiertenkonferenz des DGB Augsburg verabschiedete einstimmig eine Resolution, in der Kritik an dem Aufruf des Appells des DGB-Bundesvorstands „Frieden durch Abrüstung“ geübt wird. Wegen ihres zu allgemeinen Inhalts — so heißt es in der Resolution — hat der Aufruf „die Möglichkeit, auf die Ursachen des gegenwärtigen Aufrüstungsprozesses hinzuweisen, leider vergeblich“. Vor allem aber — so die Resolution — fehle in dem Aufruf „der Hinweis auf die akute und aktuelle Bedrohung durch die geplante Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen von Typ Pershing II und Marschflugkörpern in der BRD und anderen westeuropäischen Ländern“. Trotz dieser berechtigten Kritik glaubte die Konferenz jedoch, zur Unterstützung des DGB-Aufrufs aufrufen zu müssen. Die Konferenz verurteilte auch die Entscheidung des DGB-Bundesvorstands, die Teilnahme an der Bonner Friedensdemonstration zu untersagen und forderte

den Bundesvorstand auf, nicht mit derartigen Beschlüssen „die notwendige Friedensbewegung zu spalten“.

Ettlingen. — Die 12. DGB-Landesfrauenkonferenz Baden-Württemberg, die am 10. Oktober, also gleichzeitig mit der Bonner Friedensdemonstration, in Ettlingen tagte, schickte ein Grußtelegramm an die Demonstration nach Bonn. Darin hieß es u.a.: „Wir hoffen mit Euch, daß die Demonstration bewirkt, die Stationierung weiterer Atomwaffen in Europa zu verhindern“. In verschiedenen Anträgen zum Thema Frieden und Abrüstung forderte die Konferenz u.a. die Rücknahme des NATO-Raketenbeschlusses und die völkerrechtliche Ächtung der Neutronenbombe. Ferner wurde gefordert: „Keine Erhöhung sondern Kürzung des Rüstungshaushalts um 10 Prozent“. Der DGB wird in einem Beschluß aufgefordert, auf allen Ebenen mit Aktionen und einer breiten Informationskam-

pagne den Friedenskampf voranzutreiben und gegen den NATO-Raketenbeschluß aktiv zu werden.

Sindelfingen. — Am 17. Oktober führte die IG Druck und Papier in Sindelfingen einen „Friedenstag“ durch, zu dem mehr als tausend Kollegen angereist sind. Auf der Veranstaltung traten als Redner auf: General a.D. Bastian, Bernt Engelmann, Erhard Eppler, Prof. Jörg Hufschmid und der Landesvorsitzende der IG Druck und Papier, Lothar Pleithner. Bastian sprach Klartext, als er sagte, einer Regierung, die beständig das eigene Volk belüge und gegen dessen Interessen verstoße, müsse der Gehorsam aufgekündigt werden. Pleithner betonte in Bezug auf die Bonner Friedensdemonstration, es gebe für Gewerkschafter keinen Grund, „daß wir uns mit dieser Friedensbewegung nicht von Herzen solidarisieren“.



Demonstrierender Kollege vor der Düsseldorfer Philipps-Halle, wo der DGB-Bundesvorstand am 1. September in „geschlossener Gesellschaft“ seine zentrale Antikriegstags-Veranstaltung abhielt (nur geladene Gäste waren zugelassen).

Scharfe Kritik an reaktionären Positionen der DGB-Führung

DGB-Vorstandsmitglied Lütgert: „emotionalisiert, demagogisiert, verstiegen“

FRANKFURT/WESTBERLIN. — In zunehmendem Maße sind es die aktiven Gewerkschaftsfrauen im DGB, die rechten Gewerkschaftsführern die Leviten lesen und konsequent gegen reaktionäre Positionen der offiziellen DGB-Politik auftreten. Auf der 10. hessischen Landesfrauenkonferenz des DGB am letzten Samstag in Frankfurt wurde in diesem Sinne erfrischender Klartext gesprochen. Und die Kolleginnen faßten Beschlüsse, die es in sich hatten. Dem Vertreter des geschäftsführenden DGB-Vorstands, Lütgert, standen dabei die Haare zu Berge.

Sehr zur Beruhigung des Aufpassers vom DGB-Landesvorstand hatten die Gewerkschaftsfrauen ein Thema auf die Tagesordnung gesetzt, das innerhalb des hessischen DGB zu den heißesten Eisen gehört: den umstrittenen Ausbau des Frankfurter Flughafens (Startbahn West), bzw. den Volkswiderstand gegen dieses Projekt, offizielle DGB-Position: Grundsätzliche Zustimmung zum Bau der Startbahn West bei Beachtung bestimmter Auflagen.

Lütgert „ermahnte“ die Gewerkschafterinnen eindringlich, sich an dem entscheidenden Beschluß des DGB-Landesbezirksvorstands zu orientieren. Auch der hessische Sozialminister Clauss (SPD) redete in diesem Sinn auf die Frauen ein. Er versuchte gleichzeitig, den Wider-

stand gegen die Startbahn als Umtriebe von Chaoten abzustempeln und ihn sogar in die kriminelle Ecke zu drängen. Clauss wurde ausgebuht.

Trotz der Einschüchterungsversuche und Demagogie seitens der Bonzen, verabschiedeten die 50 Delegierten schließlich einstimmig (bei fünf Enthaltungen der IG-Chemie-Frauen) eine Entschließung, in der sie aufs schärfste das Vorgehen der Polizei gegen die Startbahngegner, insbesondere den „brutalen Polizeieinsatz“ vom 11. Oktober, verurteilten und zugleich forderten, daß die für diesen Polizeieinsatz verantwortlichen Politiker einschließlich des Ministerpräsidenten Börner zur Verantwortung gezogen werden müssen.

Des weiteren wird in der

Entschließung die unverzügliche Einstellung aller Baumaßnahmen und ein Moratorium für die Zeit des Volksbegehrens gegen den Startbahnbau gefordert.

Die Diskussion über diesen Punkt ließ eine tiefe Kluft zwischen den Delegierten und der DGB-Führung deutlich werden. So scheute sich der arrogante Bonze Lütgert in seiner Wut darüber, daß die selbstbewußten Gewerkschaftsfrauen sich von ihm kein X für ein U vormachen ließen, nicht, diese übel zu beschimpfen: „Emotionalisiert, demagogisiert, verstiegen“ nannte er die Kolleginnen.

Noch weiter ging sein ebenfalls anwesender SPD-Parteifreund, Sozialminister Clauss: in unglaublicher Umkehrung der Dinge, wie man sie sonst nur von F.J. Strauß und seiner Gefolgschaft kennt, äußerte dieser SPD-Politiker in Bezug auf die Forderung nach einem Volksbegehren: was man mit „plebiszitären Elementen“ alles machen könne, habe sich im Dritten Reich gezeigt.

Clauss versuchte sogar, die Gewerkschafterinnen damit einzuschüchtern, daß er andeutete,

ihre Haltung sei „extremistisch“ und „verfassungswidrig“. „Ich bitte Euch dringend, darüber nachzudenken, ob ihr nicht dabei seid, das Instrumentarium der Rechtsstaatlichkeit in Frage zu stellen und Euch selbst dieses Instrumentarium aus der Hand nehmen zu lassen.“

Natürlich mußte auch in diesem Fall wieder einmal das heuchlerische Arbeitsplatzargument zur Niederbügung einer berechtigten Forderung herhalten, dargeboten von Lütgert. Diese verlogene Argumentation wurde von einer Delegierten der IG Metall allerdings höchst treffend entlarvt: Es sei ja „geradezu rührend“, daß die Landesregierung hier „mit Wasserwerfern und Gummiknüppeln“ einen Kampf für Arbeitsplätze führen würde; man frage sich dann nur: „Wo sind Wasserwerfer und Gummiknüppel gegen die Herren von VDM und Adler?“

Ebenso konsequent wie beim Thema Startbahn West boten die hessischen DGB-Frauen auch in der Frage des Friedenskampfes der Gewerkschaftsführung kontra. Der Bundesvorstandsbeschluß gegen die Teil-

nahme an der Bonner Friedensdemonstration vom 10.10. wurde „mit Empörung“ verurteilt. Die DGB-Frauensekretärin Annelie Tuchscheer sagte, es sei „schamlos“, die Friedensbewegung als linksextremistisch zu diffamieren.

Die Frauen verabschiedeten zu diesem Punkt Anträge, in denen sie den Verzicht auf die Stationierung weiterer Mittelstreckenraketen, den sofortigen Stopp der Neutronenwaffenproduktion, die Herabsetzung der Rüstungsausgaben durch die Bundesregierung und die Umstellung von Rüstungsproduktion in der Bundesrepublik auf Friedensproduktion forderten.

Ähnliches wie auf dieser Konferenz im Frankfurter Gewerkschaftshaus mußten die reaktionären Bonzen auch am 7. Oktober in Westberlin auf der dortigen Landesbezirkskonferenz der DGB-Frauen erleben. Durch eine Änderung der Geschäftsordnung verhinderten die Kolleginnen von vornherein, daß die als Vertreter des Westberliner DGB-Vorstands erschienenen Funktionäre (alles Männer übrigens) jederzeit

außerhalb der Rednerliste das Podium okkupieren konnten, wie es in der Vergangenheit üblich war.

Niemand vermißte denn auch die ständigen Interventionen dieser Hauptamtlichen, wie man sie von früheren derartigen Konferenzen in Erinnerung hatte.

Als der Westberliner DGB-Chef Sickert sich in seiner Eröffnungsrede genötigt fühlte, einige der vorliegenden Anträge abzukanzeln, in denen die Neue Heimat wegen ihrer Rolle bei den Häuserräumungen kritisiert und für die Bonner Friedensdemonstration Stellung genommen wurde, ertete er Pfiffe und Buhrufe.

Auch die Westberliner Kolleginnen ließen sich nicht irre machen. Sie verabschiedeten einen Antrag, der das Verhalten der Neuen Heimat im Zusammenhang mit den Häuserräumungen am 22. September verurteilt und eine andere Wohnungsbaupolitik unter Einbeziehung der Konzepte der Hausbesetzer forderte. Ebenso wurde auch das Teilnahmeverbot des DGB-Bundesvorstands für die Bonner Friedensdemonstration scharf verurteilt.

Stahlkonferenz der IG Metall

IGM-Führung ohne Konzept zur Verteidigung der Arbeitsplätze

Diskussionsredner forderten Verstaatlichung der Stahlindustrie

MÜLHEIM/RUHR. — Ohne greifbares Ergebnis endete die Stahlkonferenz der IG Metall, die vor zwei Wochen in der Stadthalle in Mülheim an der Ruhr stattfand. Als Teilnehmer waren fast nur hauptamtliche Funktionäre, freigestellte Betriebsräte und Inhaber von Mitbestimmungsposten (z.B. die Arbeitsdirektoren) geladen. Trotzdem wurde Kritik an der Politik der IGM-Führung laut, am Kurs der Sozialpartnerschaft und an der totalen Konzeptionslosigkeit der Loderer und Judith bezüglich der Verteidigung der Arbeitsplätze.

Diejenigen, um deren elementare Interessen es ging, die Stahlarbeiter, deren Arbeitsplätze bedroht sind, wollte der IGM-Vorstand lieber nicht zu Wort kommen lassen. Die Basis war nicht gefragt auf dieser Stahlkonferenz der IG Metall.

Stattdessen versammelten IGM-Chef Loderer und sein „Experte“ für den Stahlbereich im geschäftsführenden Hauptvorstand, Rudolf Judith, nur Funktionsträger von den Vertrauenskörperleitungen an aufwärts um sich, also weitgehend hauptamtliche Funktionäre und freigestellte Betriebsräte, nicht zuletzt aber jene „Kollegen“, die als Arbeitsdirektoren direkt an der Arbeitsplatzvernichtung und dem Personalabbau mitwirken.

Schon daran zeigt sich, daß diese Konferenz keineswegs auf die Mobilisierung der Stahlwer-

ker und die Vorbereitung von Kampfschritten gegen die Arbeitsplatzvernichtung ausgerichtet war.

Dennoch meldete sich aber die Basis in der Mülheimer Stadthalle zu Wort. Und zwar ebenso ungefragt, wie seinerzeit die Streikposten beim Stahlarbeiterstreik, die damals in derselben Halle wiederholt den Bonzen des IGM-Vorstands und der großen Tarifkommission vor Augen führten, daß man keinen faulen Kompromiß will, sondern bereit ist, den Durchbruch zur 35-Stunden-Woche konsequent herbeizustreiken. Damals fiel von seiten der IGM-Führung das böse Wort von den „Chaoten“, die mit der IG Metall nichts zu tun hätten.

Diesmal waren es rund 70 Kollegen, vor allem IGM-Vertrauensleute der Gelsenkirchener Thyssen-Betriebe Gußstahlwerk und Schalker Verein, die ungebeten in die Stadthalle kamen und die Stahlkonferenz auf ihre Weise „eröffneten“.

Der Protest in der Stadthalle richtete sich offensichtlich nicht nur gegen die Absicht des Thyssen-Konzerns, in den genannten Gelsenkirchener Stahlbetrieben mindestens 1700 Arbeitsplätze zu vernichten, sondern auch gegen die Politik der IGM-Führung, von der sich die Belegschaften zu Recht im Stich gelassen fühlen.

Die Stahlarbeiter aus Gelsenkirchen hielten den hauptamtlichen Funktionären ihre

Transparente vor die Nase mit Parolen wie: „Thyssen-Stahlwerk und Schalker Verein — Die Arbeitsplätze müssen sein“ und „Vermieten und Verpachten — Der Vorstand will uns schlachten“.

Loderer und Judith mochten dann darüber grübeln, welcher Vorstand nun eigentlich gemeint ist, der Konzernvorstand von Thyssen oder der IGM-Vorstand, oder etwa beide gleichzeitig?

Tatsache ist, daß die IG-Metall-Führung bisher nichts getan hat, um den ungeheuren Kahlschlag in der Eisen- und Stahlindustrie zu stoppen und der Arbeitsplatzvernichtung Einhalt zu gebieten. Der Konferenzverlauf zeigte auch klar, daß die IGM-Führung bisher nichts getan hat, um den ungeheuren Kahlschlag in der Eisen- und Stahlindustrie zu stoppen und der Arbeitsplatzvernichtung Einhalt zu gebieten. Der Konferenzverlauf zeigte auch klar, daß die IGM-Führung bisher nichts getan hat, um den ungeheuren Kahlschlag in der Eisen- und Stahlindustrie zu stoppen und der Arbeitsplatzvernichtung Einhalt zu gebieten.

Im Gegenteil! Man zerbricht sich den Kopf der Stahlbarone und kommt dabei logischerweise zu einer Konsequenz, die in diametralem Gegensatz zu der Forderung der Thyssen-Arbeiter steht: Während letztere auf ihr Transparent geschrieben hatten „Die Arbeitsplätze müssen sein“, konnte man aus den Reden von Loderer und Judith letztlich nur folgern, daß die

Rationalisierungs- und Arbeitsplatzvernichtungsfeldzüge der Stahlbarone sein müßten, weswegen der IG Metall und den Stahlarbeitern dann eben nichts anderes übrig bleibt, als an die Arbeitsplatzkiller und an die Politiker ohnmächtig zu appellieren, sie mögen doch bitte Ersatzarbeitsplätze bereitstellen.

Die zwischen Krupp und Hoesch angestrebte Elefantenhochzeit wurde von Loderer und Judith unverhüllt begrüßt. Dies, obwohl sie ohne jeden Zweifel zu einem enormen zusätzlichen Aderlaß an Arbeitsplätzen führt, wie etwa inzwischen bekanntgewordene Stilllegungspläne bei Krupp verdeutlichen.

Lediglich die Einbeziehung von Salzgitter in die Großfusion, die die Bundesregierung gefordert hat, lehnten Loderer und Judith ab. Und zwar mit der hauptsächlichsten Begründung, dadurch würde bei Salzgitter die Montanmitbestimmung über Bord gehen. Das heißt doch: Die Arbeitsplätze der Stahlwerker sind den Bonzen scheißegal; wichtig sind ihnen nur ihre Aufsichtsratsposten!

Bezeichnend für den arbeiterfeindlichen, auf Sozialpartnerschaft orientierten Standpunkt der IGM-Führung ist es, daß Loderer in seiner Rede lautstark die „mangelnde Preisdisziplin“ der Stahl-Konzerne beklagte und eine Festlegung der Stahlpreise durch den Staat forderte. So will Loderer die Stahlbarone vor dem Sinken der Stahlpreise infolge ihres Konkurrenzkampfes schützen! Motto: Arbeiter und Konzernherren sitzen im gleichen Boot.

Judith jammerte hingegen über die Verluste der

armen Stahlbarone. Es konnte einem das Herz brechen! Die „Süddeutsche Zeitung“ vermerkte dazu: „Die Revue der einzelnen Unternehmer, die er passieren ließ, war schwarz in schwarz bzw., was die Zahlen angeht, tiefrot in tiefrot.“

Daß die Großbanken im Schatten der „roten Zahlen“ Milliarden an Zinsen aus der Eisen- und Stahlindustrie herausziehen, daß die Herren Finanzkapitalisten auf diese Weise unglaubliche Profite raffen — hat Judith noch nie etwas davon gehört?

Judith besaß doch tatsächlich die Kaltschnäuzigkeit, den Betriebsräten der Eisen- und Stahlindustrie vorzuwerfen, sie würden die Interessen ihrer jeweiligen „eigenen“ Konzernbosse vertreten. Nicht daß an diesem Vorwurf etwa nichts dran wäre. Im Gegenteil! Die meisten Betriebsratsspitzen tun dies in der Tat!

Was aber betreibt denn der IGM-Vorstand? Welche Politik macht denn ein Rudolf Judith? Sicher, Judith macht sich nicht zum Wasserträger dieses oder jenes Einzelunternehmens. Er hat ja schließlich „das große Ganze“ im Auge. Nämlich die übergeordneten Interessen des Finanzkapitals!

Getroffene Hunde bellen, egal ob der Tritt nun von berufener oder unberufener Stiefel stammt. So fühlte sich der Betriebsratsvorsitzende von Hoesch-Westfalenhütte, Kurt Schrade, genötigt, Judiths Vorwurf zurückzuweisen: „Es kann nicht stehen bleiben, daß Betriebsräte zu Kumpanen von Kapitalisten werden.“ Sollte Kurt Schrade etwa noch so etwas wie ein Gewissen haben?

Auf der Stahlkonferenz zeigte sich allerdings nicht nur der Verrat an den Arbeiterinteressen, den die Bonzen betreiben. Trotz der oben erwähnten einseitigen Teilnehmerstruktur spiegelte sich auch die Kritik und die Unzufriedenheit wider, die an der Basis über die Politik der Loderer und Judith herrschen.

Und einige richtige Forde-

rungen wurden immerhin auch genannt: Fast alle Diskussionsredner forderten die Verstaatlichung der Eisen- und Stahlindustrie. Ebenso wurde vielfach gefordert, öffentliche Gelder dürften nicht mehr an die Stahlkonzerne vergeben werden, sofern sie nicht mit verbindlichen Verpflichtungen zur Schaffung bzw. Erhaltung von Arbeitsplätzen verknüpft sind.

Einige Diskussionsredner sprachen offen aus, daß sie beim IGM-Vorstand jegliches Konzept zur Verteidigung der Arbeitsplätze vermissen. Die sozialpartnerschaftliche Linie der IGM-Führung wurde angegriffen. Ein offensiver Kampf zur Verteidigung der Arbeitsplätze wurde gefordert.

Freilich folgten auf der Konferenz keinerlei Konsequenzen aus solchen richtigen Forderungen und Kritikpunkten. Es blieben unverbindliche Worte. Keine Rede etwa von einem Kampfprogramm, das der IGM-Führung verbindlich notwendige Schritte und Initiativen diktieren würde.

Stattdessen versuchte Loderer am Schluß, Kritik und richtige Forderungen als utopische Spinnerei abzutun: „Es geht nicht darum, die Revolution auszurufen“, versuchte er die Kritiken lächerlich zu machen, „ich denke nicht daran, zu neuen Ufern aufzubrechen, ohne zu wissen, wie dieses Ufer aussieht.“ Daß die Stahlarbeiter aber langsam überhaupt kein Land mehr sehen, interessiert Loderer offenbar nicht!

Fazit: Nach wie vor bleibt die Forderung des Vertrauenskörpers der Klöckner-Hütte in Bremen nach Einberufung einer echten Stahlarbeiterkonferenz der IG Metall aktuell. Das muß eine Konferenz sein, an der alle Vertrauensleute aus den Stahlbetrieben der Bundesrepublik teilnehmen können. Auf einer solchen Konferenz müssen konkrete gewerkschaftliche Maßnahmen zur Verteidigung aller bedrohten Arbeitsplätze in der Eisen- und Stahlindustrie beraten und beschlossen werden.



„Ungebetene Gäste“ bei der Stahlkonferenz der IG Metall: ca. 70 Stahlkoche aus Gelsenkirchen marschierten mit Transparenten in die Halle ein. Offensichtlich ging es den Kollegen darum, den IGM-Vorstandsvertretern Loderer und Judith mit allem Nachdruck klarzumachen, daß sie von der IG Metall konsequente Maßnahmen zur Verteidigung ihrer Arbeitsplätze erwarten.

Aus unseren Betriebszeitungen

Steuergelder für Arbeitsplatzvernichtung — Staat fordert Super-Stahlkonzern

Zwischen Hoesch und Krupp ist der Zusammenschluß schon fast perfekt. Bei Hoesch sind in den ersten acht Monaten dieses Jahres 2350 Arbeiter entlassen worden. Weitere 6000 stehen auf dem Programm.

Ähnlich sieht es bei Krupp aus. Das Management dieser beiden Konzerne arbeitet dieser Tage fieberhaft an einem koordinierten Rationalisierungsplan. Bei einem Zusammenschluß sollen mit möglichst kleiner Belegschaft nur noch die modernsten Anlagen laufen.

1,5 Milliarden Mark sind im Haushalt '82 als Geschenk für die Stahlindustrie vorgesehen. „Zur Erhaltung von Arbeitsplätzen“, erzählt man uns. Wer

nun glaubt, daß der Arbeitsplatz-Vernichtungs-Coup von Krupp und Hoesch den Protest der Krisendoktoren in Bonn hervorruft, hat sich arg getäuscht.

Bonn als Jobkiller

Der Staatssekretär im Bonner Finanzministerium Haehser (SPD) fordert bei diesem Zusammenschluß die Beteiligung vom bundeseigenen Salzgitterkonzern. (WAZ, 26.9.81)

Hier wird klar, wessen Interessen die SPD-Politiker vertreten. Auch bei Peine-Salzgitter will man Lohnkosten sparen. Ein Zusammenschluß führt bei allen Beteiligten zu Stilllegungen von Stahlwerken. Hochöfen,



Walzwerken usw. Sollten sich die Konzernherren nicht einig werden, droht Bonn mit der Streichung der genannten Subventionsgelder.

Gegenwehr notwendig

Die Verhandlungen zwischen Peine-Salzgitter, Krupp und Hoesch laufen auf Hochtouren. Man plant die Vernichtung von zigtausend Arbeitsplätzen und wir Schweigen?

Der IGM-Vorstand fordert sogar die Beteiligung Klöckners an diesem neuen Mammutkonzern. (WAZ, 26.9.81)

Diese Haltung des IGM-Vorstands ist ein Skandal! Anstatt die Stahlbelegschaften gegen den geplanten Entlassungsfeld-

zug zu mobilisieren, reden sie das Wort der Großaktionäre. Denn eine Beteiligung Klöckners würde auch bei uns zu Massenentlassungen führen.

Aber auch ohne Klöckners Beteiligung gäbe es für uns Schwierigkeiten. Neben einem neuen Mammutkonzern würde nur noch Thyssen als großer Stahlhersteller bleiben. Klöckner wäre in die Zange genommen.

Jetzt Stahlkonferenz

Unser Vertrauenskörper hat auf seiner Sitzung vom 1.7.81 die Einberufung einer IGM-Stahlkonferenz gefordert, an der alle Vertrauensleute der westdeutschen Stahlindustrie teilnehmen sollen, um die anstehenden Probleme zu beraten und Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Diese Konferenz muß jetzt endlich einberufen werden! Wenn es sein muß, auch gegen den Willen des Vorstandes.

Spontaner Streik bei Krupp-Rheinhausen

DUISBURG-RHEINHAUSEN. — Am Dienstag vergangener Woche kam es im Walzwerk der Krupp-Hüttenwerke in Duisburg-Rheinhausen zu einem spontanen Streik, der nach etwa einer Stunde auf Drängen des Betriebsrates abgebrochen wurde. Anlaß: Berichte in der Tagespresse über geplante Stilllegungen, die durch die beabsichtigte Fusion zwischen Krupp und Hoesch bedingt sind.

Rund 350 Stahlarbeiter, faktisch die gesamte Belegschaft

des Walzwerks, legten die Arbeit nieder und marschierten zum Betriebsratsgebäude. Dort verlangten die streikenden Kollegen Auskunft über die Stilllegungspläne und über den Stand der Fusionsverhandlungen allgemein. Die Betriebsräte erklärten, sie seien ebenfalls nicht besser über die Pläne der Kapitalisten informiert.

Die Streikenden ließen sich

schließlich nur mit Mühe vom Betriebsrat überreden, wieder an ihren Arbeitsplatz zurückzukehren, allerdings erst, nachdem sie die Zusicherung erhalten hatten, daß der Betriebsrat sofort eine Sondersitzung durchführt und daß für die folgende Woche eine außerordentliche Belegschaftsversammlung einberufen würde.

Aus den erwähnten Berichten in der Ruhrgebietspresse geht hervor, daß das Fusionskonzept bei Krupp und Hoesch mit einem weit stärkeren Abbau an Produktionskapazitäten und einer viel radikaleren Arbeitsplatzvernichtung verbunden ist, als bislang zugegeben worden war.

Thyssen-Stahlwerker Neue Protestaktionen

ESSEN. — In der vergangenen Woche kam es erneut zu Protestaktionen der Stahlarbeiter bei den zum Thyssen-Konzern gehörenden Gelsenkirchener Stahlbetrieben Stahlguß und Schalker Verein.

Am vergangenen Freitag (23.10.) demonstrierten in Essen vor dem Verwaltungshochhaus des Thyssen-Konzerns ca. 2300 Stahlarbeiter. 2000 Kollegen waren aus Gelsenkirchen gekommen und 300 Kollegen von der Thyssen-Gießerei in Hilden. Die Stahlwerker gaben ihrem Protest Ausdruck gegen

die Absicht der Thyssen-Konzernleitung, in den beiden Gelsenkirchener Betrieben Schalker Verein und Stahlguß 1800 Arbeitsplätze zu vernichten und die Thyssen-Gießerei in Hilden stillzulegen.

Die Arbeiter riefen in Sprechchören: „Die Geschichte hat bewiesen — das Kapital ist schuld an Krisen“.

Dem Aufsichtsratsvorsitzenden Dr. Bartel wurden 2000 Unterschriften übergeben, mit denen Gelsenkirchener Bürger gegen die Thyssen-Pläne protestierten.

Friedensstaffette der KJD

An Rhein und Ruhr:

Am 21. Oktober starteten Mitglieder und Freunde der Kommunistischen Jugend Deutschlands (KJD) an Rhein und Ruhr zu Fahrrad-Friedensstaffetten. Bevor sich die Gruppen in Duisburg-Neumühl zu einer abschließenden gemeinsamen Friedensfete trafen, führten sie aufsehenerregende Propaganda- und Agitationsaktionen in den Zentren verschiedener Städte durch, wobei etliche Kontakte geknüpft und sogar neue Mitglieder für den Kommunistischen Jugendverband gewonnen werden konnten.

Startorte der Stafetten waren Dortmund und der Raketenstützpunkt Geilenkirchen, wo demnächst auch Pershing-II hinkommen sollen, wenn Reagans Pläne nicht durchkreuzt werden. Dazu aufzurufen und die Politik der KJD vor allem im Friedenskampf bekannt zu machen und dafür zu werben, war das Anliegen der „Friedensradler“.

Genossen des KJD betonten gegenüber dem „Roten Morgen“ die interessierte Aufnahme in allen Orten. Sie bedanken sich bei allen, die durch das Be-

reitstellen von Schlafplätzen, Verpflegung usw. zum Erfolg der Aktion beigetragen haben. Dazu gehören auch die Besetzer des Neumühler Bahnhofs, in dem die Friedensfete stattfand. 60 bis 70 Jugendliche waren hingekommen.

Von der Aktion und den Kontakten werden sicherlich vor allem die in den entsprechenden Orten arbeitenden Genossen profitieren.

In einer der nächsten Ausgaben des „Roten Morgen“ folgt ein ausführlicher Bildbericht.



Einsatzpause für KJD-Genossen bei ihrer Stafette



Die Stände der KJD hatten regen Zulauf.

Demonstration aus Anlaß des Breschnew-Besuchs:

Eine Frage der politischen Glaubwürdigkeit der Friedensbewegung

Wie wir im „Roten Morgen“ Nr. 42/81 berichteten, hatte sich das Sekretariat der KPD mit einem Brief an die Unterstützer der Bonner Friedensdemonstration gewandt, um eine gemeinsame Demonstration gegen die Kriegsgefahr auch anlässlich des Besuchs von Breschnew in der Bundesrepublik zu erreichen. Nachdem ein von den Grünen organisiertes Treffen entgegen den Erwartungen kein greifbares Ergebnis in dieser Hinsicht gebracht hatte, gab das Sekretariat am 26.10. eine neue Stellungnahme ab, die wir hier in vollem Wortlaut veröffentlichen.

An die Unterstützer der Friedensdemonstration am 10.10.81 in Bonn

Liebe Freundinnen und Freunde,

Am 18.10.1981 fand auf Einladung des Landesvorstandes der GRÜNEN ein Koordinations-treffen statt, das — laut Einladungsschreiben — der Herstellung einer breiten Aktionseinheit für eine Demonstration anlässlich des Breschnew-Besuchs dienen sollte.

Wir haben es sehr begrüßt, daß die GRÜNEN die Initiative für ein solches Vorbereitungstreffen ergriffen haben, da die KPD, wie wir in einem Brief an Euch von Mitte Oktober dargelegt haben, eine Demonstration möglichst breiter Teile der Frie-

densbewegung anlässlich des Breschnew-Besuchs für unbedingt notwendig halten.

Leider mußten wir aber auf dem Treffen selber feststellen, daß der dort anwesende Vertreter des Bundesvorstandes der GRÜNEN keineswegs für, sondern vielmehr gegen eine Demonstration anlässlich des Breschnew-Besuchs in der Bundesrepublik argumentierte. Er berief sich dabei auf Beratungen einer Sitzung des Bundesvorstandes der GRÜNEN, die am Tag zuvor stattgefunden hatte. Als ein wesentliches Argument gegen eine Demonstration wurde vom Vertreter des Bundesvorstandes der GRÜNEN ins Feld geführt, daß u.a. der Vorsitzende der Jungsozialisten, Willi Pieczyk, ihnen gegen-

über erklärt habe, daß die Jusos zwar eine Podiumsdiskussion, aber keine Demonstration anlässlich des Breschnew-Besuchs unterstützen würden.

Mal ganz abgesehen davon, daß auch Willi Pieczyk am 10.10. in Bonn unter dem großen Beifall der Teilnehmer der Auftaktkundgebung an der Nordbrücke noch erklärt hatte, daß man auch anlässlich des Breschnew-Besuchs demonstrieren müsse; mal ganz abgesehen davon, daß der Bundesparteitag der GRÜNEN am 4. Oktober mit überwältigender Mehrheit beschlossen hatte, daß die GRÜNEN zusammen mit anderen Organisationen anlässlich des Breschnew-Besuchs zu einer Demonstration aufrufen sollen, meinen wir: 1. Ob die Friedensbewegung anlässlich des Breschnew-Besuchs auf die Straße geht oder nicht, ist eine Frage ihrer politischen Glaubwürdigkeit und darf deshalb nicht abhängig gemacht werden vom Verhalten bestimmter politischer Organisationen. 2. Natürlich wollen auch wir nicht, daß anlässlich des Breschnew-Besuchs in Bonn nur einige Hundert gegen die Bedrohung des Friedens durch die Politik der Sowjetunion demonstrieren. Andererseits darf die Teilnehmerzahl an einer solchen Demonstration auf gar keinen Fall an den 300 000 von Bonn gemessen werden. Denn wenn wir jede künftige Demonstration an dieser Stelle messen wollen, dann steht heute schon fest, daß es in den nächsten Jahren keine bundesweite Demonstration der Friedensbewegung mehr geben wird. Die Basis für eine Demonstration mit relevanten Teilnehmerzahlen anlässlich des Breschnew-Besuchs ist aber durchaus vorhanden. Das zeigte sich auch auf dem Treffen am 18.10., wo etwa Vertreter der Friedensinitiative Aachen berichteten, daß sich am Tag zuvor in Aachen 12 Organisationen einmütig für eine Demonstration ausgesprochen hatten, das zeigte sich durch weitere Stellungnahmen auf dem Treffen, das zeigte sich durch eingehende Briefe, in denen die Initiative der GRÜNEN zur Vorbereitung einer solchen Demonstration

begrüßt wurde. Es stellte sich allerdings zu unserem großen Befremden auf dem Treffen am 18.10. auch heraus, daß die Meinung dieser Gruppen und Initiativen für den Vertreter des Bundesvorstandes der GRÜNEN im Gegensatz etwa zur Meinung des Bundesvorstandes der Jungsozialisten nicht „maßgeblich“ war.

Hinzuzufügen wäre noch, daß ähnlich „demokratisch“ wie in der Frage der Demonstration auch in der Frage einer politischen Plattform verfahren wurde. Denn nachdem auf dem Treffen am 18.10. längere Zeit über eine gemeinsame Plattform beraten worden war, eröffnete der Vertreter des Bundesvorstandes der GRÜNEN den Anwesenden plötzlich, daß die GRÜNEN zusammen mit anderen — bis auf die AL Berlin — nicht anwesenden Organisationen einen Aufruf verfassen und auch schon vor einem geplanten zweiten Treffen als Anzeige in die Presse setzen lassen würden. Entsprechende Absprachen seien bereits getroffen.

Wir schreiben Euch dies, weil wir nur eine einzige Möglichkeit sehen, wie doch noch erreicht werden kann, daß möglichst breite Teile der Friedensbewegung anlässlich des Breschnew-Besuchs (einziges mögliches Datum ist der 22.11.) in Bonn demonstrieren: Wenn nämlich möglichst alle Organisationen, Gruppen und Initiativen, die eine solche Demonstration für politisch notwendig halten, zu dem zweiten Treffen, das für den 1.11. geplant ist, einen Vertreter entsenden. Der inzwischen in der Presse veröffentlichte Aufruf der GRÜNEN, des BBU, der AL Berlin, der Initiative der Bertrand-Russell-Friedens-Stiftung und des Arbeitskreises atomwaffenfreies Europa wird von unserer Seite als Aufruf für eine solche Demonstration unterstützt.

Zur Information legen wir Euch den Brief, in dem wir begründet haben, warum wir eine Demonstration anlässlich des Breschnew-Besuchs für notwendig halten, noch einmal bei. Mit freundlichen Grüßen
Horst-Dieter Koch

Zur Frankfurter Erklärung von Bastian, Kelly u.a.

Eine Entscheidung zum Nutzen der Friedensbewegung

Gerd Bastian, Generaloberst a.D. — dieser Mann ist allgemein bekannt als einer der Unterzeichner des Krefelder Appells gegen die Stationierung neuer amerikanischer Atomwaffen in der Bundesrepublik. Eines Appells, der mit einer politischen Erklärung verbunden ist, die in vieler Hinsicht politisch falsch ist und unter anderem den Fehler hat, die kriegstreiberische Politik der heutigen Sowjetunion aus der Kritik auszuklammern.

Gerade die Mängel und Fehler dieser Erklärung, zu der wir im „Roten Morgen“ mehrfach unter verschiedenen Gesichtspunkten Stellung genommen haben, waren es, die die revisionistische DKP zur eifrigsten Unterstützerin des Krefelder Appells werden ließ. Von der DKP ist bekannt, daß sie uns die SS 20 wie alle anderen Waffen und Atomwaffen der Sowjetunion als Friedensinstrumente verkaufen will und der Friedensbewegung dadurch Schaden zufügt und ihr Ansehen in den Augen großer Teile der Öffentlichkeit herabsetzt, daß sie versucht, sie zu einem Propagandainstrument für die russischen Sozialimperialisten umzufunktionieren. Damit leitet sie auch Wasser auf die Mühlen der reaktionären Propaganda.

da. Gerd Bastian und andere Unterzeichner der Krefelder Erklärung wurden von der DKP immer groß herausgestellt als Wortführer ihrer eigenen Politik.

Ein Brief, den Gerd Bastian und andere am 5. Oktober dieses Jahres in Frankfurt verfaßten, stellt hier einiges klar. Die Verfasser machen darin deutlich, daß sie das „Rüstungs- und Drohverhalten der UdSSR nicht weniger kritisch bewerten als das des Westens“. Anlaß für diese Klarstellung: Die sowjetischen Drohungen gegen die polnische Arbeiterklasse.

Wir begrüßen diese Äußerungen, die wir auf dieser Seite in vollem Wortlaut dokumentieren, weil wir darin einen Schritt sehen, gewisse schädliche Eingengungen und Fehlorientierungen der Friedensbewegung überwinden zu helfen. Die DKP wird das nicht gern sehen, dürfte es doch die beginnende Isolierung ihrer Politik beschleunigen.

Wir hoffen auch, daß die Entscheidung dieser Unterzeichner der Krefelder Erklärung positive Auswirkungen auf die Arbeit und die Ergebnisse des zweiten Krefelder Forums, das im November in Dortmund stattfinden soll, haben wird.

Dokumentation

Hände weg von Polen!

Wir haben uns in den vergangenen Monaten aktiv gegen die Brüsseler Beschlüsse der NATO vom 12.12.79 und gegen die Produktion der Neutronenwaffe eingesetzt. Wir werden dies auch weiterhin tun, weil die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen und Nuklearsprengköpfe eine neue, besonders gefährliche Runde der Ost-West-Aufrüstung einleitet und die Kriegsgefahr erhöht.

Es wäre jedoch ein verhängnisvoller Irrtum, aus anderen Aktivitäten schließen zu wollen, daß wir das Rüstungs- und Drohverhalten der UdSSR weniger kritisch bewerten als das des Westens.

Wir stellen klar: Die europäische und internationale Friedensbewegung kämpft in gleicher Weise gegen die Aufrüstungs- und Kriegspolitik in Ost und West.

In beiden Teilen Europas wachsen die Kräfte, die sich nicht damit abfinden wollen, daß europäische Nationen nur als Schachfiguren der Führungsmächte in den Bündnissen gebraucht werden. Es geht nicht an, diese Kräfte im anderen Bündnis zu begrüßen und sie im eigenen zu erdrücken.

Mit großer Sorge beobachten wir Anzeichen für eine Vorbereitung der UdSSR, der DDR und anderen WVO-Staaten (WVO = Warschauer Vertragsorganisation = Warschauer Pakt, Red.) auf einen Interventionskrieg gegen die Volksrepublik Polen. Wir appellieren an die Regierungen dieser Staaten: Hände weg von Polen!

Nur das polnische Volk selbst kann durch eine gesellschaftliche demokratische Verständigung zwischen der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei und der unabhängigen Gewerkschaft Solidarnität die erforderlichen Maßnahmen zur ökonomischen, sozialen und politischen Erneuerung in der Volksrepublik Polen ergreifen. Wir werden dafür eintreten, diese Bemühungen des polnischen Volkes zu erleichtern und zu unterstützen.

Von der Fähigkeit der Polen zur besonnenen, gewaltfreien und friedlichen Bekämpfung jeglicher Provokation zu bürgerkriegsartigen Auseinandersetzungen — von welcher Seite sie auch immer ausgehen — hängt nicht nur das Schicksal Polens, sondern auch der Ost-West-Beziehungen ab.

Frankfurt, den 5. Oktober 1981

Ulrich Albrecht, Gerhard Bastian, Freimut Duwe, Erhard Eppler, Egbert Jahn, Petra Kelly, Alfred Mechttersheimer, Wolf Dieter Narr, Horst Eberhard Richter, Dieter Senghaas.

Hamburg: 150 Millionen für neue Arbeitsplätze/S.3

Morgenpost

Die Sehnsucht nach Frieden:

Deutschland soll neutral werden

Vor allem Frauen suchen nach Sicherheit

Europa-Cup: Hauskrach bei den „Bayern“

Zitiergeleit in München: Erst in der Schlussphase trafen Schiller und Nansen zum 2:1

Liebe Genossen,

Ich schicke euch hier die Titelseite der MoPo vom letzten Mittwoch, die sicherlich keines weiteren Kommentars bedarf. Da immer nur die obere Hälfte der Zeitungen an den Kiosken gezeigt wird, prunkte von allen Kiosken die Forderung nach Neutralität. Ich würde sagen, eigentlich eine ganz positive Sache.

Viele Grüße!
Jan, Hamburg

Da kommt einer aus einem faschistischen Ausbildungslager im Nahen Osten zurück in die Bundesrepublik, weil ihm die Art der Ausbildung „idiotisch“ erscheint, denn er wird nicht wie erwartet immer wieder in bewaffnete Einsätze geschickt. Da geht dieser Mann hin und schwärzt seinen ehemaligen Chef, den bekannten Nazi-Terroristen und mehrfachen Mörder Karl-Heinz Hoffmann bei den Behörden an, denn er fühlt sich von ihm „betrogen“. Und die Behörden setzen diesen faschistischen Gewaltverbrecher, der nur so auf Einsätze fiebert, umgehend auf freien Fuß.

Dieses Geschehen um den 18jährigen Peter Hamberger aus München ist nur eine von vielen skandalösen Begebenheiten, die im Zusammenhang mit der spektakulären Schießerei von Polizisten und Neonazis in München-Waldperlach zu bemerken sind. Hamberger gehört zu den dabei Festgenommenen. Eine spektakuläre Aktion war diese Schießerei allemal. Inszeniert wie nach einem Tatort-Drehbuch: Die todesmutigen Polizisten werfen sich den zu allem entschlossenen Verbrechern entgegen und machen sie unschädlich. Ein Hoch auf die Polizei!

Das findet Bayerns Innenminister Tandler auch: Dies sei „ein glänzender Beweis für die Wachsamkeit der bayrischen Sicherheitsbehörden im Kampf gegen den Rechtsextremismus“ gewesen.

Es war nichts weniger als das.

Nachdem die Polizei den Tip erhalten hatte, daß sich mehrere Männer in der Wohnung Friedhelm Busses auf eine bewaffnete Aktion vorbereiteten, konnte sie wohl schlecht anders, als eingreifen. Zudem wird wohl eine Rolle gespielt haben, daß offensichtlich ein Banküberfall geplant war — auf eine Bank, die bereits wenige Wochen vorher um über 70000 Mark erleichtert wurde. Und Banken sind in unserem Staat heilig, jedenfalls

Nach der Verhaftung von VSBD-Nazis in München:

Mit einer spektakulären Aktion ist es nicht getan

Jetzt erst recht: Alle Nazi-Organisationen zerschlagen

allemaal heiliger als das Leben einfacher Menschen.

Wie dem auch sei: Wenn den Behörden in Bayern irgendetwas daran gelegen hätte, das Treiben der terroristischen Nazis zu unterbinden, dann hätte sie das bereits vor Jahren tun können und müssen. Denn die verbrecherische Tätigkeit Busses und seines VSBD sind seit vielen Jahren bekannt. Man hätte ihn und seine Gesinnungsgenossen einfach nur einzusammeln brauchen, und viele Verbrechen der letzten Zeit hätten nie stattgefunden.

Stattdessen jetzt diese spektakuläre Aktion und der scheinheilige Rummel darum. Gut, einige Neonazis sind verhaftet. Das war überfällig; es ist gut, daß sie jetzt sitzen, und sie dürfen nie wieder rauskommen. Zwei Neonazis sind tot. Gut, niemand weint ihnen eine Träne nach. Aber das reicht nicht!

Wenn sich jetzt die Staatsbehörden zum entschiedenen Gegner des Rechtsextremismus aufschwingen wollen, so dient das nur dem Volksbetrug und soll eine wirkliche Zerschlagung der militanten faschistischen Bewegung verhindern.

Gegen die festgenommenen Nazis wird jetzt wegen Mordversuchs, Sprengstoffdelikten und — das ist bedeutungsvoll — wegen Verdacht auf Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung ermittelt.

Wie aber sagte Gerold Tandler noch Ende 1979? Erhalte es für „inopportun, eine politisch so bedeutungslose Gruppe in Überlebensgröße auszumalen.“ Gemeint war die VSBD. Ähnliche Worte fand Tandler-Chef Strauß über die Wehrsport-



Unter dem „Kelttenkreuz“ und der alten NSDAP-Parole „Rotfront verrecke“ zog Friedhelm Busse zu Propagandaversammlungen.

gruppe Hoffmann. Und im Februar dieses Jahres, 1981, weigerte sich Tandler beim Bundesverfassungsgericht einen Verbandsantrag gegen die VSBD zu stellen, überhaupt nur Stellung zu nehmen. Zu diesem Zeitpunkt war der „Fall Schubert“ bereits in aller Munde, des VSBD-Mannes, der beim versuchten Waffenschmuggel zwei Schweizer Grenzbeamte ermordete und sich dann selbst erschoss.

Beim Begräbnis Schuberts hatte Busse höchstpersönlich Gewalttaten angekündigt; eingestandenmaßen vor den Augen und Ohren von Polizeibeamten und „Verfassungsschützern“ fielen die bekannten Worte: „Es gilt zu rächen, zu bre-

chen die Macht... Wir müssen unsere Widersacher so hassen, wie sie uns hassen. Der Sturm bricht los, bis endlich das Reich neu entstanden ist.“ Niemand kann sagen, er habe das nicht gewußt.

Und die Absichten Busses sind schon viel länger bekannt. Seit 1971 bemüht er sich nach eigenen Worten darum, „die Rechte zu einigen“. Busse gehört zu den vielen Nazi-Terroristen, die die legale faschistische Partei NPD durchlaufen haben: 1965 trat er ihr bei, machte Parteikarriere, und verließ sie nach sechs Jahren, weil sie ihm „zu lasch“ erschien.

Schon zu seiner NPD-Zeit organisiert er Schlägereien und Überfälle auf Kommunisten

und Demokraten.

Und seine Sammlungsbemühungen waren jedenfalls insofern erfolgreich, als sich im Laufe der Jahre faschistische Verbrecher unterschiedlicher Organisationen im VSBD und seiner Jugendorganisation Junge Front zusammenfanden, darunter Hoffmann-Leute, ANS-Mitglieder usw. Internationale Kontakte wurden geknüpft, zum British Movement, zur Unione Socialiste Nazionale in Bologna, zur französischen Fédération d'Action Nationale Européenne (FANE) und Verbindungen haben auch zu den Kreisen bestanden, die vor wenigen Tagen den Anschlag auf eine Synagoge in Antwerpen verübten, zu den belgischen Faschisten Flaamse Orden. Die Tätigkeit des VSBD dehnte sich über Bayern hinaus aus; einer der Schwerpunkte war Frankfurt, wo Schubert aktiv war.

Ideologisch geschult wurden die VSBD-Mitglieder u.a. mit Neuauflagen von NSDAP-Schulungsbüchern. Zur Erinnerung: Vor wenigen Wochen erklärte Justizminister Schmude den Nachdruck und die Verbreitung solchen Materials für legal.

Als legal sahen die Behörden — speziell die bayrischen — die gesamte Tätigkeit dieser politischen Verbrecherorganisation an. Die VSBD beteiligte sich an Wahlen. Und auch Herr Tandler, der „wachsamer Kämpfer gegen den Rechtsextremismus“, dürfte noch nicht vergessen haben, daß der offizielle Stellvertreter Busses im Vorstand der VSBD, Alfred Nusser, bis zum August 1979 Justizbeamter im bayrischen Staatsdienst war.

Das Waffenarsenal, das bei

den jetzt festgenommenen Terroristen gefunden wurde, zeigt noch einmal eindringlich die Gefährlichkeit der faschistischen Banden. Die Antifaschisten in unserem Land dürfen sich nicht von den tönenden Worten Tandler täuschen lassen. Der antifaschistische Kampf ist nirgends schlechter aufgehoben als in den Händen der bayrischen Staatsregierung.

Die jetzt breiten Kreisen der Bevölkerung offenbar gewordene terroristische Kriminalität der Neonazis ist für uns Anlaß, verstärkt den Kampf für das Verbot und die restlose Zerschlagung aller Neonazi-Organisationen einschließlich der NPD zu führen. Dies wird weder die bayrische, noch eine andere Landesregierung, noch die Bundesregierung tun, wenn wir da nicht Druck machen. Wie verlogene Tandler Worte sind, zeigt u.a. die Tatsache, daß die Mitglieder der Hoffmann-Bande weiter frei herumlaufen — und erwiesenermaßen, auch das zeigen die Enthüllungen über den VSBD, neue Verbrechen begehen — auch wenn ihr Chef jetzt sitzt. Genauso verschont werden die VSBD-Mitglieder bleiben, wenn man Tandler walten läßt. Schon die Zahlenangabe von „90 Mitgliedern“ zeigt, daß Tandler die Bedeutung dieser Bande im faschistischen Lager bewußt herunterspielen will. Beobachter der VSBD-Umtriebe sprechen von etwa 1000 Mitgliedern bundesweit.

Es hängt also von uns ab. Nutzen wir die Situation aus, verbreiten wir den antifaschistischen Widerstand, hindern wir die Politiker daran, die Geschehnisse nach kurzer Zeit wieder mit dem Mantel des Schweigens zu bedecken. Fordern wir die strengste Bestrafung der Festgenommenen und das sofortige Verbot der VSBD. Damit wir unserem Ziel, der Zerschlagung aller faschistischen Organisationen, näher kommen.

Dietrich Lohse

14 Monate Haft für einen vermuteten Steinwurf

WESTBERLIN. — Immer brutaler werden die Urteile in den Prozessen gegen Hausbesetzer und andere Gegner der verbrecherischen Politik des CDU-Senats in Westberlin.

Am 20. Oktober verurteilte die Dritte Große Strafkammer des Landgerichts einen 29jährigen Studenten zu 14 Monaten Gefängnis ohne Bewährung. Das Gericht hält es für erwiesen — obwohl der Angeklagte den Vorwurf bestreitet — daß er einen (einen!) Stein „in Richtung eines Polizeibeamten“ geworfen habe. Getroffen wurde wohlgerne niemand.

Das Gericht verschärfte damit einen Schuldspruch der ersten Instanz, die den Angeklagten wegen „schweren Widerstandes“ zu neun Monaten Haft mit Bewährung verurteilt hatte.

Offen bekannte sich die Kammer zum politischen Charakter des Urteils, das in seiner Härte abschreckend wirken soll. In den sich häufenden Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Polizisten in der letzten Zeit, so führte der Vorsitzende aus, sei es offensichtlich geworden, daß „von manchen die Rechtsordnung nicht ernst genommen“ würde. Und das müsse wieder anders werden.

Proteste gegen NPD-Parteitag

Die faschistische Partei muß endlich verboten werden

VÖLKlingen. — Am Samstag, den 24. Oktober, hielt die faschistische NPD in Völklingen ihren Bundesparteitag ab. Alle Bemühungen, diese Provokation verbieten zu lassen, waren am Widerstand der Verantwortlichen gescheitert.

Die NPD hatte sich die Turnhalle des TVV angemietet, deren Geschäftsführer Hans Netzer, der den Vertrag abschloß, Mitglied der SPD und Landtagsabgeordneter im Saarland ist. Netzer erklärte später sein Verhalten als „erschreckende Gedankenlosigkeit“ und bekundete seinen Willen, an der Demonstration gegen den Parteitag teilzunehmen.

Alle Versuche, die Politiker zu einem Verbot des Kongresses zu bewegen, wurden zurückgewiesen. Für ein solches Verbot sehe die Landesregierung „keine rechtliche Möglichkeit“, behauptete Innenminister Wicklmayr. Wieder einmal wurde deutlich: Es muß endlich das Verbot der NPD durchgesetzt werden, um solchen Provokationen jegliche juristische Rechtfertigung zu entziehen. Besonders der FDP-Landesvorsitzende Klumpp wandte sich entschieden gegen ein Verbot des Parteitages. Seiner Meinung nach sei es „unerträglich“, wenn eine Partei wie die DKP ihre Parteitage abhalten könne,

„aber von verschiedener Seite versucht wird, der NPD dies zu untersagen“.

Verschiedene antifaschistische Organisationen riefen zu einer Gegendemonstration auf, darunter natürlich auch die KPD. Positiv ist, daß sich IGM und DGB zu einem Aufruf zur Demonstration entschlossen, in dem sie die „Bekämpfung der NPD und ihrer Hilfsorganisationen“ als „ständigen Auftrag der Gewerkschaften und aller Demokraten“ bezeichnen.

Ein besonderer Skandal wurde im Zusammenhang mit dem Nazi-Treffen bekannt: Bis auf den heutigen Tag ist Adolf Hitler Ehrenbürger der Stadt Völklingen! Alle Antifaschisten sind sich einig: Das muß sofort geändert werden!

Über den Verlauf der Demonstration erreichte uns der folgende kurze Bildbericht:

„Liebe Genossen!

Gerade eben ist die Demonstration gegen den Bundesparteitag der NPD zu Ende gegangen. Ich



Ein Blick auf den Demonstrationszug. In der Mitte ein Transparent der VOLKSFRONT.

möchte euch ein paar Eindrücke und Fakten schreiben:

Etwa 1500 Personen haben sich an der Demonstration beteiligt. Die mitgetragenen Losungen könnt ihr auf den Fotos erkennen. Außer deutschen Antifaschisten beteiligten sich noch Kollegen, die aus Frankreich und Luxemburg angereist waren. Im Block der VOLKSFRONT hatte sich eine stattliche Zahl türkischer Kollegen eingereiht. Von Genossen der Partei wurden die Extrablätter des „Roten Morgen“ zum Thema Faschismus verteilt, und es konnten einige „Rote Morgen“ verkauft werden.

Auf der Abschlußkundgebung forderte der Vorsitzende des DGB Bezirk Saar, Manfred Wagner, ein Verbot der NPD.

Außerdem forderte er ein Verbot von „zur Militanz neigenden Extremisten“ (damit meinte er wohl auch allgemein

die Linke). Nach dieser letzten Forderung applaudierten mindestens fünf bis sechs Anwesende.

Übrigens: Nach Bekanntwerden des Bundesparteitages forderte eine Funktionärskon-

ferenz der IGM einstimmig die Aberkennung der Ehrenbürgerschaft Adolf Hitlers in Völklingen.

Mit kämpferischem Glück Auf M.W., Saarbrücken

Prozeß gegen die VOLKSFRONT

Ein weiterer Prozeß gegen den Geschäftsführer der VOLKSFRONT, Ulrich Leicht, findet statt am

Dienstag, 3. November 1981
Amtsgericht Dortmund, Zimmer 100
Beginn: 10.00 Uhr

Es geht um die Anti-Strauß-Broschüre der VOLKSFRONT, ein Flugblatt, auf dem Strauß mit einer MP abgebildet ist, und das Polizei-Plakat aus dem Bundestagswahlkampf.

Wir rufen unsere Leser im Raum Dortmund auf, nach Möglichkeit diesen Prozeß zu besuchen und Uli vor Gericht zu unterstützen.

Eröffnung des Dokumentenhauses auf dem Gelände des KZ Neuengamme

HAMBURG-BERGEDORF
(Volkskorrespondenz).

„36 Jahre haben es die Hamburger Behörden verstanden, die Existenz des ehemaligen Konzentrationslagers Neuengamme, direkt vor den Toren Hamburgs, aus dem Bewußtsein der Hamburger zu verdrängen.“

36 Jahre dauerte es, bis endlich am 18.10.81 das Dokumentenhaus Neuengamme — eine ständige Ausstellung über die Geschichte des KZ und seiner Außenkommandos — eingeweiht wurde.

36 Jahre wurde versucht zu verheimlichen und zu vertuschen, daß führende Hamburger Firmen an der Vernichtung der Häftlinge durch Arbeit, d.h. durch brutalste Ausbeutung beteiligt waren. Die Liste der Werke und Firmen, die Arbeitskräfte aus Neuengamme ausbeuteten, ist lang — auch heute noch wohlbekannte Namen wie Blohm & Voss, Howaldswerke - Deutsche Werft, auch die Drägerwerke, VW, Continental-Reifen, Volvo usw. usw.“

So beginnt das Flugblatt der VOLKSFRONT, daß vor der Eröffnung und „Feierlichen Einweihung durch Bürgermeister von Dohnanyi“ in Bergedorf und Neuengamme verteilt wurde. Und es war gut, daß dieses Flugblatt verteilt wurde, denn in dem ansonsten recht umfangreichen Ausstellungsgut des Dokumentenhauses wurde natürlich nicht aufgezeigt, daß unsere Justiz „auf dem rechten Auge blind“ ist.

Gegenüber den Mördern drückte die Justiz — wie überall in der Bundesrepublik — nach anfänglichen Verurteilungen bald das rechte Auge ganz fest zu. Die Kette von Prozeßverschleppungen, Begnadigungen und Rehabilitierung der NS-Verbrecher durch die Hamburger Justiz reicht bis heute.

Arnold Strippel (z.B.) am Kindermord vom Bullenhuser Damm beteiligt, wurde bis heute nicht wegen dieses Verbrechens unter Anklage gestellt. Im Gegenteil: Er wurde auf freien Fuß gesetzt und mit hohen Entschädigungszahlungen belohnt.

Bei dem ehemaligen KZ Neuengamme handelte es sich übrigens um das größte KZ auf dem Boden des damaligen Reichsgebiets. Einige Worte zur Geschichte des KZ's Neuengamme:

Im Dezember 1938 errichtete

die SS am Neuengammer Heerweg in einer stillgelegten Ziegelei ein Außenlager des KZ Sachsenhausen ein. Das SS-eigene Unternehmen „Deutsche Erd- und Steinwerke“ plante hier ein großes Klinkerwerk, das mit Häftlingen erbaut und betrieben werden sollte. Im Juni 1940 wurde Neuengamme zum eigenständigen KZ. Neben deutschen Häftlingen wurden bis 1945 Tausende von Verhafteten aus den besetzten Gebieten im Westen, Norden und Osten Euro-

gerzaun ist in einem Glaskasten ein Lagermodell ausgestellt. Vier Doppelbetten, Tisch und Bänke aus grobem Holz, Spinde mit Häftlingskleidung und Blechnäpfen, eine Prügelbank und über allem ein drohend aufgerichtetes Maschinengewehr lassen einen frösteln und geben jedem — hoffentlich auch vielen Schulklassen — einen unverwischbaren Eindruck über die grausamen Lebens- und Arbeitsbedingungen der KZ-Inassen.



Lagerzaun und Wachturm des KZ Neuengamme

pas eingewiesen.

Die KZ-Häftlinge arbeiteten in dem von ihnen errichteten Klinkerwerk, an verschiedenen Baustellen (Schiffbarmachung der Dove-Elbe, Wege- und Gleisbau) und Betrieben in den Vierlanden und ab 1942/43 in der Rüstungsproduktion. Deswegen wurden in Hamburg, Bremen, Hannover und anderen Orten zahlreiche Außenlager errichtet.

Bis Kriegsende wurden 106 000 Menschen fast aller europäischen Nationen eingewiesen, überwiegend aus politischen Gründen. Etwa 55 000 wurden Opfer der unmenschlichen Lebensbedingungen, der Schikanen und der Exekutionen. Beim Untergang der „Cap Arcona“ und der „Thielbek“ in der Lübecker Bucht verbrannten und ertranken in den letzten Kriegstagen etwa 7 000 Häftlinge.

Das nach außen hin — vielleicht gewollt — abstoßend kalte, viereckige, mit Kupfer beschlagene Dokumentenhaus birgt eine für jeden Antifaschisten interessante Ausstellung: Neben einem in Originalgröße aufgebauten elektrischen La-

gerzaun ist in einem Glaskasten ein Lagermodell ausgestellt. Vier Doppelbetten, Tisch und Bänke aus grobem Holz, Spinde mit Häftlingskleidung und Blechnäpfen, eine Prügelbank und über allem ein drohend aufgerichtetes Maschinengewehr lassen einen frösteln und geben jedem — hoffentlich auch vielen Schulklassen — einen unverwischbaren Eindruck über die grausamen Lebens- und Arbeitsbedingungen der KZ-Inassen.

Auf dem oberen Rundgang reiht sich Schaukasten an Schaukasten: teilweise mit Originalstücken wie z.B. selbstgefertigten Spielkarten, Zeichnungen, Werkstücken oder mit Fotos aus SS-Kameras, Widerstands-Flugblättern aus dem Reichsgebiet, aber auch Listen von Spendengeldern der Großindustrie für die NSDAP, Prozeßberichte aus den Nachkriegsjahren etc.

Das Dokumentenhaus auf der KZ-Gedenkstätte Neuengamme wird jetzt täglich (außer Montags) von 10 bis 17 Uhr geöffnet sein. Telefonisch (040) 723 1031 kann man sich über Termine und Bedingungen für Dia- oder Filmvorführungen, Führungen durch die Ausstellung usw. erkundigen. Eine Omnibuslinie (227 oder 327) führt vom S-Bahnhof Bergedorf bis direkt an die KZ-Gedenkstätte am Neuengammer Heerweg.

So gut die Ausstellung ist, so peinlich war die Eröffnungsfeier. Obwohl sogar aus Frankreich, Polen, Dänemark in Busen ehemalige KZ-Häftlinge mit Angehörigen zur Eröffnung herbeigeströmt waren, standen für sie nur nasse Stühle im Re-

gen bereit, während der Herr Bürgermeister samt Gorillas sowie der NDR-Männerchor auf geschützter Tribüne posierten. Nun nehmen wir einmal an, die Hamburger Schildbürger haben wirklich gedacht, daß es Mitte Oktober in Hamburg nur eitel Sonnenschein gibt, dem Faß wurde sodann aber der Boden ausgeschlagen, als alle Besucher aus der Dokumentenstätte verschreckt wurden, weil der Herr Bürgermeister mit einer Handvoll geladener Gäste und Zivilisten einen Rundgang machen wollte. Da ist es nur konsequent, daß er bei seiner Feiertagsrede alle erdenklichen Personen einschließlich der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten benannte, die VVN, (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes), die in Hamburg recht zahlreich ist, nicht erwähnte und diese auch nicht zu Vorbereitung und Planung des Dokumentenzentrums eingeladen wurde.

Während der Vater von Dohnanyi selbst noch 1945 im KZ Sachsenhausen umgebracht wurde, scheint der Sohn von der Solidarität und dem Schwur der KZ-Häftlinge nicht viel gelernt zu haben. Man hat eher den Verdacht, daß es sich hier bereits um Wahlkampfauftritte des Herrn von Dohnanyi handelt, denn am selben Tage eilte er mit seiner Frau gleich weiter zur Brahms-Gedenkstättenöffnung.

In sämtlichen Zeitungs- wie Fernsehberichten fiel natürlich auch unter den Tisch, daß Freunde der inhaftierten RAF-Gefangenen mit drei großen Transparenten und einem Flugblatt während Dohnanyis Ansprache und dem Moorsoldatenlied des Chors daraufhinwiesen, daß die Haftbedingungen in deutschen Gefängnissen in den 36 Jahren seit Kriegsende nur wenig von ihrer Unmenschlichkeit eingebüßt hätten und daß z.B. nur 300 Meter von der Gedenkstätte entfernt in der Jugendstrafanstalt Vierlande (teilweise auf dem alten KZ-Gelände!!!) z.B. Eckart Schirmacher einsitzt, weil der nach dem Hungerstreik- und Zwangsernährungstod von Sigurd Debus einen Brandanschlag auf ein SPD-Büro unternommen haben soll. Deutsche Vergangenheit und deutsche Gegenwart liegen hier in Neuengamme erschreckend eng zusammen.

Anzeigen:

Kommunistische Oppositionelle in der DDR zu mehreren Jahren Gefängnis verurteilt



In Neuauflage erschienen: Flugblatt zu den Verhaftungen von und Prozessen gegen kommunistische Oppositionelle, KPD-Mitglieder und Friedenskämpfer in der DDR.



Neuer RM-Sonderdruck: **Dafür treten wir nicht ein!** Die Stellungnahme der KPD zum DGB-Friedensaufruf

Bestellungen an Verlag Roter Morgen, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30

Liebe „Roter-Morgen“-Leser,

als kommunistische Zeitung erhält der „Rote Morgen“ keinerlei Anzeigenaufträge der Wirtschaft. Er muß allein aus dem Verkauf und den Spenden seiner Leser finanziert werden. Die galoppierende Teuerung trifft uns hart. Nicht jeden Anstieg unserer Kosten können und wollen wir an unsere Leser weitergeben. Denn wir wollen, daß der „Rote Morgen“ mehr und nicht weniger gelesen wird. Wir bitten Euch deshalb:

SPENDET FÜR DEN „ROTEN MORGEN“!

Spenden bitte überweisen auf folgende Konten:
KPD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30
PSchKto: PSchA Dortmund (BLZ 440 100 46)
Kto-Nr. 6420 — 467
Bank: Stadtparkasse Dortmund
(BLZ 440 501 99) Kto-Nr. 321 004 547

Spenden für den „Roten Morgen“ als Zentralorgan der KPD bei der Lohnsteuer bzw. Einkommensteuer steuerlich absetzbar. Höchstgrenzen: Ledige 1 800,— DM im Jahr, Ehepaare 3 600,— DM im Jahr. Auf Wunsch versenden wir an die Spender Spendenbescheinigungen.

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr.

- ☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer



Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich ☐ halbjährlich
DM 60.- DM 30.-

Die Abg.-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Andernfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD ☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Datum: Unterschrift:
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

Werden unsere Kinder noch lesen, schreiben und rechnen können?

ESSEN (Volkskorrespondenz).

Semesterbeginn in NRW: Fürs Lehramt in der Primarstufe haben sich in Essen 180 Neue gemeldet, hauptsächlich Frauen. Schnell müssen unsere Neuen feststellen, daß es in der Uni schwerer wird, als sie sich jemals vorstellen konnten. Das neueste Lehrerausbildungsgesetz von NRW schreibt ihnen vor, Deutsch und Mathematik zu studieren, dazu kommt ein drittes Fach und Erziehungswissenschaften. Die neueste Lehrprüfungsordnung wird ihnen in diesen Fächern jeweils eine Prüfung abverlangen.

Nur: wie die Neuen ihr Studium so gestalten, daß sie ihre Prüfung bestehen werden, kann ihnen keiner sagen. Es gibt nämlich noch keine neuen Studien-

ordnungen zum Lehrerausbildungsgesetz. In Essen in der Mathematik z.B. werden noch keine offiziellen Überlegungen für eine neue Studienordnung für die Primarstufe angestellt. Stattdessen heißt es: belegen Sie diese Veranstaltung und schließen Sie sie mit der Klausur erfolgreich ab (der Veranstaltungsumfang macht ein Drittel des Wochenstundenplanes aus, wo bleibt da die Zeit für die anderen Fächer?). Im zweiten Semester genau die gleiche Empfehlung usw. usw. Dazu kommt, daß alle 180 Neuen sich auf drei(!) zu der Vorlesung gehörende Übungen verteilen sollen. Mit 60 Leuten in einer Übung zu sitzen, heißt, nur eine zusätzliche Vorlesung zu besuchen. Fragen stellen, mathema-

tische Fragestellungen zu diskutieren und ähnliches ist einfach nicht mehr drin. Aber weshalb denn dann nur drei Übungen? Die Antwort ist einfach: das Land NRW spart im Hochschulbereich bei allem, was die Lehre angeht, mit dem Ergebnis, daß Übungen immer voller, die Veranstaltungsbreite immer schmaler wird.

Zusammen mit dem neuen Lehrerausbildungsgesetz, das bewirkt hat, daß ein Primarstudium nur noch in Essen, Köln und Münster möglich ist, und mit der Hetze gegen ein Lehrerstudium ist zu erwarten, daß in ungefähr 10 Jahren, wenn meine Kinder und die meiner Brüder schulreif werden, viel zu wenige und mangelhaft ausgebildete Lehrer vor riesigen

Erstklassler-Klassen stehen werden (der Spruch: Guten Tag, ich bin die Lehrerschwemme, seid Ihr der Pillenknick? hat nichts von seiner Gültigkeit verloren).

Sämtliche vorwärtsweisen-pädagogischen Überlegungen der neueren Zeit und daraus entwickelte Forderungen z.B. der GEW werden so ad absurdum geführt werden.

Große Klassen und autoritärer Unterricht — Nein Danke!, sage ich da nur. Anstatt die Steuergelder der Werktätigen den Unternehmern für Rationalisierungsmaßnahmen in den Rachen zu schmeißen, sollte das „heißgeliebte“ SPD-regierte NRW lieber die Gelder für eine ordentliche Ausbildung der Kinder der Werktätigen ausgeben.

Albanien auf der Frankfurter Buchmesse

Wachsendes Interesse an albanischer Literatur

Auf der diesjährigen Frankfurter Buchmesse gab es wieder einen albanischen Ausstellungsstand. Über das dort vorgelegte Buchangebot, über die Erfahrungen, die während der Messe gemacht wurden, unterhielt sich der „Rote Morgen“ mit Peter Platzmann, dem Vorsitzenden der Deutsch Albanischen Freundschaftsgesellschaft, der die albanischen Genossen während ihrer Anwesenheit in der BRD betreute.

RM: Was hat der Buchvertrieb Tirana nach Frankfurt mitgebracht? Gibt es Neuerscheinungen in deutscher Sprache?

P.P.: Wie in den letzten drei Jahren auch ist zunächst einmal ein Überblick über die albanische Verlagsproduktion ausgestellt worden. Der Stand selbst war auch so aufgeteilt, daß auf der einen Seite die wichtigen Neuerscheinungen von in Albanien herausgegebener Belletristik ausgestellt waren. Dann gab es neue Übersetzungen von aus-

P.P.: Auffällig war, daß dieser kleine Stand einer der am meisten umlagerten auf der Messe war. Es haben sich dort immer weitaus größere Menschengruppen gebildet als etwa an den benachbarten Ständen anderer Länder, auch solcher Länder, über die ständig im Fernsehen oder in der Presse berichtet wird und die den Menschen hier dadurch ungleich bekannter sind als Albanien.

RM: Und wie ist dieses besondere Interesse zu erklären?

Buchmesse für Albanien zu werben und neue Kontakte zu knüpfen. Kadare ist tatsächlich der international bekannteste Autor Albanien, er ist inzwischen in 30 Fremdsprachen übersetzt.

RM: Wie steht es mit deutschen Übersetzungen? Ist da augenblicklich überhaupt noch etwas erhältlich?

P.P.: Bei Claassen ist ein Werk von ihm erschienen, der „General der toten Armee“; der gleiche Roman ist später dann auch in der DDR in einer anderen Übersetzung erschienen. Beide Ausgaben sind jedoch inzwischen vergriffen. So liegt gegenwärtig auf deutsch nur eine literaturgeschichtliche Arbeit von ihm vor, nämlich „Das Epos der Recken“, erschienen im albanischen Verlag 8 Nentori.

Im deutschen Buchhandel, das muß man sagen, ist Kadare nach wie vor nahezu unbekannt, ganz im Unterschied zu Frankreich übrigens, wo er bei Fayard und Fayard verlegt wird. 1978 zum Beispiel ist bei Fayard „Der große Winter“ erschienen, in diesem Jahr „Dämmerung der Göttersteppe“. Beide Bücher waren am Stand von Fayard auf der Buchmesse zentral und ganz auffällig platziert. Dort haben wir auch gehört, daß sich zwei westdeutsche Verlage für die Veröffentlichung von Kadare-Werken interessieren. Es ist zu hoffen, daß weitere Bücher dieses Autors hier bekannt werden, den der zuständige Lektor beim Claassen-Verlag übrigens in einem Gespräch mit uns als einen der großen europäischen Schriftsteller der Gegenwart einschätzte.



Der albanische Schriftsteller Ismail Kadare

RM: Hat es während der Messe auch eine öffentliche Veranstaltung mit Kadare gegeben?

P.P.: Die Freundschaftsgesellschaft hat eine solche Veranstaltung organisiert, die auch im offiziellen Terminkalender der Buchmesse ausgedruckt war. Das richtete sich allerdings nicht an eine breite Öffentlichkeit, sondern mehr an ein interessiertes literarisches Publikum. Johannes Fänsen, Albanologe aus Westberlin, der gegenwärtig den „Großen Winter“ übersetzt, hat dabei aus dem ersten Kapitel dieses Romans vorgelesen. Das Thema dieses Buches ist die Auseinandersetzung zwischen den Albanern und den Chruschtschow-Leuten.

Es entwickelte sich dann eine sehr lebhaft Diskussion mit Ismail Kadare, hauptsächlich über Fragen der albanischen Literatur.

RM: Du hast die mangelnde Verbreitung und auch Kenntnis dieser Literatur in der Bundesrepublik vorhin angesprochen. Nun war ja in diesem Jahr immerhin ein so prominenter Autor wie Max von der Grün auf Einladung des dortigen Schriftstellerverbandes in Albanien. Kann man jetzt schon von einer positiven Auswirkung dieses Besuchs sprechen?

P.P.: Das ist konkret schwer zu sagen. Aber sicherlich macht dieser Besuch viel aus. Kadare hat in Frankfurt beispielsweise auch mit Bernt Engelmann, dem Vorsitzenden des Verbandes der Schriftsteller, gesprochen. Wir hoffen natürlich, daß es jetzt auch zur Einladung eines albanischen Schriftstellers durch den Verband kommen wird. Das wäre ja auch im Interesse unserer Freundschaftsgesellschaft. Was aber zur Frage der Kontakte zwischen deutschen und albanischen Schriftstellern noch erwähnt werden muß: Es hat während der Buchmesse auch ein längeres Treffen von Ismail Kadare mit Heinrich Böll gegeben, über das sich Kadare sehr bewegt gezeigt hat.

RM: Jetzt haben sich die Albaner schon viermal mit ihrer Produktion an der Frankfurter Buchmesse beteiligt. Sicher hat ihre Anwesenheit in Frankfurt ja auch eine besondere Bedeutung für die Arbeit der Deutsch Albanischen Freundschaftsgesellschaft.

P.P.: Für uns ist die Beteiligung natürlich wichtig, eben weil sie uns gute Möglichkeiten bietet, Albanien bekannt zu machen. Es können dabei immer, in diesem Jahr besonders stark, Kontakte geknüpft werden, wobei es dann oft auch

Neuerscheinungen aus Albanien



Epopeja e luftes anti-fashiste nacionalclirmitare e popullit shqiptar 1939 - 1944

(Bildband über den antifaschistischen Befreiungskampf des albanischen Volkes.) Mit zahlreichen Dokumenten, Karten, Faksimiles. In albanischer Sprache. DM 30,00



Ismail Kadare
Das Epos der Recken

Eine Abhandlung über das albanische Heldenepos. 44 Seiten, DM 2,00

Vangel Moissi

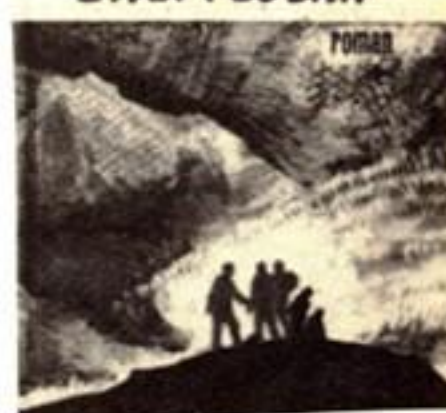


Landwirtschaft in der SVR Albanien

89 Seiten, zahlreiche Fotos. DM 3,00

ANASTAS KONDO

...ZWISCHEN ZWEI FEUERN

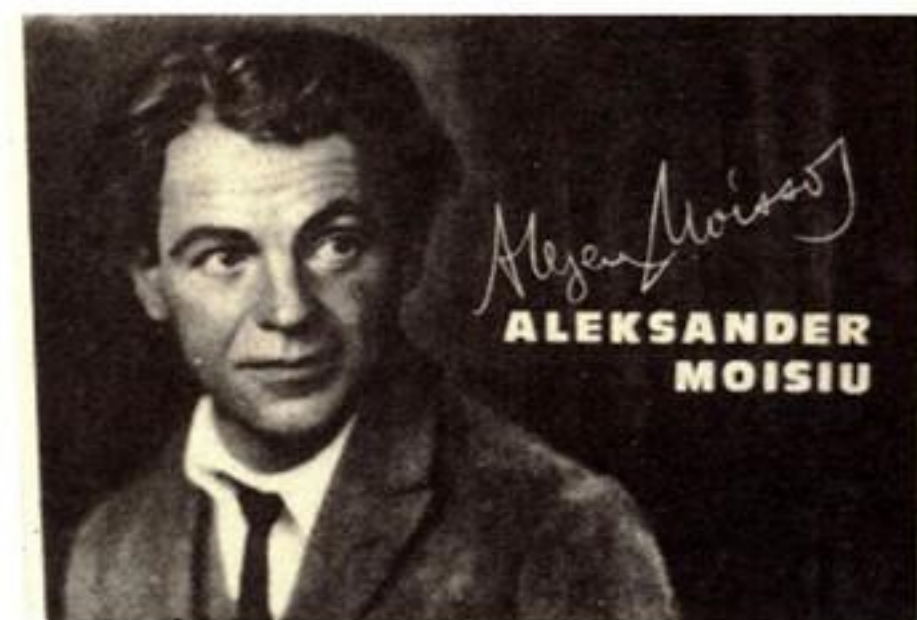


Anastas Kondo
...Zwischen zwei Feuern

Roman. Im Mittelpunkt der Handlung stehen zwei geologische Expeditionen auf der Suche nach Phosphorerz in den albanischen Bergen. 318 Seiten, DM 6,00

Kruja und seine Denkmäler

Bildband über die Heimatstadt des albanischen Nationalhelden Skanderbeg. Begleittext in deutsch, englisch, französisch. 97 Abbildungen, DM 15,00



Fotoband über das Leben und künstlerische Schaffen von Alexander Moissi

108 Seiten.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
21.30-22.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
6.00-6.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW



ländischen Autoren, unter anderem von Remarque, von Hermann Hesse und von Brecht. Ein Schwerpunkt war natürlich die in Albanisch und in verschiedenen Fremdsprachen herausgegebene politische Literatur. Die nächste Abteilung bestand aus albanischer Belletristik, die in Albanien in Fremdsprachen publiziert wird, aus fremdsprachigen Fachbüchern und Bildbänden. Die letzte Abteilung schließlich umfaßt wissenschaftliche Bücher, Schulbücher und Wörterbücher.

An deutschsprachigen Neuerscheinungen wurde einmal der Roman „Zwischen zwei Feuern“ von Anastas Kondo vorgelegt, den der „Rote Morgen“ ja schon einmal vorgestellt hat. (RM 40/81.) Dieser Roman behandelt die Geschichte zweier geologischer Expeditionen im Albanien des Jahres 1961 — einer albanischen und einer DDR-Expedition. Den politischen Hintergrund bilden dabei die Auseinandersetzungen zwischen Albanien und dem sowjetischen Lager in den frühen 60er Jahren.

Eine zweite Neuerscheinung wurde ausgestellt, und zwar „Landwirtschaft in der SVR Albanien“ von Ibrahim Baci. Es ist eine Broschüre von etwa 100 Seiten, die einen guten Überblick über die geschichtliche Entwicklung und den gegenwärtigen Stand der albanischen Landwirtschaft gibt. Erwähnt werden muß hier auch noch ein weiteres neues Buch in deutscher Sprache, das allerdings zur Buchmesse noch nicht vorgelegt hat. Es ist der zweite Band der „Geschichte der Partei der Arbeit Albanien“, der den Zeitraum von 1966 bis 1980 behandelt. Schließlich gab es in Frankfurt auch drei neue Bildbände aus Albanien.

RM: Wie haben denn die Buchmessebesucher auf den albanischen Stand reagiert? Gab es ein Interesse an der dort ausgestellten Literatur und auch an Albanien selbst?

P.P.: Es ist sicher auch auf die Tatsache zurückzuführen, daß sich Albanien als das einzige sozialistische Land bereits einen Namen gemacht hat. Es ist wohl eben doch so, daß viele Menschen — auch ohne genauere Kenntnisse über Albanien — doch zumindest wissen, daß dieses Land einen völlig eigenen Weg geht. Und daraus erwächst dann ein besonderes Interesse. Um mal ein Beispiel zu nennen: Da waren zwei Schüler aus Mülheim, die mit ihrer Klasse einen Ausflug zur Buchmesse gemacht hatten und deren erster Schritt dort der Weg zum albanischen Stand war. Sie hatten bei einem internationalen Schüleraustausch in der Tschechoslowakei zum ersten Mal etwas über Albanien gehört, und das hatte ihr Interesse an weiteren Informationen geweckt. Bemerkenswert ist auch die Tatsache, daß — wie auch schon in den Jahren zuvor — sehr viele Kosova-Albaner, die hier arbeiten, an den Stand kamen, die geradezu lechzen nach Literatur in ihrer Sprache. Daraus ist zu ersehen, daß ihre Versorgung mit dieser Literatur völlig unzureichend ist.

Es war aber natürlich auch Fachpublikum da, Vertreter von Buchhandlungen also, die bestimmte Bücher, vorwiegend Fachliteratur, dort gesucht haben.

Noch eine Anmerkung dazu, sozusagen die andere Seite der Medaille: Wir hatten einen Herrn vom Suhrkamp-Stand angesprochen. Und dessen erstaunte Reaktion war: Was, Albanien auf der Buchmesse? Gibt's denn dort überhaupt Bücher, gibt's dort denn auch Autoren?

RM: Nun war ja der im Ausland — wenn auch nicht am Suhrkamp-Stand — bekannteste albanische Schriftsteller auch bei der Messe in Frankfurt, Ismail Kadare nämlich.

P.P.: Der Besuch von Kadare war eine große Hilfe auch für unsere Arbeit, also hier auf der

Trommelfeuer der Propaganda

Moskau verlangt Taten von Jaruzelski

Zentralkomitee fordert den Kriegszustand

WARSCHAU. — Nach der Tagung des Zentralkomitees der revisionistischen Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) hat sich die seit langem in der revisionistischen Presse organisierte Kampagne gegen die polnischen Arbeiter zu einem wahren Trommelfeuer gesteigert. Jetzt will man in Moskau Taten sehen.

Bereits vorher, am 13. Oktober, veröffentlichte die „Prawda“ den Artikel eines gewissen A. Petrow, in dem es klipp und klar hieß: „Die Aufrechterhaltung der revolutionären Errungenschaften des polnischen Volkes — das ist nicht nur seine innere Angelegenheit. Das ist eine Frage, die die Lebensinteressen aller Völker und Staaten, die sich für den sozialistischen Weg entschieden haben, unmittelbar berührt...“

Ebenfalls bereits vor der Abwahl Kanas und Jaruzelskis Wahl zum neuen Parteichef unterstrich der Vorsitzende der Politischen Hauptverwaltung der polnischen Armee (und stellvertreter Jaruzelskis als Armeeminister) Divisionsgeneral Baryla in einem Vortrag aus Anlaß des 38. Jahrestags der Gründung dieser Armee, daß sie gegenüber „Feinden des Sozialismus“ nicht gleichgültig bleiben werde. Diese Äußerung war der SED-Zeitung „Neues Deutschland“ einen großen Artikel wert.

Nach Jaruzelskis Wahl forderten alle Medien der pseudo-sozialistischen Staaten, allen voran einmal mehr in Berlin, Prag und vor allem Moskau, Taten. Jaruzelski, der seit zehn Monaten Ministerpräsident ist, hat in diesem Zeitraum keinen einzigen seiner zehn Hauptpunkte der Regierungserklärung auch nur annähernd erfüllen können. Jetzt soll er dies mit einem harten Kurs schnell nachholen; das fordern seine sogenannten Genossen von ihm. Denn natürlich wird auch er verdächtigt, ein Feigling zu sein, ganz wie Kania, war er doch in diesen Monaten stets ein treuer Partner seines jetzigen Vorgängers. Jaruzelski ist wie auch Kania, ein Vertreter jener Strömung der herrschenden Klasse, die davon ausging, man könne die Gewerkschaftsbewegung der polnischen Arbeiterklasse durch Scheinzugeständnisse und Drohungen aushöhlen.

Dieser Kurs war es, der auf dem Plenum des Zentralkomitees in der vorletzten Woche aufgegeben und als untauglich kritisiert wurde. Und Jaruzelski

fällt nun die Aufgabe zu, das zu bewerkstelligen, was die Reaktionen fordern.

Dem entsprechen die Tatsachen, daß einerseits jene Mitglieder der Führung der revisionistischen Partei, die Mitglied von Solidarität waren, jetzt aus-

August 1980 richten.

Das Plenum des Zentralkomitees faßte all diese Meinungen in seinem „Beschluß“ zur Verbesserung der Lage zusammen, der in seinen elf Punkten eine Kriegserklärung an die polnischen Arbeiter ist. Das ZK der



Gewerkschaftsdemonstration in Warschau

traten, daß zum anderen ausführlich beklagt wird, die Partei zerfalle und zwar aufgrund der Tatenlosigkeit der Führung. Die Beschlüsse des letzten, des Septemberplenums, seien richtig gewesen, nur sei nichts geschehen, um sie zu erfüllen, auch der Parteitag habe zunächst Hoffnung gemacht, aber sie sei zerfallen. Das sagte Albin Siwak, Mitglied des Politbüros und früher des (entgegen den Parteistatuten) agierenden „Forums von Katowice“ das heute als „Marxistisch-Leninistisches Studienzentrum“ weiterarbeitet und in allen revisionistischen Zeitungen breit zitiert wird.

Diese so viel berufenen Beschlüsse beinhalten eine Aussetzung von Streiks, die Wiedereinführung der Samstagsarbeit und andere Maßnahmen, die sich direkt gegen Errungenschaften der Arbeiter seit dem

PVAP fordert darin den Sejm auf, sofort das Streikrecht auszusetzen. Nachdem unterstrichen wird, daß die Organe des Innenministeriums jegliche „Anarchie“ verstärkt bekämpfen und unverzüglich einschreiten werden, heißt es darin: „In einer Situation der bestehenden Gefahr für die Existenz der Nation und für die Sicherheit des Staates erachtet es das Zentralkomitee für unerlässlich, daß die höchsten Machtorgane der VR Polen im Falle der höchsten Not auf die verfassungsmäßigen Rechte zum Zweck der Verteidigung der vitalsten Interessen der Nation und des Staates zurückgreifen.“ Mit den Worten eines Redners auf dem Plenum gesagt, ist dies die Aufforderung an Jaruzelski, nicht zu vergessen, daß er auch Minister für die Armee sei. Oder, wie es auf dem Plenum der Hochschullehrer Orzechowski ausdrückte: „Die ideologische Diversion müssen wir nicht nur mit der Kraft der Argumente bekämpfen, sondern auch mit dem Argument der Kraft, über die unser Staat verfügt.“

Die harte Reaktion des Zentralkomitees der revisionistischen polnischen Partei gilt den Beschlüssen des Kongresses von Solidarität. Dort wurden die Appelle des Parteitags und des vorhergehenden ZK-Plenums zurückgewiesen. Dort waren auch jene Beschlüsse gefaßt worden, hinter denen natürlich verschiedene politische Strömungen stehen, die aber der neuen herrschenden Klasse ihre Existenz bedrohen.

Dabei handelt es sich vor allem um die Forderungen nach Wahl oder Mitspracherecht bei der Bestellung von Betriebsdirektoren und auf die Möglichkeiten, sich an Wahlen zu beteiligen.

Der einzige Vorgang auf dem Gewerkschaftskongreß, der die

herrschenden Revisionisten noch einigermaßen zu trösten wußte, war ganz offensichtlich die, wenn auch knapper als erwartet ausgefallene, Wiederwahl Lech Walesas zum Vorsitzenden. Seine Appelle, nicht zu streiken, verhalten aber zunehmend ungehört, angesichts einer immer schwierigeren Wirtschaftslage für die Werktätigen.

Auf dem Plenum des ZK selbst wurde eingestanden, daß es gerade die Betriebsparteiorganisationen seien, die jetzt zerfielen. Von den rund 400.000 Parteiaustritten im letzten Jahr seien vier Fünftel Arbeiter gewesen, betonte ein Redner unwidersprochen.

Sind Hunderttausende von polnischen Arbeitern deshalb aus der revisionistischen Partei ausgetreten, weil sie keine gewählten Betriebsdirektoren wollen, weil sie Samstags arbeiten wollen, weil sie gegen das Streikrecht sind? Folgt man der Logik der polnischen Parteiführung, verhält sich dies so.

Wie verlogen diese Behauptungen sind, wie sehr sie ein Vorwand und Anlaß für spätere Abrechnungen sind, geht schon daraus hervor, welche Einschätzung dieses erlauchte Führungsgremium zur Bewältigung der Gierke-Vergangenheit einnimmt.

Bis zum 31. Dezember sollen

aller Verfahren gegen Verantwortliche in den Behörden abgeschlossen sein. Was zunächst wie ein Zugeständnis klingen mag, erweist sich angesichts der Sachlage als die Aufforderung, Schluß zu machen mit der Selbstkritik und stattdessen volle Kraft gegen die Gewerkschaft zu fahren.

Vier oder fünf Bordellbesitzer unter den Spitzenbürokraten sollen schnell abgeurteilt werden, um das ganze Ausmaß der Korruption zu verdecken, um die Bereicherung an angeblichem Staatseigentum geheim zu halten, um die alten und neuen Millionäre zu schützen, die die Nutznießer des sogenannten Sozialismus sind, der da in Polen herrscht.

Die zunehmende Erkenntnis darüber, und die Verteidigung dieses Zustands durch die revisionistische Partei, das ist mit Sicherheit einer der Hauptgründe für die Massenausritte der Arbeiter aus der Partei.

Denn alle diese Leute, diese neue Klasse an der Macht, die sich gerade in Polen mit der alten Reaktion verbündet haben, sie sind ja auch die Führung der Partei, nicht nur des Staates. Und sie werden auch von der revisionistischen Presse des Auslands nicht angegriffen, so wenig wie der hohe Klerus, die korrupten Bürokraten oder die Betriebsdirektoren; noch weniger wird natürlich darüber gesagt, daß die internationale Verschuldung Polens (die ja für alle anderen scheinsocialistischen Staaten Osteuropas ebenfalls besteht und anwächst) und ihre fatalen Auswirkungen auf die Arbeiter Ergebnis der Politik des RGW ist, wie sie seit 25 Jahren betrieben wird. Polen, das in den Jahren nach dem Krieg ei-

nen großen wirtschaftlichen Aufschwung nahm, wurde seit der Umwandlung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe in ein Gremium der „internationalen Arbeitsteilung“ entsprechend den „Lehren“ Chruschtschows und Breschnews zu einem billigen Lieferanten für die UdSSR. Davon kein Wort. Nicht der Ausverkauf, sondern die Arbeiter sind Schuld an der Lage — folgt man der kapitalistischen Logik der Revisionisten.

Die Arbeiter sollen arbeiten und aufhören, Forderungen zu stellen, das ist das Ziel der Revisionisten. Und da sie sich dazu nicht haben überreden lassen, müssen sie — endlich — dazu gezwungen werden. Das ist der Sinn der Drohungen, der Sinn der angekündigten Regierungs-umbildung und der internationalen revisionistischen Hetzkampagne.

Dabei ist es natürlich kein Zufall, wenn die lautesten Hetztöne aus Prag und Ostberlin kommen. Wie sehr man sich in Berlin vor Parallelen fürchtet, das zeigen ja schon die verhängten langjährigen Gefängnisstrafen für die Solidarität mit den polnischen Arbeitern. Und Prag, wo der frühere Sträfling Husak Statthalter von Breschnews Gnaden und Panzern wurde, ist natürlich für solche Vorgänge immer besonders anfällig und furchtsam.

In dieser Situation gilt die Unterstützung den polnischen Arbeitern, die auf dem Wege des gewerkschaftlichen Kampfes für ihre Interessen auch den Weg zur Schaffung einer wahren Kommunistischen Partei finden werden, den Weg zu einem wirklichen Sozialismus, in dem sie die Herren sind.

Nach dem Wahlsieg der PASOK

Welchen Weg steuert Papandreou?

Haltung zur NATO wird zum Prüfstein

ATHEN. — Der Begeisterung schienen auch hier keine Grenzen gesetzt: Der Jubel erinnerte an den Wahlsieg der Sozialistischen Partei in Frankreich. Und tatsächlich hatte PASOK auch den „Wechsel“ unter französischen Vorzeichen angekündigt. Während man in den USA auf dieses Wahlergebnis noch ungehaltener reagierte, als auf das französische vor einem runden halben Jahr und sogar unmißverständliche Drohungen ausstieß, war die Reaktion in Westeuropa sehr verhalten.

Der Grund dafür ist klar: Hier kennt man Papandreou, den früheren Staatsbürger der USA, noch viel besser und weiß, daß er bereits heute einen Weg sucht, seine Wahlversprechungen zu umgehen.

Hauptfrage dabei ist die NATO-Mitgliedschaft Griechenlands. Der Kurs der vollkommenen Wiedereingliederung des Landes in die NATO, den die konservative Partei der Neuen Demokratie des bisherigen Ministerpräsidenten Rallis gesteuert hatte, wurde von der überwältigenden Mehrheit des griechischen Volkes abgelehnt.

Nach dem Sturz der faschistischen Junta im Jahre 1974, nach siebenjähriger Militärdiktatur hatte Griechenlands damaliger Regierungschef Konstantin Karamanlis einen demonstrativen Schritt getan, indem er sein Land aus den Exekutivorganen der NATO herausnahm. Ein nur demonstrativer Schritt allerdings. Denn in den Jahren danach wurde nicht nur die allmähliche, teilweise heimliche, Wiedereingliederung vollzogen, sondern es wurde auch immer deutlicher, daß keinerlei echte Abrechnung mit den Faschisten gehalten werden sollte.

Nicht nur, daß die Führer der faschistischen Junta in Lu-

xuseinzelhaft verblieben, wo sie ungehindert Audienzen gaben. Auch innerhalb der Armee gab es keinerlei Säuberung, lediglich eine knappe Handvoll Gerichtsprozesse wurde durchgeführt.

In den letzten Jahren wurde immer deutlicher, daß die Faschisten innerhalb der Partei der Neuen Demokratie Unterschlupf gefunden hatten, sich dort Machtpositionen aufbauten und gemeinsam mit der Parteiführung daran arbeiteten, jegliche Aufklärung der Vergangenheit zu verhindern.

Dabei war es den breiten Massen der Bevölkerung klar, daß es die NATO gewesen war, die hinter den Putschisten stand. Alle griechischen Parteien versuchten, diese NATO-Feindlichkeit des Volkes für nationalistische Ziele auszunutzen, indem sie zum Hauptkritikpunkt an der NATO zunehmend deren Haltung zum Cypern-Krieg machten. Dies trifft auch auf die rechte Fraktion der PASOK zu, die von Papandreou gesteuert wird.

Deshalb ist es auch leicht zu erklären, weshalb er bereits wenige Tage nach seinem Wahlsieg die NATO-Frage ganz anders behandelt, als noch im Wahlkampf, in dessen Verlauf er als Demagoge auftrat.

Ein ähnlicher Status wie Frankreich, das wäre das richtige für Griechenland, meinte Papandreou. Wobei — logischerweise — auch er gegen eine Säuberung der dazu passenden Armee auftritt, indem er die Armee zum unpolitischen Organ erklärt. Diese Äußerungen machen klar, daß Papandreou alles tun wird, um eine wirkliche Wende in der griechischen Außenpolitik zu verhindern, daß er nur so weit gehen wird, wie er aufgrund des politischen Drucks seiner Anhänger gehen muß. Die Anerkennung der PLO als diplomatische Mission in Athen ist dabei ohne Zweifel einer der Gesten, mit denen er die Linke seiner Partei bei der Stange halten will, eine der Maßnahmen, die er ergreifen muß, um nicht von vornherein wieder an Boden zu verlieren.

Bis zur griechischen Regierungserklärung Mitte November werden mit Sicherheit noch weitere Auseinandersetzungen innerhalb der PASOK und der sie mittragenden Gewerkschaftsbewegung stattfinden.

Ganz aktuell wird dabei auch die Frage der Bestrafung der faschistischen Brandstifter stehen, die kurz vor den Wahlen enorme Schäden anrichteten und von denen Dutzende nicht von der Polizei, sondern von schnell organisierten Volkstrupps verhaftet worden waren. Die bisherige konservative Regierung weigert sich, gegen sie ein Verfahren zu eröffnen — genau dies wird nun von der neuen PASOK-Regierung allgemein erwartet.



Leere Regale in den Geschäften

Das Treffen von Cancun

Das große Palaver

Nur durch Kampf gegen den Imperialismus gibt es eine bessere Zukunft

MEXICO CITY. — Die große Weltentwicklungskonferenz hat man das Treffen von Delegationen aus 22 Staaten genannt, das letzte Woche in der mexikanischen Stadt Cancun durchgeführt wurde. Vertreter der westlichen hochindustrialisierten Staaten, Chinas und der drei armen Erdteile haben sich dort versammelt. Angeblich um einen gemeinsamen Weg aus der gegenwärtigen Lage zu finden.

Angeregt wurde dieses Mammuttreffen durch den Bericht der Brandt-Kommission über die Lage in der Welt, der sich mit dem Problem der Unterentwicklung, der Armut und des Hungers befaßte. Und obwohl Willy Brandt selbst nicht dort war, ist es klar, daß dieses Treffen ganz im Sinne der Politik der Sozialistischen Internationale ist.

Diese Politik, die auf eine weltweite Partnerschaft abzielt, in der angeblich die Reichen den Armen helfen, sich zu entwickeln, wird schon lange vertreten. Und dies ist nicht die erste, sondern nur die bisher größte Versammlung dieser Art.

Alle möglichen internationalen, zweiseitigen oder mehrseitigen Entwicklungsprogramme wurden in den letzten 20 Jahren, seitdem der Befreiungskampf in Asien und Afrika gesiegt hat, ausgearbeitet und verabschiedet, zahllose Versprechungen gemacht.

Tatsache aber ist, daß Not, Elend, Hunger und Armut in diesen 20 Jahren immer weiter

zugenommen haben. Viele Staaten, die früher selbst landwirtschaftliche Erzeugnisse ausführten, sind heute, durch die amerikanische und westeuropäische „Entwicklungshilfe“ gezwungen, Grundnahrungsmittel einzuführen. Die amerikanischen und westeuropäischen Multis sind über die Reichtümer dieser Länder hergefallen und haben Milliardenprofite gescheffelt, an denen Millionen starben und sterben.

Die osteuropäischen scheinsozialistischen Staatsbetriebe sind mit ihren ungleichen Verträgen in der selben Weise wirksam geworden.

50 Millionen Hungertote in einem Jahr sagen genug darüber aus, was bisher „geleistet“ wurde.

Die internationalen Gremien, die im Bericht der Kommission als entscheidende Träger für zukünftige Entwicklungspolitik genannt werden, haben ebenfalls bereits seit langer Zeit ihr Wirken und dessen Auswirkungen bewiesen.

Sei es die Weltbank oder der Internationale Währungsfonds

oder seien es die kontinentalen Entwicklungsbanken: Dort haben die großen imperialistischen Staaten das Sagen und die Kontrolle, und die wollen für ihr angelegtes Kapital Taten und Profit sehen.

Es braucht also niemanden zu wundern, wenn bei dieser Konferenz — wenn überhaupt — nur schöne Worte herauskommen als Ergebnis. Denn daß sich beispielsweise Ronald Reagan, Vertreter der größten ausbeutenden Macht der Welt, sich mit Vertretern der unterentwickelten Länder über ein wirkliches Entwicklungsprogramm einigen könnte, das ist nur für jenen anzunehmen, der noch an Märchen glaubt. Und wessen Interessen beispielsweise Herr Genscher mit seiner als „aufrüttelnd“ bezeichneten Rede vertritt, das weiß man hier in der Bundesrepublik seit langer Zeit sehr genau: Die des westdeutschen Finanzkapitals, das an nichts weniger interessiert ist, als an einer wirklichen Hilfe für die armen Staaten dieser Welt, sondern nur an einem guten Eindruck als Basis für gute Geschäfte.



Demonstrierende Indianer am Rande einer Massenkundgebung von über 80 Stämmen in Washington — ihre Führer werden als Verbrecher dargestellt.

Vor dem Treffen von Cancun

Reagan und Mitterand ein Herz und eine Seele

Einig war man sich. Über fast alles. Vor allem über die Aufrüstungspolitik. Manch einen mag diese Einigkeit zwischen Reagan und Mitterand erstaunt haben, gab es doch nach Mitterands Wahlsieg sehr kritische Stimmen und sogar Drohungen, die aus Washington kamen.

Aber Mitterand hatte von Beginn an klar gemacht, daß er in der Militärlpolitik die alte gaullistische Linie im Prinzip weiterführen würde und dabei eine engere Beziehung zu den NATO-Staaten herstellen wollte.

Denn Tatsache ist ja, daß der Austritt Frankreichs aus den Exekutivorganen der NATO kein Akt des Antiimperialismus, der Neutralität im Sinne der Friedensbewegung gewesen war.

Tatsache war, daß die französischen Imperialisten diesen Schritt taten, weil sie von allen betroffenen westeuropäischen Staaten die größten eigenen imperialistischen Interessen hatten. Die innere wirtschaftliche Verflechtung Frankreichs mit den USA ist geringer als die Großbritanniens, Italiens und der Bundesrepublik; die französischen Imperialisten verfügen über eigene Einflußzonen, vor allem in Westafrika.

Dort regieren sie mit „harter Hand“, wie ihre Eingriffe in Zentralafrika und im Senegal, aber auch im Tschad und bis nach Tunesien bewiesen haben. Und erst die verschärfte Situation, die in Afrika in den drei letzten Jahren entstanden ist, zwingt den französischen Imperialismus dazu, wieder eine engere Bindung an die Konkurrenten zu suchen, weil man sich nicht mehr sicher ist, diese

„Probleme“ alleine lösen zu können. Und natürlich sehen auch die französischen Monopolherren ihre Ansprüche durch den sowjetischen Sozialimperialismus gefährdet, der Afrika als eines seiner Hauptexpansionsziele auserkoren hat.

Offener gesprochen und gehandelt wird auf dem militärischen Sektor, weil man es sich leisten kann, da die französische Arbeiterbewegung seit Jahrzehnten von einer nationalistischen und teilweise direkt chauvinistischen Propagandawelle der beiden sogenannten Arbeiterparteien, der revisionistischen PCF und der sozialdemokratischen PS berieselt wird. Beide waren sowohl für die eigene französische Atomstreitmacht, als auch für das nationale AKW-Programm. Die rassistische Propaganda der PCF im letzten Wahlkampf ist jenen, die diese Ereignisse verfolgt haben, noch gut in Erinnerung.

Daß sich Reagan mit solcher einer Politik der Aufrüstung und der Aufrechterhaltung imperialistischer Einflußzonen anfreunden kann, war klar, und diese französische Politik, die der US-Politik entgegenkommt, war denn auch die Grundlage für das gute Einverständnis der französischen mit der amerikanischen Regierung, wie es bei diesem Treffen demonstriert wurde.



Massenunruhen in Kairo und anderen Landesteilen prägten das Bild Ägyptens kurz vor dem Tode Sadats.

Eine katastrophale Wirtschaftslage

Sadats nationales Vermächtnis

KAIRO. — Die erste Amtshandlung des neuen ägyptischen Präsidenten Mubarak war eine Bitte: um amerikanische Dollars. Seitdem sein Vorgänger Sadat im Jahre 1975 Hemmnisse der Vergangenheit beseitigte und sein Land dem amerikanischen und westeuropäischen Kapital öffnete, ist die Armut ständig größer geworden.

Das Land, bei Sadats Amtsantritt schuldenfrei, muß heute jährlich über eine Milliarde Mark alleine an Zinsen bezahlen, weitere zweieinhalb Milliarden jährlich an Tilgungsraten. Zusammen also dreieinhalb Milliarden Mark oder etwa 8 Prozent des gesamten Staatshaushalts.

In dieser Zeit der angeblich rapiden Entwicklung des Landes wurde in Wahrheit nur ein

Sektor der Wirtschaft wirklich ausgebaut — die Erdölförderung. Sie stieg von etwa 7,5 Millionen Tonnen im Jahre 1974 auf über 33 Millionen Tonnen im Jahre 1980. Daß in derselben Zeit jenes gewaltige Schuldendefizit entstand, ist bereits ein eindeutiger Hinweis, wer davon profitiert: die amerikanischen Ölmultis, die bereits im Jahre 1975 mit dem damaligen Rockefeller-Besuch aus Ägypten ihr neuestes Mekka machten.

So erhält das Land jetzt gegenwärtig etwa fünf Milliarden Mark sogenannter Wirtschaftshilfe im Jahr, fast drei Viertel davon aus den USA, danach kommen Großbritannien und die Bundesrepublik. Diese Hilfe aber dient nur dazu, die Kaufkraftverluste, die das Volk Ägyptens durch die internationalen Monopole erlitt, einigermaßen auszugleichen durch immer steigenden Anteil der Subventionen für Grundnahrungsmittel usw. Und für neue Kredite, die das Land braucht, macht der IWF (Internationaler Währungsfonds) seine üblichen harten Bedingungen: Eben diese Beihilfen sollen gestrichen werden, in der Verwaltung sollen Massenentlassungen vorgenommen werden usw. —, das wird die Situation des Landes, der

Werkstätigen des Landes, weiter verschlechtern.

Man müsse Ägypten mehr helfen, war die erste Äußerung des US-Außenministers Haig bei seiner Teilnahme an Sadats Beerdigung — sein Chef war zu feige gewesen, selbst zu erscheinen.

Das gilt vor allem der in ihrem Umfang geheim gehaltenen sogenannten Militärhilfe, mit der die ägyptische Armee soweit ausgerüstet werden soll, daß sie in die Lage kommt, gemeinsam mit den USA-Truppen den Hauptteil eines regionalen Militärbündnisses im Dienste der USA zu tragen.

Sadats Vermächtnis ist also eindeutig: ein verarmtes Volk, ein ausverkauftes Land, eine instabile politische Lage und eine internationale Isolation. Freunde fand er nur in den USA und in den EG-Staaten — und dort heißt Freundschaft vor allem Geld und Macht. Mubarak, das hat er unterstrichen, ist der Mann, der Sadats Kurs fortsetzen will. Nichts anderes war zu erwarten. Denn sein Amtsantritt als Vizepräsident war der letzte Schlag Sadats gegen die Nasseranhänger, die noch in der Regierung verblieben waren. Mubarak ersetzte den letzten Mitkämpfer Nassers.

Wie stabil allerdings dieses Regime ist, das nun einen neuen Chef erhalten hat, wird sich erst noch erweisen müssen — schon in den Wochen vor Sadats Tod hatte allgemeine Unruhe um sich gegriffen.

Amnesty International bestätigt alte Vorwürfe

FBI erpreßt Beweise gegen Oppositionelle

Wie politische Gefangene zu Kriminellen gemacht werden

LONDON/WASHINGTON. — Anfang Oktober veröffentlichte Amnesty International einen Bericht über die Tätigkeit des amerikanischen FBI, der mit der Forderung nach Einsetzung eines Untersuchungsausschusses abgeschlossen wurde. In dem Bericht werden seit langem erhobene Vorwürfe über erpreßte Zeugenaussagen bestätigt.

In dem in London veröffentlichten Bericht wurden zwei Beispiele genannt, wie politisch oppositionell eingestellte Menschen mit Hilfe verbrecherischer FBI-Methoden zu Kriminellen gemacht wurden, um sie einsperren zu können.

Zum einen handelt es sich um einen Führer der Black-Panther-Bewegung, Elmer Pratt, der seit neun Jahren eine lebenslange Haftstrafe wegen Mord absitzen muß. Pratt hatte sich bereits in seinem Prozeß als einen politischen Gefangenen bezeichnet, gegen den mit gefälschten Beweisen eine kriminelle Anklage zusammengeschustert wurde. Nach mehreren Jahren haben sich damalige Belastungszeugen an die Öffentlichkeit gewandt und haben enthüllt, daß ihre damaligen Aussagen unter Druck erfolgt waren.

Noch offener geschah dies im Fall des Indianerführers Richard Marshall, der seit 1976

ebenfalls eine lebenslange Haftstrafe wegen Mordes absitzt. Während Pratt eine weiße Frau ermordet haben sollte, war es bei Marshall ein anderer Indianer gewesen. Er wurde aufgrund einer einzigen Aussage verurteilt. Die Zeugin Myrtle Bear hatte angegeben, Marshall habe ihr gegenüber den Mord gestanden. Später widerrief sie und sagte aus, der FBI habe sie und ihre Tochter mit dem Tode bedroht, für den Fall, daß sie nicht gegen Marshall aussage. Trotz dieses Widerrufs geschah nichts, um das nur durch die ursprüngliche Aussage zustandegekommene Urteil zu korrigieren.

Man muß sich zur Beurteilung dieser Fälle klar machen, wie oft es solche Vorgänge in den USA bereits gegeben hat. Man erinnere sich in den 20er Jahren an die konstruierte Anklage gegen Sacco und Vanzetti, bis hin in den 70er Jahren zum ebenfalls wegen eines angebli-

chen Verbrechens verurteilten Revolutionärs Gary Tyler.

Man erinnere sich an die Ermordung zahlreicher Führer der Black-Panthers Ende der 60er Jahre, die später allesamt als Aktionen gegen Verbrecher dargestellt wurden.

Und man erinnere sich schließlich an die Intrigen und Erpressungen im Fall Watergate, in dessen Folge in den USA eine breite demokratische Bewegung entstand.

Schließlich sollte man in diesem Zusammenhang auch die Geschichte der Republikanischen Partei erwähnen, in der die Goldwater, Nixon und Reagan mit verbrecherischen Methoden, von Schlägertrupps und Brandstiftung bis hin zu Erpressung und plötzlichen Todesfällen die Macht übernahmen.

Es ist seit langem offensichtlich, daß, wie der CIA im Ausland, auch der FBI im Inland mit allen verbrecherischen Methoden arbeitet, um jegliche wahrhaftige Opposition zu unterdrücken, sie in die Nähe des organisierten Verbrechertums zu rücken, das aller Erfahrung nach weit eher mit dem FBI selbst zusammenarbeitet als mit

der oppositionellen Bewegung in den USA.

Die beiden genannten Fälle von Elmer Pratt und Richard Marshall gehören sozusagen zu den Mustervorgängen dieser Art der Bekämpfung der demokratischen Bewegung. Sei es der Gewerkschaftsbewegung oder, wie in diesen Fällen, der nationalen Minderheiten. Diesen galt bekannterweise von jeher die besondere Unterdrückung durch die US-Behörden. Gerade in diesen Tagen trifft sie Reagans Konzept des Sozialabbaus zugunsten der Aufrüstung erneut am stärksten, formiert sich ihr Widerstand gemeinsam mit der Arbeiterklasse dagegen.

In dieser Situation ist die Forderung nach einem Untersuchungsausschuß, der diese und die anderen nach demselben Muster durchgeführten Verfahren neu aufrollt, nicht nur gerechtfertigt, sondern auch höchst aktuell. Der Regierung Reagan jedenfalls, die unter anderem die Wiederbelebung der Geheimdienste in ihrem Programm hat (als ob sie jemals weniger aktiv gewesen wären) würde solch eine Untersuchung nicht in ihr reaktionäres Konzept passen.

Der unvergessene Krieg



Partisanen

Die Panzerschlacht bei Kursk, die im Mittelpunkt der nächsten Folge des „Unvergessenen Krieges“ steht, war eine auf Stalingrad folgende vernichtende Niederlage der faschistischen Truppen in offener Feldschlacht. Der große Rückzug begann, der nie mehr richtig zum Stillstand kam. Wenn auch dieser Rückzug der sowjetischen Bevölkerung, durch eine mit nie dage-

stand der sowjetischen Zivilbevölkerung selbst befassten, die dem Feind keine Ruhe ließ, die ihn unter anderem zum Abzug von mehr als zehn Divisionen von der Front zwang: mit dem Partisanenkampf.

Bezeichnenderweise schweigen sich die Fernsehanstalten in Westdeutschland über diesen Kampf aus: Die entsprechende

der Tatsache bewußt, daß nahezu jeder Sowjetbürger ein potentieller Partisan war: „Dieser gigantische Raum muß gebändigt werden. Am besten erreicht man das, wenn man jeden erschießt, der auch nur einen scheelsten Blick wagt“ (Martin Bormann) „Die Truppe ist ... berechtigt und verpflichtet, in diesem Kampf ohne Einschränkung auch gegen Frauen und Kinder jedes Mittel anzuwenden, wenn es nur zum Erfolg führt.“ (Adolf Hitler)

Rächer des Volkes

Barbarische Strafkolonien folgten außerdem jeder Kampfaktion der Partisanen. Mehr als eine Million Sowjetmenschen fielen ihnen zum Opfer. Umsonst: Über 250.000 Menschen standen Ende 1943 als Partisanen im Kampf. Eine Isolierung von der Bevölkerung trat nie

ein, im Gegenteil: Die Unterstützung wuchs ununterbrochen. „Rächer des Volkes“ so hießen diese Kämpfer im Volksmund. Sie waren von vornherein geplanter Bestandteil des als Vernichtungsfeldzug angelegten Krieges im Osten. Ein Verzicht auf Widerstand hätte deshalb den sicheren Untergang bedeutet.

Das aber wird bei uns bis heute geleugnet. Es sind nicht nur alte Faschisten, die immer noch ungestraft die Partisanen verunglimpfen. In nahezu allen Prozessen gegen faschistische Kriegsverbrecher bietet sich das gleiche Bild: Kriegsverbrechen, die im Namen der Partisanenbekämpfung begangen wurden, werden verharmlost, oft fast als Kavaliersdelikt behandelt. Oft hört man den faschistischen Angeklagten und den Richter geistesinig von „Partisanenwesen“, von „partisanenver-

seuchtem Gebiet“ usw. sprechen.

Der Teil des Films, den wir nicht zu sehen bekommen, zeigt die Wahrheit. Er zeigt die Bedeutung des Partisanenkampfes, der Sabotageaktionen für die Kämpfer an der Front. Er zeigt unvergessliche Bilder, wie die Hinrichtung der tapferen 17-jährigen Soja Kosmodemjanskaja, Komsomolzin aus Moskau. Er zeigt, wie die Partisanen auch exemplarische Strafaktionen gegen faschistische Hauptverbrecher unternahmen, wie der Faschist Wilhelm Kube, „Statthalter“ Bjelorußlands in die Luft flog, der verkündet hatte: „Allein mein Name muß jeden Bjelorussen und Russen in Schrecken versetzen. Ihr Gehirn muß zu Eis erstarren, wenn sie den Namen Wilhelm Kube hören.“ Der Partisanenkampf kannte nahezu keine Altersgrenzen. Vom Kind bis zum

Greis leistete bewaffneter Widerstand, wer nur eine Waffe zu führen vermochte.

Die Junge Garde

Bestraft wurden nicht nur die Nazis selbst, sondern auch diejenigen, die sich um persönlichen Vorteilen willen den faschistischen Besatzern verkauft hatten.

Von solch einer Strafkolonie berichtet der Ausschnitt aus dem Roman „Die Junge Garde“, den wir im folgenden abdrucken. „Die Junge Garde“ ist ein ausgezeichnetes, spannendes Buch des sowjetischen Autors Alexander Fadejew, 1949 zum ersten Mal in deutscher Sprache im Berliner Verlag Volk und Welt erschienen, heute als Nachdruck beim Verlag Neuer Weg, Postfach 3080, 7000 Stuttgart 1, erhältlich. Er schildert den von Jungkommunisten organisierten Widerstandskampf einer Gruppe von Jugendlichen in faschistisch besetztem Gebiet. Eine Lektüre, die wir besonders den jungen Genossen wärmstens empfehlen!



Nicht das Alter, nur die Kampfbereitschaft zählte: zwei „Rächer des Volkes“.

wesener Brutalität durchgeführten Politik der „verbrannten Erde“, durch Vernichtung ihrer Existenzgrundlage und durch Massenerschießungen hilfloser Menschen noch unerhörte Opfer abverlangte, war doch die militärische Niederlage des Faschismus bereits besiegelt.

Wir wollen uns in unserem „Historischen Stichwort“ diesmal mit einem anderen Kriegsschauplatz befassen, der hinter den faschistischen Linien lag. Und zwar überall hinter diesen Linien. In ausnahmslos allen faschistisch besetzten Gebieten. Wir wollen uns mit dem Wider-

stand der Filmserie wird nicht gesendet. Das Heldenlied des Volkswiderstandes soll uns unbekannt bleiben. Denn es paßt den maßgeblichen Kreisen in unserem Lande nicht in den Kram.

Daran hat sich seit den Zeiten des Hitler-Faschismus nicht viel geändert. Die Nazis, die dieses Widerstandes nie Herr werden konnten, verteilten die Partisanen als „Verbrecher“. Keine Gnade gab es für sie. Laut vielen ausdrücklichen Befehlen sollten sie mit aller Rücksichtslosigkeit vernichtet werden. Und man war sich wohl

Wo immer der lange Menschenleib mit dem kleinen Kopf und der altmodischen Schirmmütze darauf, mit den zwischen unzähligen Hautfalten versteckten Augen einer Riesenschlange, wo immer er auch ging und stand, was für Bewegungen er auch mit seinen Armen und Beinen ausführte, er war doch schon dem Tode geweiht.

Die Rache folgte ihm auf den Fersen, Tag und Nacht, in den Dienst und auf Razzien, sie beobachtete ihn durchs Fenster, wenn er mit seiner Frau die Sachen und Säkelchen anschaut, die er der Familie eines eben erst umgebrachten Menschen abgenommen hatte. Die Rache kannte jedes seiner Verbrechen und führte darüber Buch. Die Rache verfolgte ihn in Gestalt eines Jungen, flink wie eine Katze, mit Augen, die selbst im Dunkeln sehen konnten; wußte Fomin, wie unbarmherzig sie war, diese barfußige Rache, dann würde er es schon jetzt aufgegeben haben, irgendwelche Bewegungen zu machen, die den Schein des Lebens vortäuschten.

Fomin war ein toter Mann, weil alle seine Handlungen und Taten jetzt nicht einmal mehr von Habgier oder Rachedurst bestimmt wurden, sondern von einer gut unter der Maske der Rechtschaffenheit und des Anstands verborgenen gegenstandslosen, alles umfassenden Wut, einer Wut auf sein eigenes Leben, auf alle Menschen, selbst auf die Deutschen.

Diese Wut zernagte von innen her Fomins Seele, aber noch nie war sie so furchtbar und aussichtslos gewesen wie jetzt, weil der letzte, wenn auch verächtliche Halt seiner Seele zusammengebrochen war. Wie groß die Verbrechen auch waren, die er beging, er hatte doch gehofft, eine Machtstellung zu erhalten, hatte gehofft, daß alle Menschen sich dann vor ihm fürchten, ihn aus Furcht ehren und sich ihm beugen würden, und daß er dann, umgeben von der Achtung der Menschen, wie die wohlhabenden Leute in alten Zeiten, einen Hafen des Wohlstands und der Selbstständigkeit erreichen würde.

Ein achtungsgebietendes Vermögen, mit dem er sich eine Existenz hätte gründen können, war ihm aber nicht zugefallen, er hatte nicht einmal die Aus-

sicht auf ein solches Vermögen. Er stahl Sachen bei den Leuten, die er verhaftete und umbrachte, die Deutschen sahen es ihm durch die Finger, verachteten ihn aber als bezahlten, schmierigen Lumpen und Dieb, der von ihnen abhing. Er wußte, daß sie ihn brauchten, solange er dies alles für sie, für die Festigung ihrer Macht tat, hätte diese Macht aber erst einmal festen Fuß gefaßt, und wäre erst einmal eine gesetzliche Ordnung eingetreten, dann würden sie ihn wegstossen oder kurzerhand vernichten.

Zwar hatten viele Leute Furcht vor ihm, aber selbst diese wie auch alle anderen verachteten ihn und wichen ihm aus. Ohne sich im Leben bestätigt zu sehen, ohne die Achtung der Menschen zu besitzen, machte ihm nicht einmal das Zeug, nicht einmal das Gelumpe Spaß, das er seiner Frau mitbrachte. Er und seine Frau lebten schlimmer als die wilden Tiere, denn auch wilde Tiere haben ihre Freude: an der Sonne, an der Nahrung, an ihren Jungen.

Außer den Verhaftungen und Razzien, an denen Ignat Fomin wie alle Polizisten teilnahmen, hatte er noch Wachdienst in den Straßen oder vor einer Behörde.

In dieser Nacht nun hatte er Dienst in der Direktion, die in der Gorkischule im Park untergebracht war.

Windstöße rauschten im Blattwerk und stöhnten in den dünnen Stämmen, sie fegten nasses Laub die Alleen entlang. Es regnete — oder eigentlich war das gar kein Regen, es sprühte nur ganz fein, die Baumwipfel ragten noch dunkler und trüber auf, ihre feuchten Konturen verschwammen mit dem Himmel.

Der Ziegelbau der Schule und der hohe, fensterlose Holzbau des Sommertheaters türmten sich wie dunkle Felsmassen zu beiden Seiten der Allee. Fomin ging im langen, schwarzen, bis obenhin zugeknöpften Herbstmantel mit hochgestellten Kragen die Allee zwischen den Gebäuden auf und ab, als läge er an der Kette und wage sich nicht tiefer in den Park hinein. Manchmal blieb er unter dem hölzernen Torbogen stehen und lehnte sich an einen der Pfosten. So stand er und schaute ins Dunkel die Garten-

straße hinunter, wo Menschen wohnten. Plötzlich packte ihn eine Hand mit fürchterlicher Kraft von hinten unterm Kinn, drückte ihm die Kehle zu, so daß er nicht einmal röcheln konnte, und bog ihn nach rückwärts, bis in seiner Wirbelsäule irgend etwas knackte und er zu Boden fiel. Im selben Augenblick spürte er mehrere Hände an seinem Körper. Die eine Hand hielt ihn noch immer an der Kehle, eine andere drückte ihm mit eisernem Griff die Nase zu, irgend jemand schob ihm einen Knebel in den krampfhaft aufgesperrten Mund und umwickelte die ganze Gesichtshälfte fest mit irgend etwas, das sich wie ein rohleinenes Handtuch anfühlte.

Als er wieder zu sich kam, lag er mit gefesselten Armen und Beinen auf dem Rücken unter dem hölzernen Torbogen und über ihm, wie von dem dunklen Bogen entzweiggeschnitten, hing der trübe Himmel mit dem unklaren, verschwommenen Licht, das eher Nebel war.

Einige dunkle Gestalten, die er nicht erkennen konnte, standen unbeweglich zu seinen beiden Seiten.

Einer der Leute, dessen schlanker Schattenriß sich im Nachtdunkel abhob, sah zum Torbogen hinauf und sagte leise: „Hier ist wohl der rechte Ort...“

Ein kleiner hagerer Junge kletterte behende hinauf, hantierte eine Weile ganz oben, und plötzlich sah Fomin eine dicke Schlinge hoch über sich in dem unklaren, trüben Licht schaukeln.

„Mach sie mit einem doppelten Schifferknoten fest“, sagte unten schroff ein etwas älterer Junge mit zum Himmel aufragendem, schwarzem Mützenschirm.

Fomin hörte seine Stimme, und plötzlich erstand vor ihm seine Stube in Schanghai mit Gummibäumen in den Kübeln, die kräftige Gestalt eines am Tisch sitzenden Mannes mit Sprenkeln im Gesicht, und dieser Junge da. Ignat Fomins wurmlanger Körper begann sich auf der feuchten, kalten Erde krampfhaft zu winden. So schob er sich von der Stelle fort, an die man ihn gelegt hatte, aber ein untersetzter Mann in weitem, einer Seemannsjacke ähnlichem Rock, mit kräftigen

Fäustern und ungeheuer breiten Schultern schob ihn mit dem Fuß wieder an die alte Stelle zurück.

In ihm erkannte Fomin Kowaljow, der mit ihm zusammen in der Polizei gedient hatte und der hinausgejagt worden war. Außer ihm erkannte Fomin noch einen Chauffeur aus der Direktion, ebenfalls einen kräftigen, breitschultrigen Burischen. Erst heute noch hatte er ihn in der Garage gesehen. Er war nämlich vor Dienstantritt im Vorbeigehen hineingegangen und hatte um Feuer gebeten. Wie merkwürdig das in seiner Lage auch sein mochte, so fiel Fomin doch augenblicklich ein, daß dieser Chauffeur wohl an den unbegreiflichen und häufigen Pannen der Direktionswagen, über die sich die deutsche Verwaltung so sehr beklagte, die Hauptschuld tragen mußte, und daß man das eigentlich anzeigen sollte. Da aber hörte er über sich eine Stimme. Leise und feierlich, mit leicht armenischem Akzent ertönten folgende Worte: „Im Namen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken...“

Fomin lag sofort still und hob die Augen zum Himmel auf, und wieder erblickte er die dicke Schlinge am trüben Himmel und das hagere Bürschchen, das still auf dem Torbogen saß die Beine darum geschlungen hatte und herunterschaute. Die Worte, in leicht armenischem Akzent gesprochen, verstummten. Fomin wurde von einem solchen Schrecken gepackt, daß er sich wieder auf der Erde zu winden begann. Einige starke Arme ergriffen ihn und hoben ihn, so hoch sie konnten, senkrecht empor. Der hagere Junge auf dem Torbogen riß Fomin das Handtuch herunter, das ihm die Kinnbacken zusammenpreßte, und warf ihm die Schlinge um den Hals.

Fomin versuchte den Knebel aus dem Mund zu stoßen, machte in der Luft einige krampfartige Bewegungen und hing nun, so daß seine Füße die Erde fast berührten, in seinem schwarzen, langen Überzieher. Wanja Turkenitsch drehte ihn mit dem Gesicht zur Gartenstraße und steckte ihm mit einer Sicherheitsnadel einen Zettel an die Brust, auf dem stand, für welche Verbrechen Ignat Fomin hingerichtet worden war.



Politisches Kabarett

RATTE & SCHMEISSFLIEGE

Das politische Kabarett-Duo RATTE & SCHMEISSFLIEGE hat wieder mal ein ärztliches Kunstfehlerprodukt ausgeschwitzt. Diesmal wird die Bevölkerung mit einer Kassette bedroht. Es ist dieses ein 60-Min.-Livemitschnitt von einem Auftritt am 25.7.81 im Hamburger Kulturkeller „FOOLSGARDEN“.

Im Direktverkauf aus der Hand an den Kulturverbraucher streicht dieses Ungeziefer 8,— DM pro Kassette ein. Bei Versand werden 10,— DM einschl. Verpackung und Porto berechnet (als Schein oder Briefmarken beigelegt, Euroscheck pi pa po). Achtung! Begrenzte Auflage, da alles wie immer im Eigen- und Selbstverlag.

„ER HAT VORSCHLÄGE GEMACHT. WIR HABEN SIE ANGENOMMEN.“

Die Gedichte von Bertolt Brecht

Kein Verlag hat wohl jemals einen Autor so gründlich ausgebeutet wie der Suhrkamp Verlag seinen Bertolt Brecht. In immer neuen Zusammenstellungen wirft er die Werke des Meisters auf den Markt. Das jüngste Produkt des verlegerischen Kalküls: „Die Gedichte von Bertolt Brecht.“ Man hat den fertigen Satz aus den drei Gedichtbänden der Werkausgabe übernommen und auf ein Oktav-Format verkleinert. So liegt nun also ein neues Brecht-Buch vor: klein und handlich, 1388 Seiten in einem weinroten Leinwandband.

Aber was soll's. Dem Leser immerhin beschert das Suhrkamp'sche Kalkül das komplette lyrische Werk des großen sozialistischen Dichters zu einem annehmbaren Preis: und da sollte jeder, der Brechts Gedichte nicht schon in anderen Ausgaben besitzt, auf der Stelle zugreifen.

Denn dieser handliche Band ist wahrhaftig eine unvergleichliche Fundgrube. Brecht selbst hat 1927 in einer Polemik gegen zeitgenössische Gedichtemacher den Anspruch erhoben, die Lyrik müsse „zweifelloso etwas sein, was man ohne weiteres auf den Gebrauchswert untersuchen können muß.“ Seine Gedichte bestehen eine solche Untersuchung mit Glanz. Und das gilt nicht nur für das Spätwerk des Dichters der Arbeiterklasse, sondern durchaus auch schon für seine Anfänge.



Brecht nimmt den Stalin-Friedenspreis entgegen (1955)

Es ist erstaunlich, mit welchem Vergnügen und mit welchem Nutzen man die frühen Gedichte Brechts auch heute noch lesen kann. Das erklärt sich sicher nicht zuletzt dadurch, daß dieser Poet von Beginn an eine tiefe Abneigung gegen alle literarischen Moden hegte. So finden wir in seinen frühen Gedichten auch weder die unvermeidliche Glätte noch das oft hohle Pathos der Expressionisten wie in den heute kaum noch verdaulichen Werken seiner Zeitgenossen.

Brecht schuf sich seinen eigenen Stil, seine eigene Sprache und auch seine eigenen Traditionen. Er verarbeitete die Gedichte des großen plebejischen Lyrikers des Mittelalters, François Villon, Balladen von Wedekind, Gedichte von Rimbaud, aber auch Moritaten, Volkslieder und in immer neuen Parodien die religiöse Erbauungslyrik. Bezeichnend für den frühen Brecht ist auch die Tatsache, daß er beim Volkskomiker Karl Valentin in die Schule ging, dessen hintergründiger Humor von den „großen“ Dichtern jener Zeit allenfalls als Jahrmarktsklamauk wahrgenommen wurde.

Das KPD-Organ „Rote Fah-

ne“ hatte schon 1927, beim Erscheinen der ersten Gedichtsammlung Brechts — der „Hauspostille“ — die überragende Bedeutung dieses jungen Lyrikers erkannt, ihm jedoch eine gewisse „Schnapseligkeit“ in seinen Gedichten vorgeworfen. Tatsächlich fließt der Schnaps reichlich in Brechts frühen Balladen, in denen oft gesellschaftliche Außenseiter (oder Aussteiger, wie man heute sagen würde) besungen werden, die den bürgerlichen Konventionen ihren individuellen Glücksanspruch entgegenzusetzen. Brecht verhöhnt diese Konventionen, entlarvt ihre Verlogenheit. Seine frühe Lyrik, die heute noch durch ihre Kraft, ihre durch und durch antisentimentale und illusionslose Haltung besticht, ist aber noch ohne innere Bindung an die wirklichen Gegenkräfte innerhalb der verachteten bürgerlichen Gesellschaft — die Millionenmassen des Proletariats.

„Ich diene dem Befreiungskampf des Proletariats“

Als die erwähnte Kritik an der „Hauspostille“ in der „Roten Fahne“ erschien, befand sich Brecht jedoch schon in einem tiefgreifenden Wandlungsprozeß. 1926 hatte er in „Kohlen für Mike“ zum ersten Mal ein Thema aus dem proletarischen Klassenkampf zum Thema eines Gedichts gemacht: Es geht um

Ich diene als Dichter dem Befreiungskampf des Proletariats.“

Nun entstehen Chroniken in einem ganz neuen Stil, wie beispielsweise „Die Teppichweber von Kujan-Bulak.“ In freien Rhythmen gestaltet Brecht die Geschichte eines Arbeiterkollektivs in der Sowjetunion, das eine Geldsammlung organisiert, um Lenin durch das Aufstellen einer Büste zu ehren. Als aber die Kopeken zusammengetragen sind, macht der Rotarmist Stepa Gamalew den Vorschlag, für das Geld Petroleum zu kaufen, um damit einen nahegelegenen Sumpf trockenzulegen, der immer wieder eine verheerende Fieberkrankheit unter den Teppichwebern erzeugt. Und so geschieht es. Typisch für Brecht die dialektische Schlußfolgerung: „So nutzten sie sich, indem sie Lenin ehrten, und / Ehrten ihn, indem sie sich nützten, und hatten ihn / Also verstanden.“

Brecht beginnt nun auch, seine berühmten Massenlieder zu schreiben, die in einprägsam formulierten Reimen wesentliche Lehren des Klassenkampfes ausdrücken und teilweise fast wörtlich Zitate der Klassiker verarbeiten („Es kann die Befreiung der Arbeiter nur / Das Werk der Arbeiter sein.“). Nicht zuletzt der packende Rhythmus dieser Lieder, in denen der Marschschritt der Arbeiter anklingt — verstärkt noch durch

schen Alltags unter den Bedingungen der tiefen wirtschaftlichen Krise, und unmittelbar aus diesem elenden Alltag erwächst ein echter und völlig unpathetischer Heroismus: „Als ich dich in meinem Leib trug / Sprach ich leise oft in mich hinein: / Du, den ich in meinem Leibe trage / Du mußt unaufhaltsam sein.“

„Wirklich, ich lebe in finsternen Zeiten!“

Als das deutsche Finanzkapital seine faschistische Diktatur einrichtete, gehörte Bertolt Brecht zu denen, die ins Exil gejagt und später ausgebürgert wurden. Aber auch das Elend des Exils, das ihn von seinem Volk trennte, konnte den großen proletarischen Dichter nicht zum Verstummen bringen. In Dänemark entstand eine neue Lyrik-Sammlung, die „Svendborger Gedichte“. Im ersten Teil dieser Sammlung, der „Deutschen Kriegsfiel“, hat Brecht wiederum neue Ausdrucksformen gefunden. In äußerster Verknappung der Sprache werden in diesen Gedichten scheinbar widersprüchliche Tatbestände in einer Montage zusammengefaßt. Zum Beispiel:

„Wenn die Oberen vom Frieden reden / Weiß das gemeine Volk / Daß es Krieg gibt.“

Wenn die Oberen den Krieg verfluchen / Sind die Gestellungsbefehle schon ausgeschrieben.“

Gerade die kommentarlose Benennung solcher Widersprüche (Friedensparolen — Kriegsvorbereitungen) ist darauf berechnet, beim Leser Überlegungen auszulösen und Denkprozesse in Gang zu bringen, die über das Gedicht hinausgehen. Bezeichnend ist dabei für Brecht die Tatsache, daß er auch den Boden benennt, von dem aus kritischer Widerstand gegen die Demagogie der Nazis entwickelt werden kann: nämlich die Erfahrungen des „gemeinen Volkes“ mit seinen Oberen.

In vielen anderen Gedichten aus der Svendborger Sammlung (das bekannteste in diesem Zusammenhang ist „Fragen eines lesenden Arbeiters“) entwickelt Brecht die Notwendigkeit eines radikal neuen Durchdenkens der Geschichte, und zwar vom Standpunkt der Interessen der Werktätigen aus. In der ganzen Zeit seines Exils war Brecht aktiv am Kampf gegen den Faschismus beteiligt, zu seinem wichtigsten Medium wurden dabei die Freiheitssender, die vor allem von der Sowjetunion aus nach Deutschland hineinstrahlten. In diesem Kampf zog sich Brecht jedoch nie auf die Positionen eines nur humanistisch geprägten Antifaschismus zurück — im Gegenteil: Die konkrete Propaganda für den Sozialismus bekommt in dieser Phase seines Schaffens neue Bedeutung. So zum Beispiel in der „Besitznahme der großen Metro durch die Moskauer Arbeiter am 27. April 1935“, einem chronikartigen Gedicht über die Fertigstellung der Moskauer U-Bahn, das mit den Zeilen schließt:

„Als wir sie fahren sahen in ihren Wagen / Den Werken ihrer Hände, wußten wir: / Dies ist das große Bild, das die Klassiker einstmal / Erschütterte voraus-sahen.“



Brecht in den zwanziger Jahren (Zeichnung von Sebba)

Über die eigene Situation im Exil hat Brecht in dem Gedicht „An die Nachgeborenen“ Auskunft gegeben, einem elegischen Gedicht von außerordentlicher Schönheit, das in der Klage über die „finsternen Zeiten“, in denen der Dichter lebt, ein Bild der ganzen imperialistischen Epoche entfaltet. Mit tiefer Ehrlichkeit spricht Brecht hier von sich als eines Menschen dieser Epoche, der den „Boden bereiten wollte für Freundlichkeit“, aber „selber nicht freundlich sein“ konnte. Schon in der Anrede an die Nachgeborenen aber weist das Gedicht über die Klage hinaus, und Brecht drückt seine unerschütterliche Gewißheit aus, daß diese Nachgeborenen eine Zukunft verwirklichen werden, in der „der Mensch dem Menschen ein Helfer ist.“

„Vor uns liegen die Mühen der Ebenen“

Nach der Befreiung vom Faschismus wurden im östlichen Teil Deutschlands die Grundlagen für eine solche Zukunft geschaffen. Und es stand von vornherein außer Frage, daß sich Brecht aktiv an ihrer Gestaltung beteiligen würde. Die von ihm so gern verwandte Kategorie der „Freundlichkeit“ gewinnt nun eine neue Bedeutung: Sie wird nun bewertet als eine Qualität der neuen gesellschaftlichen Verhältnisse. Unter diesen Bedingungen vollzieht sich in Brechts Lyrik ein weiterer Wandlungsprozeß. Verstärkt wird nun wieder auf volksliedhafte Elemente zurückgegriffen, werden Reime und regelmäßige Versmaße verwandt. Es ist bezeichnend für sein tiefes Verständnis von der gesellschaftlichen Aufgabe des Dichters, daß Brecht sich nun in vielen seiner von Heiterkeit und Harmonie geprägten Gedichte an die Jugend und an die Kinder wendet, um hier neue, dem sozialistischen System angemessene Verhaltensweisen zu verankern.

Die neue Sicht seiner Lyrik bedeutet nun aber nicht das Ende des Polemikers Brecht. Nach wie vor ist eine völlige Illusionslosigkeit und ein wirkliches Verständnis der gesellschaftlichen Entwicklungen kennzeichnend für ihn. Schon seine noch im Exil entstandene „Kriegsfiel“ hatte er — bezogen auf die Niederlage des Faschismus — mit den Versen abgeschlossen: „Ich wollte, daß ihr nicht schon fruchtbar noch, aus dem das kroch.“ Einige Jahre später war

es dann Brecht, der in seinem großen Gedicht „Der anachronistische Zug oder Freiheit und Democracy“ mit unerreichter Klarheit und Schärfe die Wiedergeburt des westdeutschen Teilstaates aus dem Geiste des Faschismus darstellte.

Aber auch sein Bild des nun entstehenden sozialistischen Staates im Osten Deutschlands war keineswegs durch Illusionen geprägt. „Die Mühen der Ebene liegen hinter uns / Vor uns liegen die Mühen der Ebenen“ — mit diesem Postulat war er aus dem Exil nach Deutschland zurückgekehrt. Und er stellte sich bewußt und aktiv der Bewältigung dieser neuen Mühen. In Gedichten wie „Brot des Volkes“ oder „An einen jungen Bauarbeiter der Stalinallee“ wandte er sich gegen Verfälschungen des Sozialismus, vor allem gegen die Tendenzen einer Trennung der Partei von den Volksmassen. Typisch für die treffende Polemik Brechts ist hier beispielsweise das Gedicht „Nicht feststellbare Fehler der Kunstkommission“:

„Geladen zu einer Sitzung der Akademie der Künste / Zollten die höchsten Beamten der Kulturkommission / Dem schönen Brauch, sich einiger Fehler zu zeihen / Ihren Tribut und murmeln, auch sie / Zeigten sich einiger Fehler. Befragt / Welcher Fehler, freilich konnten sie sich / An bestimmte Fehler durchaus nicht erinnern. Alles, was / Ihnen das Gremium vorwarf, war / Gerade nicht ein Fehler gewesen, denn unterdrückt / Hatte die Kunstkommission nur Wertloses, eigentlich auch / Dies nicht unterdrückt, sondern nur nicht gefördert. / Trotz eifrigsten Nachdenkens / Konnten sie sich nicht bestimmter Fehler erinnern, jedoch / Bestanden sie heftig darauf / Fehler gemacht zu haben — wie es der Brauch ist.“

So war Brechts Lyrik stets von dem „Gebrauchswert“, den er als junger Dichter von jedem literarischen Werk gefordert hatte. Brecht selbst war sich dessen durchaus bewußt. In einem seiner letzten Gedichte heißt es:

Ich benötige keinen Grabstein, aber
Wenn ihr eine für mich benötigt
Wünschte ich, es stünde darauf:
Er hat Vorschläge gemacht.
Wir
haben sie angenommen.
Durch eine solche Inschrift
würden
Wir alle geehrt.

Bertolt Brecht: Die Gedichte. Suhrkamp Verlag 1981. (1388 Seiten, DM 25,—)

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL SAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 44, 30 Ekim 1981

Yıl: 15

1 DM

Devlet bütçesinde milyarlarca açık var

Sosyal hakların daha da kısıtlanması isteniliyor

Bonn Hükümetinin tasarruf politikasına karşı mücadele yükseltilmelidir!

BONN. — Federal Maliye Bakanı Matthöfer'in gelecek yılki bütçe planını açıklamasından bu yana aradan kısa bir zaman geçmesine rağmen, plandaki tüm yapılan hesaplamalar bir tarafa atılarak, devlet bütçesinde yeni milyarlarca açığın olduğu tesbiti yapılmaktadır. Gene bu açıklığı kapatmak için Almanya'daki yerli ve yabancı emekçilerden "kemerleri daha da sıkmaları" istenilmektedir.

Maliye Bakanı Matthöfer'in gelecek yıl için hazırladığı plandaki rakamların gerçeğe uygun olmadığını daha tartışmalar hükümetteki koalisyon partileri arasında sürdürülürken ortaya koymuştuk. Örneğin Matthöfer'in hesaplamasına göre 1982 yılı için işsizlik oranının 1,4 milyon civarında olacağı belirtilmekteydi. Bugün ise bu rakamın doğru olmadığı ve işsizliğin en az 1,55 milyona ulaşacağı söylenilmektedir. (Partisinin elemanları ile yaptığı gizli bir görüşmede Başbakan Schmidt ise bu sayının 2 milyonun üzerinde olacağını belirtmekteydi.)

Aynı şekilde ekonomik gelişme oranı da Matthöfer'in yaptığı tespitlerin çok altında. Matthöfer geçen hafta yaptığı bir açıklamada, 1981 yılı bütçesinde 4 milyar açığın ve 1982 bütçesinde ise yaklaşık olarak 8 milyar açığın olduğunu belirtti. Gazetemiz baskıya verilirken henüz koalisyon partileri arasındaki görüşme devam etmekteydi ve görüşmelerin sonuçları henüz açıklanmamıştı. Ancak buna rağmen gelişmelerin hangi yönde olacağını söyleyebiliriz. Herşeyden önce bütçedeki milyarlarca açıklığı kapatmak için kimlerin kasaya çağırılacağı bugünden açıktır. Çünkü hiç bir

politikacı kapitalistlerin bu açıklığı kapatmaları için seferber edilmelerini veya silahlanma giderlerinin düşürülmesini zerre kadar dillerinin uçları ile bile söylemedi.

Öyleyse bu açıklığı kapatmak için gene işçi sınıfı ve emekçi halk "kemerleri daha da sık-maya" çağırılacaktır. Ve gerçek durumda bundan ibarettir. Tüm Bonn'daki partiler sosyal hakların kısıtlanması için ikinci bir turun yapılmasını talep etmekte. Kapitalistler ve onların Bonn'daki partileri emekçilerin ceplerindeki son kuruşlarını da vermelerini istiyorlar.

Örneğin SPD madeni ve yakma yağlarının vergilerinin yükseltilmesini talep etmektedir. Buna karşılık FDP partisi ise annelik yardımının azaltılmasını, işsizlik sigortası aidatlarının yükseltilmesini istemektedir.

Diğer yandan CDU/CSU partileri daha ileri giderek emekçilerin sosyal haklarının tamamen yağmalanmasını talep etmekte. Onlar bununla da yetinmeyip küstahça halkın tasarruf etme isteklerinin olduğunu söyleyebiliyorlar.

CDU/CSU partilerinin daha ileri giderek böylesi bir şeyi iddia etmelerine, DGB sendika-

sının şimdiye kadar emekçilerin sosyal haklarına girişilen saldırılarına karşı yeterince kararlı ve uzlaşmaz eylemlere kitleni seferber etmemesinden kaynaklanmaktadır.

Bundan dolayı sosyal haklara yapılan saldırılara karşı direniş eylemleri genişletilmelidir. Bunlar sadece bir uyarı grevi ve benzeri bir iki eylemle sınırlı kalmamalıdır. Kitleler sendikalar tarafından direnişler için harekete geçirilmelidir. İşte bu nedenle sosyal hakların kısıtlanmasına karşı geniş bir sendikal mücadele cephesinin örgütlenmesi gerekmektedir.

Münih'te Nazi faşistleri tutuklandı

MÜNİH. — Geçen hafta Münih-Waldperlach'ta polisler girdikleri bir çatışmanın ardından bir kaç Nazi faşisti tutuklandı. Çatışmadan sonra Münih polisi faşist "Almanya Halk Sosyalist Hareketi (VSBD)" başbuğu Friedhelm Busse'yi de tutukladı. Polisler sürdürülen çatışmanın ardından yakalanan faşistler, "VSBD" başbuğunun evinde yeni katliam planları hazırlamak ve bir banka soygununu planlamak için toplanmışlardı.

Polisler girdikleri çatışmanın sonucu iki Nazi faşisti K. Ludwig Uhl ve Kurt-E. Wolfram öldüler. Onlar öldükten önce tutuklanmalarını önlemek için polisler üzerine bir el bombası atıyor ve ateş açıyorlar.

Faşistlerin arabalarında makinelik tüfek, çeşitli tipte silahlar ve el bombaları bulundu. Ayrıca başbuğunun evinde de 11 kutu patlayıcı madde ve cephaneye geçildi.

Tutuklananlar arasında faşist Peter Hamberger de bulunmaktadır. Peter Hamberger yakın zamanda Lübnan'dan, faşist yandaş Hepp ile geri dönerek mahkemede verdikleri ifadeleri ile faşist Hoffmann'ın tutuklanmasını sağlamışlardı. Hamberger daha evvel Hoffmann'ın çetesinin üyesiydi.

Diğer yandan olayın ardından açıklama yapan Federal Cumhuriyet Savcısı Rebmann, faşist "VSBD" örgütünün bir cinayet şebekesi "olabileceği şüphesinin" olduğunu belirtti. Ayrıca Baviera İçişleri Bakanı Tandler de eski söylediklerini unutarak, bu olayla aşırı sağa



ADN bürosu işgal edildi. Geçen hafta DDR'deki tutuklu Komünistlerle Dayanışma Komitesi'nin üyeleri Doğu Almanya'nın Bonn Basın Evindeki Haber Ajansı (ADN) bürosunu işgal ettiler. Daha sonra eylemin yapıldığı büroya çağrılan polisler işgalcileri dışarı çıkarttılar. Ancak DDR'deki siyasi tutuklularla yapılan bu dayanışma eylemi tüm basında büyük yankı yaptı. Aynı zamanda bu eylemi Doğu Alman televizyonu ve SED partisinin Merkez Yayın Organı "Neues Deutschland" da eyleme saldıracak yayınladı. Fakat DDR'de siyasetle ilgilenen her kişi için ne kadar işgalcilere saldırırsa saldırınsınlar, böylece Doğu Almanya'da işçi sınıfının kurtuluşunu savunduklarından dolayı ilk kez komünistlerin de hapiste olduğunu öğrenmiş olacaktır.

Yaşasın Arnavutluk Sosyalist Halk Cumhuriyeti

Arnavutluk Emek Partisi 8. Kongresini yapıyor

TİRAN. — Gelecek hafta Pazar günü Arnavutluk Sosyalist Halk Cumhuriyeti'nin başkenti Tiran'da Arnavutluk Emek Partisi'nin 8. Parti Kongresi başlayacak. Arnavutluk tarihinde önemli bir günü simgeleyen, 8 Kasım'da sona erecek olan bu Kongre'ye misafir olarak Almanya Komünist Partisi (KPD) Başkanı Ernst Aust yoldaşın önderliğinde bir delegasyon katılacak.

Arnavutluk Emek Partisi'nin 8. Kongresi'nin sona ereceği gün 8 Kasım, Arnavutluk halkının mücadele tarihinde önemli bir olayı ima etmektedir. Bugün şanlı Arnavutluk Emek Partisi (eski adı Arnavutluk Komünist Partisi)'nin 40. Kuruluş Yıldö-

nümüdür. Bugün, Arnavutluk halkı kendilerinin kurtuluş mücadelesine önderlik etmiş ve bugünde sosyalist toplumun inşasına önderlik eden şanlı Parti'lerinin 40. yıl dönümünü kutlayacak. 8. Kongre sona erdiğinde kardeş Arnavutluk Emek Partisi böylece şanlı ve kahramanlık mücadele örnekleri ile dolu tam 40 yılı geride bırakmış olacak. Ve unutulmayacak başarılı bu mücadele tam 40 yıllık AEP'nin faaliyetinin bilançosunu ortaya koyacaktır.

Bundan 37 yıl önce başında Enver Hoca yoldaşın bulunduğu şanlı Arnavutluk Emek Partisi, Arnavutluk halkının İtalyan ve Alman faşist işgalci güçlerine karşı kurtuluş mücadelesine önderlik ederek bağımsızlık mücadelesini zaferle taçlamıştı. Kurtuluşun sona AEP Sosyalist Toplumun İnşası için temel esasları oluşturdu ve Arnavutluk'ta olduğu gibi enternasyonal alanda da revizyoniz-

min her türüne ve her türlü şapmaya karşı kararlı ve ilkeli bir mücadele sürdürdü ve hala sürdürmektedir.

Arnavutluk Emek Partisi'nin 8. Kongresi emperyalist ve revizyonist ülkelerde ekonomik ve siyasi buhranın giderek derinleştiği, başını ABD ve Sovyetler Birliği'nin çektiği NATO ve Varşova Paktı arasındaki çelişkilerin keskinleştiği ve iki süper devletin saldırgan paktları aracılığıyla dünya halklarını 3. bir dünya savaşının eşğine sürüklemey çalıştığı bir dönemde yapılmaktadır.

Kapitalist revizyonist ülkelerde çılgınca silahlanma için işçi sınıfının ve emekçi halkın kazandığı tüm sosyal haklar kısıtlanır ve buhranın tüm yükü işçi sınıfı ve emekçi halkın omuzlarına yıkılmaya çalışılırken, diğer yandan Arnavutluk Sosyalist Halk Cumhuriyeti'nde ekonomi düzenli bir gelişme göstermekte, halkın refahı artmakta ve proleter demokrasi daha da genişlemektedir.

Yaşasın AEP'nin 8. Parti Kongresi!

Yaşasın Arnavutluk Sosyalist Halk Cumhuriyeti!

Yaşasın Proletarya Enternasyonalizmi!

(„8. Parteitag der PAA einberufen“)

Avrupa'da barış hareketi giderek büyüyor



Londra'da binlerce insan barışın korunması için yürüdü.

Hafta sonuna doğru Avrupa'nın bir çok şehri barış eylemlerine sahne oldu. 200000 savaşa karşı insan Roma'da, 25000 Londra'da, 50000 Paris'te, 50000 de Doğu Almanya'nın Potsdam şehrinde atom silahlanmasına ve savaş hazırlıklarına karşı yürüdüler.

Fransa ve İtalya'daki yürüyüşlerde revizyonist partilerin büyük etkinliği olmasına rağmen, yürüyüşe katılan kitle Amerikan ve aynı zamanda Sovyet atom silahlarına karşı pankartlar taşıymaktaydılar.

Sosyal hakların kısıtlanmasına ve çılgınca silahlanmaya karşı KPD'nin düzenlediği toplantılara katılalım!

Dortmund: 30. 10. 1981 tarihinde saat 19.30'da Haus Göbeln'de, Schützenstr./Feldherrnstr.

Kempten: 2. 11. 1981 tarihinde saat 20.00'de Kronenstüble, Kleiner Kornhausplatz 3

Köln: 20. 11. 1981 tarihinde saat 19.00'da Mathildenhof'da, Köln-Deutz, Mathildestr.

Reutlingen: 3. 11. 1981 tarihinde saat 19.30'da Gaststätte Ringelbach'da Ringelbachstr. 89

Stuttgart: 6. 11. 1981 tarihinde saat 20.00'de Gaststätte Fridenau'da, Rotenbergstr. Stuttgart Ost.

Weinheim: 6. 11. 1981 tarihinde saat 20.00'de Gaststätte Weschitztal'da, In der Birkenauer Talstr. 57

Batı Berlin: 13. 11. 1981 tarihinde saat 19.00'da Tarantal, Neukölln Karl-Marx-Str. 131 (U-Bahn Karl-Marx-Str.)

Bremen: 6. 11. 1981 tarihinde saat 20.00'de Gaststätte Ede'de Thedinghauser/Gottfried Menkenstr'nin köşesi

Hamburg: 5. 11. 1981 tarihinde saat 19.00'da Gaststätte Jarrestadt, Jarrestr. 27 Hamburg 60

Karlsruhe: 11. 11. 1981 tarihinde saat 20.00'de Linkskurve kitabevinde, Goethestr.

VDM firmasındaki işgal eylemi sona erdirildi.

VDM işçilerinin mücadele örneği, politik bir patlayıcı maddeyi özünde taşımaktaydı.

FRANKFURT. — Geçtiğimiz hafta Pazartesi akşamı saat 18'de VDM firmasında işyerinin işgali sona erdirildi. Saat 18.00'den sonra firmanın tüm giriş kapıları açıldı. İşçilerin bir hafta boyunca sürdürdükleri mücadeleleri sendika ve VDM patronlarının yüreklerine korku saldı. İşte bu nedenle de geçen sayımızda da belirttiğimiz gibi İG Metall sendika patronları işgal eyleminin yanında yer alıp, onu işyerlerinin korunması mücadelesine dönüştürmek yerine, patronların işyerlerini imha etmelerini destekleyerek bir an evvel grevde olan işçi arkadaşların mücadelesini bölmeye ve onları üç beş kuruşluk sosyal planın hazırlanması ile "memnun etmeye" çalıştı. İG Metall sendika patronları VDM patronları ile elele vererek bu mücadeleyi bölmeyi başardılar.

Bir hafta boyunca Hedderheim'daki VDM firmasında sürdürülen işgal eylemi Pazartesi günü sona erdirildi. İşgal eyleminin sona erdirilmesinde İG Metall sendika patronları baş rolü oynadılar. Patronların ve sendika patronlarının yüreklerine korku salan bu eylem üzerine, partimiz KPD'nin Frankfurt'ta eylemin sona erdirilmesinden sonra VDM firmasının önünde dağıttığı ve sendika patronlarını teşhir eden bildirisini aynen yayınlıyoruz:

"İşçi arkadaşlar, durum ilk hamlede Ratjen ve şürekasının (VDM firmasının Yönetim Kurulu üyesi) Frankfurt'ta işyerlerini sistematik bir şekilde imha etmede birinci turu kazandıkları gibi görünmektedir. Ancak onlar rüyalarında bile 40 milyon DM'li sosyal plan için vereceklerini dahi hayal etmemişler. İşte bu nedenle kapitalistlere bu konuda diğerleri tarafından akıl verilmesi sorunu ancak işyerinin işgal edilmesi eyleminin yol açtığını söyleyebiliriz. Fakat buna rağmen şunu sormalıyız: Buna raşi tavrimiz ne olmalıdır?

İşgal eylemi sürerken Federal Almanya'da basın VDM işçi ve emekçilerinin bu muazzam mücadeleleri üzerine büyük bir suskunluk içerisindeydi. Basının bu tavrı hiç bir şekilde tesadüf bir şey değildi. Aksine bu

suskunluğun çeşitli nedenleri vardı. Patronlar bu işgal eyleminin önemini çok iyi bilmekteydiler. Çünkü bugün VDM'de yaptıklarını Almanya'nın bir çok şehrindeki firmalarda planlamak ve uygulamaktadırlar. Ve tüm fabrikalarda, ister çelik sanayiinde, isterse başka alanlarda olsun, hepsinde de işçi arkadaşlar arasında işyerlerinin imha edilmesine karşı nasıl durulabileceği yoğun bir şekilde tartışılmaktadır.

Bunun için VDM firmasındaki işçilerin mücadele örnekleri her tarafa yayılmış olsaydı, ne gibi bir etki yaratmış olabileceğini beş parmakla da sayabilirdik. Bu mücadele, örneği olmayan bir politik patlayıcı maddeyi özünde taşımaktaydı! Bir hafta boyunca küçük Hedderheim'de VDM işçileri Federal Almanya'da işyerlerinin yok edilmesine karşı sürdürülen mücadelenin başını çekmekteydiler. Patronlar VDM örneğinin bir mücadele okulu olacağından korkmaktaydılar. İşte tamda bu VDM emekçilerinin kaderini belirleyebildi.

"İşyerinin korunması" talebi temelinde, işyerlerinin imha edilmesi ile tehdit edilen bir çok kadın erkek işçi arkadaşların giderek artan ortak çıkarları için ortaklaşa hareket etmelerine yol açabilirdi. Patronların vahşi politikalarına karşı

geniş bir cephenin oluşturulmasının sağlanıp sağlanamayacağı, hangi hedef doğrultusunda adım atıldığına bağlıdır. Bu hedefinde ne olduğu açıktır. İş yerlerinin uzlaşmaz bir şekilde savunulması. Eğer mücadele sosyal plan için sürdürülüyorsa, böylece daha başlangıçta işyerlerinin imha edilmesinin kaderi çizilmiş olduğu açıktır. Diğer yandan, emekliliğe ayrılmaları az bir süre kalmış işçileri bir tarafa bırakırsak, sosyal planda öngörülen 100.000 DM tazminatı bir işçinin geçimini uzun vadede garanti altına alamayacaktır.

Ayrıca daha evveli dağıttı-

ğımız bildiride de işaret edildiği gibi, Frankfurt'ta metal dalında da yeni bir işyerinin bulunmasının hemen hemen hiç bir imkânın olmadığı da hesaba katılmalıdır.

Ancak VDM işçileri hangi gücün işçilerde olduğunu ispatladılar. Ve patrollerin bellerinin nasıl duvara yaslanabileceğini gösterdiler. Bu mücadelenin işyerlerinin savunulmasına yetmemesi ilk hamle de VDM emekçilerine bağlı değildir. Bunun sorumlusu başkalarıdır.

İşçi arkadaşlar, sosyal plan anlaşmasının sona erdirilmesinden sonra İG Metall sendikası-ndan Rüksamen şunları söyledi:



VDM işçileri işgal ettikleri işyerinin önünde.

"Eğer patronlar işyerlerinin imha edilmesini yoğun bir şekilde sürdürürlerse sosyal planlarla kandırılmaya artık mücadele edemeyiz.

Tabii Rüksamen arkadaş! Evet şimdilik Adler firması sırada! Ancak burada ise daha yapılması gereken çok şey vardır! Burada da İG Metall gerçekten ne kadar samimi olduğunu ispatlamış olur!

İşçi arkadaşlar, şüphesiz KPD'nin amacı sendikaya karşı kışkırtma değildir. Ancak bir çok sıradan İG Metall üyesi-biz komünistlerde olduğu gibi-İG Metall Yerel Yönetimi hakkında tamamen farklı düşümler. Şu sorunun sorulmasına herhalde izin verilir. Şimdilik şunu sormak lazım: İG Metall Yerel Yönetim Kurulu ve bazı işyeri işçi temsilcileri ADLER ve VDM firmasının durumunda iş yerlerinin korunması için karar-

den hemen bir sosyal plan anlaşmasına başladılar? Diğer yandan şu soru sorulmalı: Yerel Yönetim Kurulu ve bazı işyeri temsilcileri neden VDM ve Adler firması işçilerinin ortaklaşa mücadele etmelerini başından sabote ettiler?

Ayrıca VDM işçileri mücadeleden, neden İG Metall Yerel Yönetimi Frankfurt metal işletmelerinin dayanışmasını teşvik etmek için kayda değer hiç bir eylem yapmadı?

Bir çok işçi, özellikle de yaşlı işçiler çeşitli tartışmalarda "Eğer İG Metall çok önceden bir işgal eylemini hazırlamış olsaydı, bugün VDM firmasındaki işyerlerini savunmak için bir imkânımız olurdu" diye söylüyorlardı! İşte tamda sorunu bu nokta oluşturmaktadır. İG Metall Yerel Yönetim Kurulu sürekli elinin kolunun bağlı olduğunu, bir şeyin yapılamayacağını ve işçi arkadaşların eylemlere katılmayacağını söylemekteydi. Diyelim ki, durum bundan ibaretti. Ancak buna rağmen, yani VDM işçilerinin büyük çoğunluğu giriş kapılarını işgal etmeye hazır olmasa bile İG Metall Yerel Yönetim'nin görevi, işçi arkadaşları ikna etmek için çaba sarfetmesiydi. Aksine onlar tam tersini yaptılar. Yerel Yönetim'den Otto böyle bir işgal adımına karşı çıktı! Eğer İG Metall, işçileri sendikal mücadeleye seferber etmek için tüm gücünü harekete geçirseydi, bugün VDM emekçilerinin işyerlerinin savunulması mücadelesi başarısız olmazdı! Ve sadece VDM işçilerinin değil!

İşte İG Metall sendikasının VDM işçilerinin mücadelesini bölmeye yönelik bu adımı geçen sayımızda ayrıntılı olarak ele almıştık. İG Metall sendikası yaptığı eski sosyal plana oranla biraz daha iyi olan üç beş kuruşluk sosyal plan anlaşması ile VDM emekçilerini sattı. Çünkü VDM emekçileri bu üç beş kuruşluk yeni anlaşmayla, işyerlerinin korunması sağlanmadığı gibi, Frankfurt'ta olan işsizlik dolayısıyla yeni işyeride bulamayacaklardır. Tüm işçi arkadaşlar İG Metall sendika patronlarının bu adımlarından ders çıkarmalı ve gelecekte işyerlerinin tavizsiz savunulması için daha da kararlı mücadele sürdürmeli, sendika patronlarının mücadeleyi bölmeye yönelik adımlarına karşı uyanık olmalı ve bu adımları boşa çıkarılmalı.

(„VDM-politischer Sprengstoff...“)

60 yaşında emekliye ayrılmalıdır!

Hiç bir sosyal haktan vazgeçilmemelidir!

Nihayet uzun zamandan beri devrimci sendikacıların ileri sürdüğü ve gerekli olan emekliye ayrılma yaş oranının düşürülmesi talebini İG Metall Yönetim Kurulu da gündemine aldı. İG Metall'in bu adımı, her iki işçi arkadaştan birinin bugünkü koşullarda emekliye ayrılma yaşına varmadan işgücünün yetmediği ve sihhat açısından işten ayrılmak zorunda kaldığı gerçek dolayısıyla (ki bir çok işçi arkadaş da emekliye ayrılma yaşına girmeden vefat etmektedir) selamlanması gereken bir adımdır.

Bu talebin gerçekleştirilmesi için toplu sözleşmelerde bir adım atılmasını mı? Daha evveli hastalık durumunda ücretin ödenmesini sağlamak için de bu yol seçilmişti. O zaman Schleswig-Holstein metal işçileri şanlı grevleri ile bu hakkın toplu sözleşme anlaşmalarında karara bağlanmasını elde ettiler.

Şüphesiz diğer yandan şu da gereklidir. İnsancıl olmayan çalışma koşullarına karşı da mücadelenin sürdürülmesi ve bunların düzeltilmesi gerekmektedir. Çünkü daha altmış yaşına girmeden işten ayrılmayı zorunlu olarak gerektiren ve sakatlığa yol açan nedenler bunlardır. Ancak diğer yandan tekniğin ilerlediği, emeğin verimliliğinin arttığı bir dönemde niçin yıllar boyunca ağır şartlar altında çalışan işçi ve emekçiler dinlenmek için 60 yaşında

emekliye ayrılmasınlar ki?

İşte bu nedenle bizce İG Metall Yöneticileri gelecek toplu sözleşmede ücret turlarına yönelik belirledikleri hareket çizgisi konusunda muhakkak kendilerinin görevinin ne olduğuna zorlanmalıdırlar.

Bu görüşmelerinde Loderer, Janssen gibi sendika patronları emekliye ayrılma talebinin toplu sözleşme anlaşmalarında karara bağlanması gerektiğini, ve bu talep kadar veya en azından bundan daha da önemli ve vazgeçilmez bir takım taleplere karşı kullanmaya çalışmaktadırlar. Loderer ve onun gibi bazı sendika patronları 60 yaşında emekliye ayrılma talebinin gerçekleştirilmesine karşı gerçek ücret artışı talebinin düşük tutulmasını istemektedir. Ancak Loderer ve Janssen'in bu adımları daha şimdiden bir çok

sendika üyesinin ve elemanlarının yoğun eştirileri ile karşılaşmıştır.

Ancak bu noktada oldukça büyük çaba harcanmalıdır. Hiç bir şekilde sendika patronlarının oyununa gelinerek, bir talebe karşı diğer bir talebin alternatif olarak ileri sürülmesinden kaçınılmalıdır!

Şu nokta açık olmalıdır ki, hiç bir şekilde bir talebin diğer bir talebe karşı kullanılmasına ortam yaratılmamalıdır. Hiç bir şekilde ücret talebinin düşük tutulmasına izin verilmemelidir! Gerçek ücretlerin teminat altına alınması, tüm mücadele gücünün harekete geçirilmesini gerektiren ve vazgeçilmeyecek bir kısmi hedeftir. Diğer yandan tam ücret karşılığı 35 saatlik iş haftası talebinin ileri sürülmesine gelince, bu talep emekliye ayrılma yaşının düşürülmesi talebinden bağımsız olarak ele alınarak sendikal toplu sözleşme politikasının bir ana hedefi olmalı ve böyle bir hedef olarak kalmalıdır. Çünkü bugünkü koşullarda 35 saatlik iş haftası talebi ile emekliye ayrılma yaşının düşürülmesi iki ayrı konuyu olan sorunlardır. Bugün tam ücret karşılığı 35 saatlik iş haftası talebi ayrıca artan işsizliği önlemek için de iş piyasasın-

da siyasi etkisi olan bir araçtır.

Bu doğrultuda her üç talep de gerekli birer taleptirler. Şüphesiz her üç talebin de gerçekleştirilmesinin ortamı vardır. Çünkü bu taleplerin gerçekleştirilmesi bizim sürdürdüğümüz mücadele metodlarına, mücadelenin kararlı bir şekilde sürdürülmesine ve tüm işçi ve emekçi arkadaşların bu doğrultuda harekete geçirilmesine bağlıdır. Ve bu toplu sözleşmelerde sürdürülecek kararlı ve uzlaşmaz bir mücadele işçi sınıfının mücadelesinin yaygınlaşmasını bir taraftan sağlarken, diğer taraftan da yaygınlaşan bu mücadele ile patronlar bir takım tavizler vermeye, aynı şekilde emekliye ayrılma yaşının düşürülmesi doğrultusunda da zorlanabilirler. Böylece bir adım mümkün olmayan bir adım değildir. Yeterki sendikalar tarafından işçi ve emekçiler mücadeleciler eylemler için harekete geçirilsinler. Aynı şekilde başarılı toplu sözleşme turunun sağlanması tam ücret karşılığı 35 saatlik iş haftası talebinin gerçekleştirilmesi doğrultusunda da mücadeleye yeni canlılık kazandırır.

(„Tarifrente ja-aber ohne Verzichtleistungen“)

lı ve uzlaşmaz mücadeleyi neden başından örgütlediler? Gene aynı şekilde yerel yönetimin ve bazı işyeri işçi temsilcilerinin VDM ve ADLER firması sorununda işyerlerinin savunulması için gerçekten, etkili eylemleri başlatma adımı atmadan ne-

Alman-Arnautluk Dostluk Cemiyeti e. V. (DAFG) 21 Kasım'da Dortmund'ta Dostluk Gecesi düzenliyor

Yer : Parkhaus Barop, Stockumer str. 241.

Saat: 16.00'dan itibaren

Ulaşım: (Hauptbahnhof'tan 401, 403 ve 407 numaralı tramvaylara binerek Reinoldikirche'de 402 numaralı tramvaya aktarma yapıp Dortmund-Barop'ta inin)

Giriş bileti: 2 DM, biletler önceden cemiyetin tüm gruplarından ve doğrudan sekreterlikten alınabilir. Gişede biletler 3 DM'tir. Program: Arnautluk üzerine film gösterisi, resim sergisi, Arnautluk'tan davetli misafirlerin mesajları, cemiyet Başkanı ması (yazar), "Blinkfuer Grubu" Arnautluk türkülerini söyleyecek ve halk oyunlarını oynayacak.

Almanya-Arnautluk Futbol karşılaşması 18 Kasım 1981'de Dortmund'ta

Yer : Westfalen Stadyumun'da

Oyun saat 15.25'te başlayacak

DAFG Sekreterliği'nden oyunu seyretmek isteyen üyeler ve Arnautluk yanlılarının oyun başlamadan evvel nerede buluşacaklarını telefon ederek öğrenebilirler.

DAFG'nin telefon numarası: 040-850 2736

Brejnev Bonn'u ziyaret edecek

22 Kasım'da Bonn'da Brejnev'e karşı düzenlenen barış yürüyüşüne katılalım!

Brejnev'in Almanya ziyareti dolayısıyla çeşitli örgütler biraraya geldiler. Ve Brejnev'e karşı bir yürüyüşün yapılması üzerinde görüştüler. Bu doğrultuda 1 Kasım'da barış hareketinin içerisinde yer alan çeşitli örgütler gene buluştular. Bu buluşmada Bonn'da bir yürüyüşün yapılmasının kararlaştırılmasının yanı sıra, bir de ortaklaşa bir çağrı taslağının yazılması için adım atıldı.

Partimiz KPD hemen Bonn'da yapılan barış yürüyüşünün ardından Sovyet sosyal emperyalizminin elebaşı Brejnev'in Almanya ziyareti dolayısıyla, ortaklaşa bir yürüyüşün yapılması yönünde harekete geçmek için barış hareketinin içerisinde yer alan çeşitli örgütlere birer mektup gönderdi. KPD bu mektubunda barışı tehdit eden Sovyet sosyal emperyalist devlete karşı da mücadelenin sürdürülmesinin gerekliliğini işaret ederek, yürüyüş üzerine görüşmek için bir ortaklaşa toplantının yapılmasının gerekliliğini belirtmişti. Bu mektupta dünya barışının, iki süper devletin askeri blokları aracılığıyla dünya hakimiyetliliği için sürdürdükleri hegemonya mücadelelerinin tehdit ettiğini açıklamakta ve bu nedenle her iki emperyalist çeteye ve onların askeri bloklarına karşı mücadelenin sürdürülmesinin gerekliliği vurgulanmaktadır.

KPD mektubunda ayrıca iki süper devletin saldırgan emperyalist politikalarına karşı mücadelenin gerekliliğini açıklarken, esas olarak Federal Hükümet tarafından barışın korunması için tek yanlı silahsızlanma adımlarını talep etmekteydi.

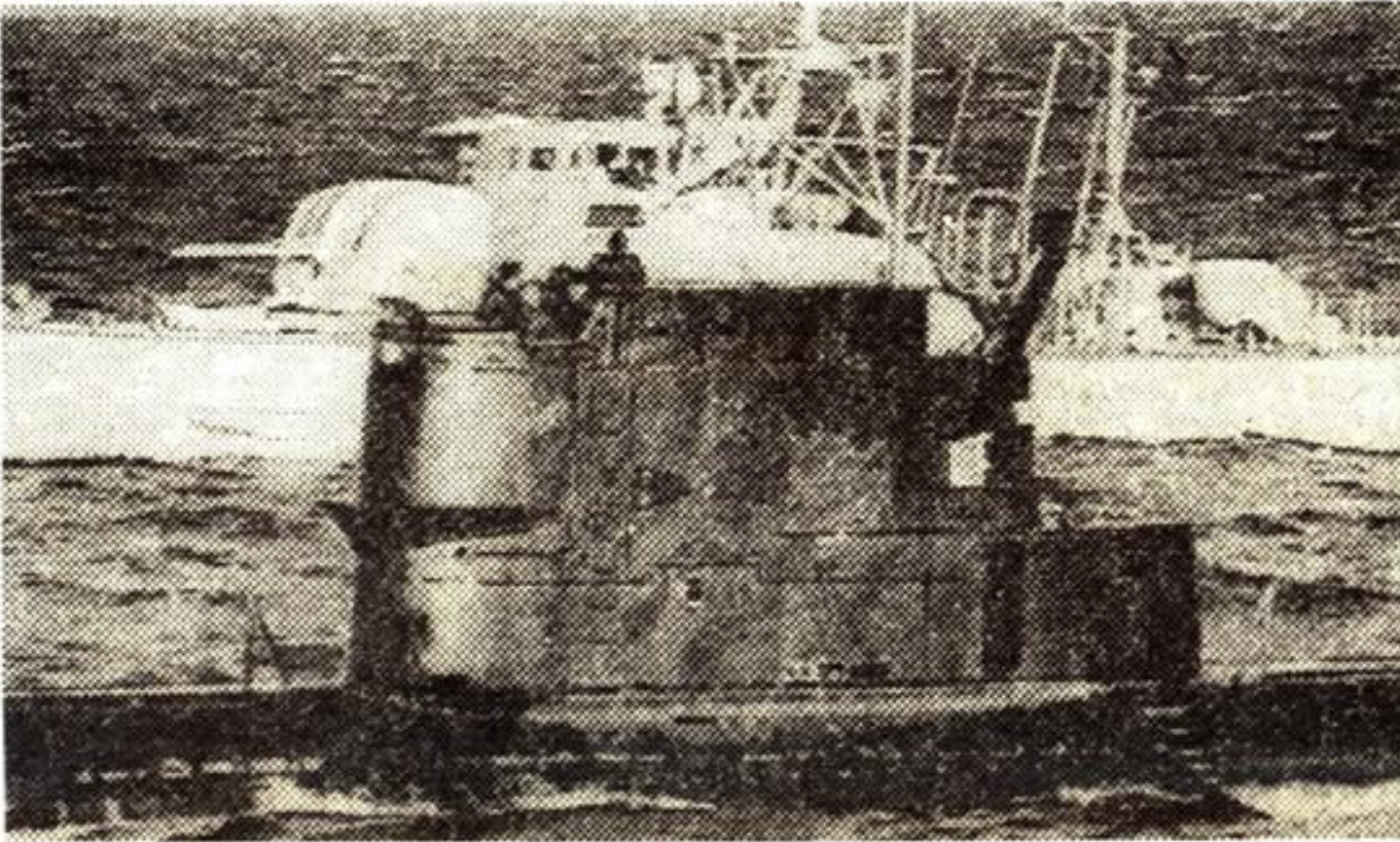
Brejnev'in Almanya ziyareti dolayısıyla partimiz, halkın Kreml'in savaş kışkırtıcılığı politikasına olan nefretini, kendi hegemonya mücadeleleri doğrultusunda kullanmak için saldırgan NATO'nun politikasını barış politikası gösterilemek doğrultusunda gerici lerinde büyük olasılıkla yürüyüşlere çağıracaklarından dolayı, a-lanın onlara bırakılmaması gerekliliği açıklandı. KPD buna ilişkin barışı hareketi içerisinde

lar. Ayrıca bu çalışma grubu Oberhausen'de yapılacak barış haftalarında Bonn'da Brejnev'e karşı düzenlenen yürüyüş çağrı yapacaklarını açıklamaktadır.

Diğer yandan Aachen Barış İniyatifi de 18. 10. 1981 tarihinde yapılan görüşmede Yeşiller'in (Grünen) ve Juso'ların daha önce yaptıkları açıklamalarına karşı geri adım atmalarının ardından, çeşitli örgütler-gönderdikleri yazılarında Halk Cephesi'nin (Volksfront) yanı sıra KPD'nin Almanya çapında Brejnev'e karşı bir yürüyüş için çağrı yapan tek örgüt olduğunu yazmaktadır. Aachen İniyatifi de Bonn'da Brejnev'e karşı bir yürüyüşün yapılmasını kararlı bir şekilde talep etmektedir on-lar gönderdikleri yazılarında

gi'nin saldırganlık politikasına karşı mücadele eden tek güçler olduğunu göstermelerine izin vermemeliyiz. Federal Almanya'da barış hareketini "Moskova yanlısı" ve "bir gözünde ağma olduğunu" ileri sürmeye çalışan güçler barış hareketini halktan siyasi olarak tecrit etmek için DPK'nin sevinç nidaları atacağı mitingleri ile canlılık kazanacaktır."

Aachenliler, Yeşiller'in ve Jusos'un Sovyetler Birliği'nin politikasına karşı mücadeleyi sadece bir podyum tartışması ile sınırlaması çabalarına karşı çıkarak, bunun uygun bir mücadele yöntemi olmadığını belirtmekte. Ve bu nedenle tüm barış yanlısı arkadaşları 1 Kasım'da Köln'de yapılacak



tif gruplarında yoğun bir şekilde tartışıldı. Örneğin Aachen gibi çeşitli bölgelerde bu çağrıya bazı inisiyatif grupları katıldıkları açıklandı.

Oberhausen Barış Çalışma Grubu KPD'nin gönderdiği çağrıyı, içeriğini tartıştıktan sonra çoğaltarak kendilerinin de bir açıklama yazıları ile "Oberhausen'de barış için faaliyet sürdüren tüm örgüt ve gruplara gönderdiklerini" bize de iletke-ri bir yazılarında açıklamakta-

aynıca şunu açıklamaktadırlar: "Gençlik Birliği (Junge Union, CDU'nun Gençlik Örgütü) daha şimdiden Brejnev'in Almanya ziyareti karşısında bir miting yapacağını açıkladı. Diğer yandan DPK ve ona yakın olan güçlerin sevinç nidaları atacakları ve karşılama mitingleri düzenleyecekleri de hesaba katılmalıdır.

Bunun için biz Junge Union'lular gibi gerici güçlerin halkın önünde Sovyetler Birli-

görmeye katılarak düşüncelerini belirtmeye çağırılmaktadırlar. Yazıda ayrıca "Sovyetler Birliği'nin politikasına karşı nasıl protesto sürdürülmesi gerektiğini kararlaştırmak, barış hareketinin lehinedir" denilmektedir.

Köln'de 1 Kasım'da yapılan Brejnev'e karşı yürüyüş toplantısına 50'ye yakın örgüt ve inisiyatif grupları katılmıştı. Gündemin esas konusunu oluşturan Brejnev'e karşı yürüyüş soru-

nuna gelinceye kadar tam 7 saat yoğun bir şekilde tartışıldı. Çünkü DPK (Alman Komünist Partisi) ve ona yakın güçler verimsiz tartışmalarla toplantıyı sabote etmeye çalıştılar. Ancak bu sert tartışmalar diğer yandan kimin barış yanlısı olduğunu ve gerçekten hangi güçlerin barış hareketini bölme-ye ve tecrit etmeye çalıştığını açığa çıkardı.

DKP bu tartışmalarda barış yanlısı güçleri birbirine karşı kışkırtmaya çalıştı ve ağır sözler kullanmalarını sağladı. Ancak tartışmalar daha bu aşamaya varmadan önce DPK'li revizyonistler yapılması öngörülen yürüyüşü, sadece bir takım eleştirici noktaların belirtilebileceği bir Brejnev yanlısı eylem olmasını sağlamaya çalıştılar. Ki bu yürüyüşün onlara göre "Bonn Hükümeti'nden Brejnev'in barış önerilerini ele almasını vb." talep gerekiydi.

Ancak bu yoğun tartışmaların sonucu DPK'liler istediklerine ulaşamadılar. Çünkü akşama doğru tartışma yöntemi bu kez kendi ellerinde olan Yeşiller de önceki yürüyüşün çağrısı temelinde, yani hem Sovyetler Birliği'nin hem de ABD'nin politikasını eleştirme temelinde bu yürüyüşün düzenlenmesini belirtince bir çok DPK'li salonu tert etmek zorunda kaldı.

Böylece Brejnev'e karşı yapılacak yürüyüşü desteklemeye 30'a yakın örgüt ve inisiyatif grubu katılacağını açıkladı. Jusolar çağrı taslağında "gerginliği giderme politikasının devam ettirilmesi" konusuna ağırlık verilmesi önerisinde bulundular. Ancak şu ana kadar henüz yeni bir çağrı taslağı hazırlanmadı. Bu konuda Yeşiller'in Yazı Kurulu Grubu bildiri taslağını hazırlamakla görev aldı.

Partimiz KPD yürüyüş taslağının değiştirilmemesi konusunda görüş belirtti. Ancak eğer bu ortak çağrı taslağında Jusoların önerileri temelinde bir değişiklik yapılacak olursa, biz buna rağmen ortak yürüyüşün hedefi ve çıkarı için bildirinin imzalanması gerektiği görüşündeyiz. Çünkü Juso'ların bu önerileri esas olarak yürüyüşün

hedefi doğrultusunda hiç bir şey değiştirmeyecektir. Ki biz bu konuda düşüncelerimizi çok açık bir şekilde şimdiye kadar ortaya koyduk ve gene Bonn'da yapılacak yürüyüşte de 'gerginliği giderme politikasının' bir hayal, bir politika ve çıkmaz sokak olduğunu açıkça belirteceğiz.

Diğer yandan bu toplantıda Juso'ların Yönetim Kurulu önerilerinin kabul edilip edilmemesinden bağımsız olarak yürüyüşü destekleyip desteklememe doğrultusunda kesin bir cevap vermedi. Ancak biz şundan eminiz ki, Juso'ların Yönetim Kurulu'nun bu açık olmayan tavrı tabanlarının çıkarına değildir.

Ayrıca Yeşiller bu toplantıda 18 Kasım'da yapılan toplantı tavrılarının tabanın yoğun elştirileri ile karşılaştığını açıkladılar. Yeşiller, Parti Kongresinde Brejnev'e karşı bir yürüyüş yapılması doğrultusunda karar almıştı. Ancak tabanın girişimlerinin sonucu Yeşiller'in Yönetim Kurulu kararını bozmak ve Sovyetler Birliği'nin savaş kışkırtıcı politikasına karşı bu eylemi desteklemek ve eylem için seferber etmeye girişmek zorunda kaldı.

Brejnev'in Almanya ziyareti dolayısıyla, 22 Kasım'da düzenlenen yürüyüş için bu günden harekete geçmeli ve gerici lerin barış hareketini Sovyetler'in güdümünde olduğu çabasını boşa çıkarmalı ve bu yürüyüşle somut bir şekilde Varşova Pak-tı'nın ve onun elebaşı Sovyet sosyal emperyalizminde DPK revizyonistlerinin iddia ettikleri gibi barış yanlısı bir güç değil, tam tersine barışı tehdit eden ve savaş kışkırtıcılığı sürdüren bir güç olduğunu ortaya koymalıyız.

Bu nedenle tüm "Kızıl Şafak" okuyucu ve sempatanlarını 22 Kasım 1981 tarihinde Bonn'da Sovyet Sosyal emperyalizminin savaş kışkırtıcı ve saldırgan politikasına karşı düzenlenen barış yürüyüşünün propagandasını yapmaya ve kitleleri yürüyüşe seferber etmeye çağırıyoruz!

(„Am 22. 11. 1981 wird in Bonn für Frieden demonstriert“)

Dışişleri Bakanı Genscher'in yardımları

Türkiye'de faşist generaller Batı-Almanya dışişleri bakanı ve başkan vekili Genscher'i büyük bir tantanayla karşıladılar. Ve böyle davranmalarının elbette bir nedeni var: Bundan bir yıl önce yaptıkları askeri

Batı-Alman basınına inanılırsa, Genscher Türkiye'yi denetlemek için ziyaret etmektedir. Kendisi sözüm ona "demokratlaşmayı" araştırıyormuş. Ve Federal Parlamento'nun Türkiye Yardımı'nı devam ettirip etmeyeceği Genscher'in edindiği izlenimlere bağlıymış. Yapılan ziyaretin sonuçları daha şimdiden bilinmektedir. Elbette Türkiye'de "demokratlaşma" ilerlemekte, hatta bazı şahısların tahmin etmedikleri bir hızla. Buna ilişkin delil de şimdiden hazır: Kenan Evren'in sözleri.

Bakin, Kurucu Meclis bile var ve Genscher Kurucu Meclis'i'n Başkanı Sadi İrmak'la bile konuştu. Ve Genscher Kurucu Meclis Başkanı ile konuşarak faşistlerden ve aşırı gericilerden, kurmay generallerden ve büyük kapitalistlerden oluşan bu göstermeli meclisi de resmi olarak kabul etmiş oldu — unutmamalı ki, bunu da Batı-Avrupalı bir ülkenin ilk temsilcisi olarak yapmakta.

Genscher böylece bir köşeye sıkıştırılmış Türk faşistlerine iki

kez yardımcı olmasını başara bildi. Bonn Hükümeti'nin milyarlarca yardımı, sürekli para temin etme yeteneği, Bonn Hükümeti'nin Türkiye Yardımı yapılmaması olsaydı söz konusu rejim mevcut şekilde varolmuş olmazdı.

Kenan Evren diktatörlüğünü ilk planda bir demokrasi olarak satmaya kalktı. Bilindiği gibi bunu başaramadı. Şimdi ise Evren diktatörlüğünü demokrasiye hazırlık olarak lanse etmeye çalışıyor. Genscher de bunu böyle görmeye mecbur. ABD'nin eskiden beri faşist rejimleri desteklemek taktığının şimdi de Federal Almanya tarafından uygulandığını kim açıkça savunabilir ki?

Tüm Batı-Avrupa'daki geniş kamuoyunun protestoları üzerine Federal Parlamento resmi yardım politikasından vazgeçmeye mecbur kalmıştı. Genscher Türkiye'ye gönderilerek, Haziran ayı içinde yardımın devamı için şart koşulan şeylerin artık yerine getirildiğini tespit

darbeden sonra ziyaretçi olarak kabul edebildikleri en yüksek seviyeli misafir Genscher'dir. Hatta Genscher, Kenan Evren'i ziyaret eden Batı-Avrupa'nın ilk dışişleri bakanıdır.

etmekle görevlendirildi.

Bu yapılmıyorsa, kalan tek alternatif söz konusu parlamento komisyonunda da talep edildiği gibi yardımın tamamen kesilmesi olurdu. Bu talebin karşısında ise NATO anlaşmalarına göre yardım etme zorunluluğu durmaktadır. Türkiye topraklarının yüzde 5'i ABD'nin üsleri tarafından işgal edilmiş durumda: "Özgürlüğü savunmak için" elbette bu ülkede bir mezar sessizliğine ihtiyaç duyulmaktadır.

Şüphesizki Genscher durumun ne olup olmadığını sormuştur. Elbette bazı soruları sormayı unutmamıştır. Örneğin işkence edilen onbinlerce siyasi tutuklunun durumunun ne olduğunu. Örneğin sendika görevlilerin kitlesel olarak yargılanması hakkında. Örneğin kaybolmuş olan çok sayıda insanın nerede olduğunu. Örneğin Bonn'dan gelen paraların neye harcandığını.

Hayır bu soruları sormazdı Genscher, sorduğu an dostları sinirlendi. Böyle sorularını so-

rulduğu an Türkiye'nin — elbette — bağımsız bir ülke olduğu, yardım istediklerini, ama işlerine kimsenin karışamayacağını vurgularlardı. Ekonomi, mali ve askeri politikanın başka yerlerde karara bağlandığını Bay Genscher de iyi biliyordur, işkence politikası hakkında ise generaller kendileri karar vermek istiyorlar.

Faşist generallerin bu konuda bağımsız olmalarına Federal Almanya Cumhuriyeti'nin dışişleri bakanının ziyareti de destek oldu. Bu ziyaret büyük bir başarıydı — Türk faşistleri için. Bu ziyaret aynı zamanda da, Federal Hükümet'in işine yaradığı sürece önüne gelen her faşist diktatörü desteklemeye hazır olduğunu da gösterdi.

Genscher'in Türk faşistlerine değer kazandıran bu ziyareti, tüm demokratların ve anti-faşistlerin daha aktif bir biçimde şu taleplere sahip çıkmalarını gerektiriyor:

Türkiye Yardımı'na son!
Demokratik bir Türkiye için ileri!

DÜZELTME

Geçen sayımızda üçüncü sayfada dizgi hatası yapılmıştır. Yanlış bir anlamaya yer vermemek için düzeltir özür dileriz. Doğrusu şöyle: 4. sütun 2. paragraf; tarafsızlaşma talebini ileri sürmekle, böylece Federal Almanya'nın Amerika süper devletinin saldırgan politikası ile bağıni çözmeyi kendisini iki süper devletin çarpışma stratejisinin ve onların dünya hakimiyetliliği mücadelesinin dışında tutmasını talep ediyoruz.

KPD Merkez Yayın Organı'na abone ol!

„KIZIL ŞAFAK“
.....sayısından
itibaren
ismarlamak
istiyorum

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!
**KIZIL
SAFAK**
Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

O yıllık 60 DM O 6 aylık 30DM O Deneme sayısı

Adı ve Soyadı:

Cadde:

Şehir:

Tarih:İmza:

Başvurudan sonra elinize bir formül geçecek. Ödemeyi bu formülle yapınız. Abone ücreti ödenmeden önce gazete gönderilemez. Deneme sayısı ücretsizdir.

Bu formülü doldurduktan sonra kesip şu adrese postalayınız: Verlag "Roter Morgen", Wellenhofer Str. 103, Postfach 300526 4600 Dortmund 30.